



## Dossier #11:

# "ERINNERUNGSKULTUR UND GEDÄCHTNISPOLITIK"

Gedenken und Erinnern sind nicht objektiv, vielmehr werden mit Erinnerung und Geschichte politische Interessen verfolgt und gerade Auslassungen im Gedenkdiskurs sind aussagekräftig für Motivationen und Einstellungen. Für eine politische Praxis, für Geschichtsprojekte und Auseinandersetzungen mit deutscher Geschichte ist es wichtig, sich mit dem Kontext der Geschichtspolitik und Erinnerungskultur zu beschäftigen. Einerseits kann die eigene Motivation hinterfragt werden, andererseits steht jedes Erinnern in einem Erinnerungsdiskurs, von dem man sich gegebenenfalls explizit abgrenzen muss. Das Dossier versteht sich somit sowohl als Anregung für die Beschäftigung mit deutscher Geschichte als auch als Aufforderung dabei die Erinnerungsdiskurse zu beachten.

1. Editorial  
Zum Dossier #11
2. Offizielles Erinnern in der Bundesrepublik Deutschland (Katharina Hamann)
3. Den Faschismus "mit Stumpf und Stiel ausgerottet" - Vergangenheitspolitik und Erinnerungskultur in der DDR (Sylvia Gössel)
4. Geglättete Erinnerung (Sebastian Kirschner)
5. Wie erinnern? (Dr. Salomon Korn)
6. Waagschalen-Mentalität.  
*Kontroverse Positionen zum Gedenkstättenstreit in Sachsen und zu einem vorläufig zurückgezogenen Antrag der CDU/CSU im Bundestag* (Dr. Martin Jander)
7. Kein Mitleid mit den Deutschen  
Interview mit Marek Edelman
8. Dreiecksbeziehung. - Die Rolle der Medien im Erinnerungsdiskurs (Mathias Berek)
9. Das Projekt Shoa.de (Vorstellung von Stefan Mannes, shoa.de)
10. BildungsBausteine gegen Antisemitismus  
Ein Projekt des Bildungsteam Berlin-Brandenburg e.V. in Kooperation mit dem Verein Tacheles Reden!
11. Stolpersteine
12. Weiterführende Literatur und Materialien

## 1. Editorial

Wenn man in diesen Tagen den Fernseher anschaltet oder die Zeitung aufschlägt, wird man immer wieder mit der Geschichte der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts konfrontiert. Bescherte uns der SPIEGEL im Frühjahr 2004 die Story von der "Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts" - dem Ersten Weltkrieg - so beschäftigte im Mai und Juni vor allem der D-DAY - die Landung der alliierten Truppen in der Normandie am 6. Juni 1944 - die Redaktionen in Funk und Fernsehen.

In den Medien wird mit diesen historischen Ereignissen populärwissenschaftlich umgegangen. Bereits Anfang des Jahres stimmten mehrere Spielfilme auf den 20. Juli ein - den 60. Jahrestag des gescheiterten Attentats auf Hitler. Am 1. September wird dem 65. Jahrestag des Überfalls der Wehrmacht auf Polen und damit dem Beginn des Zweiten Weltkrieges gedacht werden. Und für 2005 stehen die Feierlichkeiten zum 60. Jahrestag der Befreiung und des Kriegsendes an. (Der Vollständigkeit halber sei hier auch der 15. Jahrestag der "Wende" oder "Friedlichen Revolution" in der DDR genannt.)

Alle genannten Termine sind wichtige Gedenktage für die Identität und Legitimation der bundesrepublikanischen Demokratie.



Die Auseinandersetzung mit deutscher Geschichte und deutschen Verbrechen steht momentan im Zentrum der Öffentlichkeit. Diese Auseinandersetzungen sind immer auch vom aktuellen Gedenkdiskurs, d.h. den momentanen Absichten der allgemeinen Politik und der Interpretation von Geschichte geprägt. Das gilt nicht nur für die öffentliche Diskussion. "Geschichte wird gemacht, es geht voran" sang die Punkband Fehlfarben dazu bereits 1980.<sup>1</sup> Dem Nationalsozialismus zu gedenken und ihn im Gedächtnis zu bewahren, bedeutet auch Reflexion über den jeweils eigenen Blick auf die Geschichte. Geschichte wird aus der Gegenwart konstituiert. Verschiedene politische Verhältnisse und gesellschaftliche Situationen bedingen unterschiedliche Erinnerungsschwerpunkte. Erinnerung an den Nationalsozialismus, den Holocaust und den Zweiten Weltkrieg ist wichtig - aber der Kontext und das "Wie" sind entscheidend.

Ein Grund für D-A-S-H, die Geschichtspolitik und Erinnerungskultur der BRD etwas genauer zu betrachten.

Verfolgt man hierzulande den Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit, so fallen mehrere Veränderungen der letzten Jahre auf. Die Generation der Opfer und Täter bzw. Täterinnen ist in absehbarer Zeit ausgestorben - immer weniger Zeitzeuginnen und Zeitzeugen stehen für die Auseinandersetzung mit der NS-Geschichte zur Verfügung. Mit dem Sterben der Opfer verlieren die Debatten um Entschädigungszahlungen an Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter ihre "Berechtigung" - so werden Zahlungen hinausgezögert und Entschädigungsansprüche gegenüber deutschen Unternehmen abgewiesen. Immer wieder gibt es Diskussionen um nicht beachtete oder "vernachlässigte" Opfergruppen - kämpfen Sinti und Roma ebenso wie die Opfer der NS-Wehrmachtsjustiz um die Wahrnehmung ihrer Interessen und die Würdigung ihrer Verfolgungsgeschichten. Mit dem Sächsischen Gedenkstättenstreit wurde deutlich, dass die Totalitarismusthese wieder verstärkt wissenschaftliche, politische wie öffentliche Aufmerksamkeit erhält - eine Aufrechnung und Gleichsetzung von Nationalsozialismus und real existierendem Sozialismus wird hier besonders in der Förderung und Arbeit der Gedenkstätten deutlich.

Eine andere Entwicklung ist die Geschichtsarbeit der Fernsehanstalten. Guido Knopp sei hier als herausragendes - schlechtes - Beispiel genannt. Der "Chefhistoriker" des ZDF prägte in den letzten Jahren mit unzähligen Dokumentationen und Filmreihen die Wahrnehmung des Nationalsozialismus. Seine Produktionen wie *Hitlers Helfer*, *Hitlers Frauen*, *Die Gefangenen*, *Die große Flucht*, *Ärzte unterm Hakenkreuz*, *Sie wollten Hitler töten* u.v.m. wurden von Millionen Zuschauerinnen und Zuschauern gesehen und in mehr als 40 Länder verkauft. Unter Historikerinnen und Historikern umstritten, ist seine Methode der filmischen Geschichtsarbeit dennoch stilbildend.

Gerade Guido Knopps undifferenzierte und unkritische Auswahl von Zeitzeugen und Zeitzeuginnen und deren meist unkommentierte Wiedergabe und Darstellung bewirkte eine Verschiebung in der Wahrnehmung der historischen Ereignisse. Hinzu kam der Boom von Familien- und Generationenromanen und anderer Literatur zum "Bombenkrieg" und der Vertreibung der Deutschen aus den ehemaligen Ostgebieten im Zuge des Zweiten Weltkrieges.<sup>2</sup> Dass die überwiegende Mehrheit der deutschen Bevölkerung das nationalsozialistische Regime getragen und befürwortet hat und auch an den NS-Verbrechen von der Denunziation bis zu Massenerschießungen durch die Wehrmacht beteiligt war, ist eine historische Tatsache. (Wer sich hierzu genauer belesen möchte, der sei auf unsere Literaturliste verwiesen.)

Drückte man sich schon immer gerne davor, sich mit den Täterinnen und Tätern in der eigenen Familie auseinander zu setzen, so stehen seit einigen Jahren die im Familiengedächtnis bewahrten Geschichten von erfahrenen Bombennächten und der Flucht aus den Ostgebieten auch im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses.

Bemüht man sich offiziell, die Erinnerung an Holocaust und nationalsozialistische Verbrechen im Gedenken aufrecht zu erhalten, so zeigen sozialwissenschaftliche Studien, dass im privaten Erinnern die Verbrechen der Deutschen während des Nationalsozialismus nur eine sehr geringe Rolle spielen. Die viel beachtete Studie von Harald Welzer et. al. "Opa war kein Nazi" weist nach, dass die Erinnerung in der Familie, die ein wichtiger Faktor bei der Identitätsbildung und der politischen Meinungsbildung ist, im Gegensatz dazu das erfahrene persönliche Leid im Krieg und das mühselige Überleben herausstellt.

#### *Literatur- und Linkangaben zur Studie "Opa war kein Nazi"*

Eine andere umfassende Studie "Kollektive Erinnerungen der Deutschen" des Soziologen Horst-Alfred Heinrich entstand aus weit über 2000 ausführlichen Fragebogen-Interviews und einer umfassenden Auswertung.<sup>3</sup> Heinrich kommt bei der Auswertung zu dem Ergebnis, dass der negative Bezug auf die NS-Vergangenheit in der Bundesrepublik keineswegs zum Stützpunkt nationaler Identität geworden ist - wie vielfach behauptet werde -, sondern diese eher stört. In der Studie wurde untersucht, ob die Ermordung der Juden im Nationalsozialismus im

<sup>1</sup> <<http://www.fehlfarben.com/platten/monarchie.html#voran>>

<sup>2</sup> Siehe dazu der Artikel von Harald Welzer "Schön unscharf. Über die Konjunktur der Familien- und Generationenromane" in: Mittelweg 36, hrsg. vom Hamburger Institut für Sozialforschung, Nr. 1/ 2004, S. 53-64. <<http://www.his-online.de/mittelw/lese104.pdf>>

<sup>3</sup> Horst-Alfred Heinrich, Kollektive Erinnerungen der Deutschen. Theoretische Konzepte und empirische Befunde zum sozialen Gedächtnis, Weinheim und München 2003.



Denken der einzelnen Deutschen eine ähnlich wichtige Rolle wie im öffentlichen Diskurs spielt oder welchen Einfluss Gedenktage mit der einhergehenden Medienaufmerksamkeit auf die Individuen ausüben. Dabei wurde deutlich, dass die Deutschen in der Beantwortung der Fragen nach dem Nationalsozialismus diesen nicht an sich meinten, sondern, so Heinrich, den Zweiten Weltkrieg. Wenn die Deutschen sich erinnern, erinnern sie sich dann dominant an drei Dinge: Fronterfahrung, Flucht und so genannter "Bombenkrieg". Die Shoah ist kein Thema. Die öffentliche Debatte, die derzeit zu verfolgen ist, verläuft genau entlang dieser 'Stationen'. Die Stalingrad-Erinnerung steht stellvertretend für die "Opfer an der Front". Die öffentliche Debatte um den "Bombenkrieg", in Folge von Friedrichs 'Der Brand' und den Bombardierungsjahrestagen vieler deutscher Städte, steht für die deutschen zivilen Opfer. Die Debatte um Flucht und Vertreibung ist verbunden mit der Diskussion um das Zentrum gegen Vertreibungen. Heinrich verweist darauf, dass nach seinen Befunden scharf getrennt werden müsse zwischen dem, was die Masse der Deutschen denkt und erinnert und dem, was öffentlich medial vermittelt wird. Er stellte fest, dass der öffentliche Diskurs nur einen geringen Einfluss auf das kollektive Gedächtnis hat.

Jörg Friedrichs "Der Brand" war eines der meistbeachteten Bücher über den Bombenkrieg der letzten Jahre in Deutschland.<sup>4</sup> Anhand dieses Buches und seiner Diskussion lässt sich die Umdeutung von NS-Täterinnen und Tätern zu Opfern anschaulich nachvollziehen. Friedrich geht sogar noch einen Schritt weiter, aus Befreierinnen und Befreier werden bei ihm Täterinnen und Täter. Die Bomberverbände nennt Friedrich "Einsatzgruppen" - eine feststehende Bezeichnung für die deutschen Sonderkommandos an der Ostfront<sup>5</sup> - aus den Bunkern werden bei Friedrich "Krematorien" und der Brand, damit endet Friedrich, stellt "die größte Bücherverbrennung aller Zeiten" dar. Jörg Friedrich prangert auch an, dass zwar angeblich ganz Deutschland zerstört worden wäre, nicht aber die Gleise nach Auschwitz. Die Verantwortung für die Shoah wird so weitergereicht, weil die Alliierten *auch nur* zugehört hätten.

Angeblich brechen Bücher wie "Der Brand" das Tabu, dass die Deutschen der Bombardierung deutscher Städte nie hätten gedenken "dürfen". Diese Behauptung widerlegen jedoch die alljährlich in zahlreichen Städten durchgeführten Gedenkveranstaltungen. Auch Studien belegen: Alltagserzählungen wie Literatur sind voller Bombennächte.<sup>6</sup>

Bei der Presse-Berichterstattung und dem Fernsehprogramm (wie der "D-Day-Woche" auf Pro7) rund um den "D-DAY"<sup>7</sup> lässt sich eine weitere Verschiebung der Geschichtswahrnehmung und Interpretation nachweisen. Geht man von den historischen Tatsachen aus, so war der 6. Juni 1944 nichts weiter als die lang erhoffte, von Churchill und Roosevelt bereits 1943 beschlossene und von der Sowjetunion stets geforderte Eröffnung der Zweiten Front gegen die in Westeuropa stationierten Verbände der deutschen Wehrmacht. Diese zweite Front diente den westlichen Alliierten letztlich auch zur Begrenzung der Einflussphäre Stalins. Was in den letzten Wochen vermittelt wurde, war eine andere historische Wahrheit: kaum jemand erwähnte den bereits seit 1941 andauernden Krieg im Osten und die Tatsache, dass die Wendung des Krieges sich auf sowjetischem Boden vollzog, auch wenn der genaue Zeitpunkt (ob nun mit der Kapitulation der 6. Armee in Stalingrad im Februar 1943 oder in der Panzerschlacht im Kursker Bogen im Juli 1943) auch unter Historikerinnen und Historikern umstritten ist. Von der "Befreiung Europas" war stets die Rede und nicht von einem Beitrag zum Sieg über Nazideutschland - dabei trugen die Sowjetunion und die Rote Armee die Hauptlast dieses Krieges und den Löwenanteil an der Befreiung. Ebenso unerwähnt blieben die Tausenden Emigranten und Emigrantinnen aus allen europäischen Ländern, die sich in den Reihen der britischen und amerikanischen Truppen befanden, um für die Befreiung vom Faschismus zu kämpfen. Stattdessen richtet sich die Aufmerksamkeit auf die Teilnahme von Bundeskanzler Schröder an den D-Day-Feiern in Caen/ Frankreich. Seine Anwesenheit wurde von den Protagonisten selbst als "beispielhafte" Aussöhnung (Jaques Chirac) und "unglaubliche historische Geste" (Gerhard Schröder) bezeichnet. Schröder entschuldigte sich in seiner Rede für das Massaker im französischen Oradour, wo die SS-Division "Das Reich" am 10. Juni 1944 642 Zivilisten ermordete - dabei erwähnte er aber nicht, dass keiner der Verantwortlichen für dieses Verbrechen je vor einem bundesdeutschen Gericht stand.<sup>8</sup>

*Literatur- und Linkangaben zum D-Day*

<sup>4</sup> Jörg Friedrich, *Der Brand – Deutschland im Bombenkrieg 1940–1945*, München 2002.

<sup>5</sup> Die "Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes" wurden 1941 unter Leitung der SS neu gebildet. Sie hatten den Befehl, im Hinterland der besetzten Ostgebiete die kommunistische Führungsschicht (Kommissarbefehl), Partisanen, Juden und Roma zu töten. Die Zahl der von ihnen Ermordeten schätzt man auf circa 2 Mio. Menschen. Mehr Informationen: Andrej Angrick, *Besatzungspolitik und Massenmord. Die Einsatzgruppe D in der südlichen Sowjetunion 1941-1943*, Hamburg 2003.

<sup>6</sup> siehe dazu Literaturbeilage der Konkret 10/2003 <<http://www.konkret-verlage.de/kvv/lk.php?nr=28>>

<sup>7</sup> D-Day bezeichnet den Beginn einer größeren militärischen Operation nach einem festgelegten Zeitplan. "D" steht dabei für "day" - vergleichbar mit "Tag X".

<sup>8</sup> Siehe dazu den Artikel "Oradour - das ungesühnte Verbrechen" in der TAZ vom 10. Juni 2004 <<http://www.taz.de/pt/2004/06/10/a0061.nf/text.ges,1>>



Der Umgang mit dem "D-Day" lässt für die weiteren noch anstehenden Gedenktage einen ähnlich undifferenzierten und einseitigen Blick auf den Nationalsozialismus und die Auseinandersetzung mit seinen Ursachen und Folgen erwarten. Als Beispiel sei an dieser Stelle nur erwähnt, dass z.B. der Umsturzversuch des 20. Juli 1944 - aus dem Kreis des Militärs - immer besondere Beachtung in der Bundesrepublik fand. Die Gruppe um Oberst Claus Graf Schenk von Stauffenberg stammte überwiegend aus national-konservativen Kreisen. Diese waren bis zur Kriegswende 1943 mehrheitlich Träger des NS-Regimes und überzeugte Nationalsozialisten. Mitglieder des zivilen Widerstandes, wie die Sozialdemokraten Julius Leber und Wilhelm Leuschner und andere Mitglieder des "Kreisauer Kreises", die sich 1944 der Gruppe um Stauffenberg anschlossen, werden beim Gedenken an den 20. Juli oft vergessen.

Auch kommunistische und anarchistische Widerstandsbewegungen wurden nicht Teil der offiziellen Geschichtspolitik und das obwohl die Angehörigen dieser Gruppen schon früh und konsequent gegen den deutschen Faschismus kämpften.

#### *Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus – eine Anmerkung*

Die unterschiedliche Bewertung von widerständischem Verhalten, wird auch am Beispiel der Wehrmacht bzw. der Wehrmachtsdeserteure deutlich. Noch immer wird den Deserteuren der Wehrmacht "Vaterlandsverrat", "Feigheit" oder die Desertion als "Straftat" vorgeworfen, noch immer kämpfen sie um ein würdiges Gedenken. 1990 gründete Ludwig Baumann mit 36 Leidensgenossen die "Bundesvereinigung Opfer der Militärjustiz e.V." und kämpft seither für die Rehabilitierung der Wehrmachtsdeserteure. Die Deserteure sind die einzige Gruppe von Opfern des "Dritten Reichs" und seiner Justiz, für die die Unrechtsurteile nicht pauschal gesetzlich aufgehoben wurden. Per Einzelfallprüfung ist die Aufhebung der Vorstrafe möglich, aber das lehnen Baumann und die wenigen überlebenden Deserteure als Kränkung ab. Sie wollen sich nicht noch einmal rechtfertigen, sondern sie wollen Anerkennung. Die rot-grüne Bundesregierung hatte bei ihrem Amtsantritt eine eindeutige Rehabilitierung der Wehrmachtsdeserteure versprochen - ein Versprechen, das bis heute nicht eingelöst ist.<sup>9</sup>

*Mehr über Wehrmachtsdeserteure zeigt...*

Auch längst nicht alle Opfer des NS-Terrors finden ungeteilte Beachtung: Sinti und Roma oder Homosexuelle, Euthanasieopfer und immer wieder auch die Zivilbevölkerung aller von der Wehrmacht überfallenen europäischen Länder.

#### **Zum Dossier #11**

Es zeigt sich, dass Gedenken und Erinnern nicht objektiv sind, eine Schwerpunktsetzung kennzeichnend für politische Interessen sein kann und gerade die Auslassungen im Gedenken aussagekräftig sind. Für eine politische Praxis, für Geschichtsprjekte und Auseinandersetzungen mit deutscher Geschichte ist es wichtig, sich mit dem Kontext der Geschichtspolitik und Erinnerungskultur zu beschäftigen. Einerseits kann die eigene Motivation hinterfragt werden, andererseits steht jedes Erinnern in einem Erinnerungsdiskurs, von dem man sich gegebenenfalls explizit abgrenzen muss. Das Dossier versteht sich somit sowohl als Anregung für die Beschäftigung mit deutscher Geschichte als auch als Aufforderung dabei die Erinnerungsdiskurse zu beachten.

Katharina Hamann beleuchtet in ihrem Artikel die Stationen der offiziellen Erinnerungsdebatte in der Bundesrepublik Deutschland und zeigt anhand von ausgewählten Ereignissen die Entwicklung des Diskurses.

Sylvia Gössel setzt sich mit der Geschichtspolitik in der DDR auseinander. Sie geht der Frage nach, wie der Antifaschismus zur Legitimation des Staates, seiner Führung und deren Politik benutzt wurde, welche Konsequenzen sich daraus ergaben und welche Ausdrucksformen der Erinnerung sich in der DDR durchsetzten. Zudem sucht sie die Antwort auf die Frage, ob auf dieser Grundlage eine Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus in der Gesellschaft stattfinden konnte.

Sebastian Kirschner befasst sich auf theoretischer Ebene mit der Eingliederung des Holocausts in eine universelle Geschichtsschreibung und der aktuellen Entwicklung einer Europäisierung der Geschichte.

Salomon Korn geht in seinem Beitrag auf die Notwendigkeit einer kontinuierlichen Erinnerungsarbeit zu Holocaust und Nationalsozialismus ein. Ausgehend von der verfrühten Amnestie der NS-Täter Anfang der 50er Jahre zeigt er die Auswirkung der Annahme von der "Naturkatastrophe" Nationalsozialismus auf die Erinnerungsarbeit und wirft zugleich einen Blick auf die Entnazifizierung in beiden deutschen Staaten. Er zeigt die Wechselwirkung zwischen Erinnerungsbereitschaft und nationalem Selbstverständnis auf und er fordert dazu auf, sich eine "kritische Distanz

<sup>9</sup> <<http://www.kampagne.de/Kampagneaktiv/Wehrmachtsdesertion.php>>



zu den Legitimationsbedürfnissen der eigenen Erinnerung und gegebenenfalls auch zu denen der eigenen Familie und des eigenen Volkes" zu erarbeiten.

Der Sächsische Gedenkstättenstreit war in den letzten Monaten nicht zuletzt durch den Austritt der NS-Opferverbände und des Zentralrats der Juden aus der Gedenkstätten-Stiftung auch ein Medienthema. Martin Jander gibt einen chronologischen Überblick über die Debatte um das Sächsische Gedenkstättenstiftungsgesetz. Im Mittelpunkt steht hierbei die Frage nach den umstrittenen und kritisierten Passagen im Gesetz und den Ablauf der Auseinandersetzungen in Sachsen. Die unterschiedlichen Positionen werden ausführlich dokumentiert und anschaulich gemacht.

Auch die Diskussion um die Errichtung eines "Zentrums gegen Vertreibung" hat in den vergangenen Jahren eine heftige internationale Debatte ausgelöst. Wir dokumentieren das Interview mit Marek Edelman, dem letzten lebenden Anführer des Aufstandes im Warschauer Ghetto 1943 und Gegner des "Zentrums gegen Vertreibung". Die weiterführenden Links spiegeln den aktuellen Stand nach der Einigung auf ein "Europäisches Netzwerk für Zwangsmigration und Vertreibung" wider.

Einen Überblick über die Rolle der Medien im Erinnerungsdiskurs gibt Mathias Berek. Dargestellt wird hier die Wahrnehmung und Diskussion von Vergangenheit. Auf einige herausragende und die öffentliche Auseinandersetzung beeinflussende Medienereignisse, wie die Serie "Holocaust" (deutsche Erstausstrahlung 1979), geht er gesondert ein.

Unsere Praxisprojekte beschäftigen sich mit der Vermittlung von Geschichte und der Auseinandersetzung mit Antisemitismus in der pädagogischen Arbeit.

Stefan Mannes stellt das Projekt shoa.de vor. Dieses Onlineportal bietet ausführliche Recherchemöglichkeiten für den Geschichtsunterricht und zahlreiche Texte zum Nationalsozialismus und der deutschen Geschichte.

Die Bausteine gegen Antisemitismus wurden vom Bildungsteam Berlin Brandenburg gemeinsam mit dem Tacheles! e.V. entwickelt. Sie bieten Möglichkeiten Antisemitismus mit Jugendlichen zu thematisieren und richten sich vor allem an Multiplikatorinnen und Multiplikatoren der Jugendsozialarbeit.

Das Kunstprojekt "Stolpersteine" sorgt immer wieder für Schlagzeilen - sei es durch die Ablehnung der Stolpersteine durch Kulturämter oder durch die Auszeichnungen wie mit dem Max-Brauer-Preis in Hamburg im April 2004. Wir stellen das Projekt kurz vor und verweisen auf die zahlreichen Projekte in vielen bundesdeutschen Städten.

Die Linkliste stellt eine Möglichkeit zur weiteren Recherche dar. Wie immer befinden sich auch im Anschluss an die einzelnen Texte und Interviews Links, Literatur- und Videohinweise, die direkt auf die Arbeit der einzelnen Gruppen und Personen verweisen bzw. weitere Rechercheansätze darstellen.

## **2. Offizielles Erinnern in der Bundesrepublik Deutschland**

*von Katharina Hamann*

In der Bundesrepublik hat das Erinnern an den Zweiten Weltkrieg und den Holocaust unterschiedliche Stationen durchlaufen. Gerade die öffentliche Auseinandersetzung kann zeigen, wie sich das Geschichtsbild verändert hat und den jeweiligen politischen Absichten angepasst wurde. Die einzelnen Daten und Ereignisse zeigen dabei jedoch nur einen Teil der Erinnerungsdebatte in Deutschland. Die verschiedenen Bezüge auf den Nationalsozialismus (NS), z.B. Leugnung, Schuldabwehr oder Anerkennung der Schuld, bestehen und bestanden gleichzeitig nebeneinander, so dass nicht von einer linearen Entwicklung gesprochen werden kann. Aber die Etappen zeigen ein Meinungsbild, das in der Öffentlichkeit dargestellt wurde.

Ab 1945 wurde zunächst versucht zu beweisen, dass die Deutschen von '44 nicht dieselben waren wie die von '45. Es gab einen offiziellen Bruch mit dem Nationalsozialismus, der eher aus pragmatischen Gründen vollzogen wurde, da Deutschland den Krieg verloren hatte. Innergesellschaftlich wurden Kontinuitäten akzeptiert, nur wenige Menschen durften nicht weiter in ihrem Beruf arbeiten, und Entlassungen von nationalsozialistischen Täterinnen und Tätern wurden von der Bevölkerung nicht gefordert. Allgemein kann für die Nachkriegszeit bis zum Ende der 60er Jahre gesagt werden, dass das Verdrängen der Taten im Vordergrund stand.





Die so genannten 68er<sup>10</sup> erhoben Anklage gegen dieses Verdrängen. Besonders auf die Verstrickungen in den eigenen Familien wurde das Augenmerk gerichtet und der Vorwurf des Schweigens an die Väter geäußert. Sie forderten eine individuelle Auseinandersetzung mit den eigenen Taten, klagten dabei aber nicht die Gesellschaft als Ganze an. Neben der Auseinandersetzung mit eigener (Familien-) Geschichte setzte ihre Kritik vorrangig an den Kontinuitäten bei den Eliten an, wie bei Richtern und Professoren, denen eine Hauptschuld am Nationalsozialismus gegeben wurde. Im Zuge der Politisierung des Alltags und den Forderungen nach Auseinandersetzung mit deutscher Geschichte gründeten sich gegen Ende der 70er Jahre in vielen Orten Geschichtswerkstätten und Vereine, die sich mit der Lokalgeschichte im NS beschäftigten. Dabei ging es in vielen Projekten um die Orte, an denen beispielsweise KZ-Außenlager oder Unterkünfte von Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter befanden. Die Arbeit dieser Vereine wurde zumeist von öffentlichen Geldern unterstützt und als Teil der demokratischen Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus angesehen.

Im öffentlichen Diskurs war man jahrelang bemüht zu betonen, dass die Wandlung vom Nazi zum westlichen Demokraten gelungen sei. Ab den 80er Jahren wurde es dann notwendig auch ein erstarktes Deutschland vermitteln zu können. Bei offiziellen Anlässen wurden die Shoah und der Zweite Weltkrieg zum Thema. Wichtige Einschnitte sind beispielsweise der 8. Mai 1985, die Jenninger Rede 1988 und vor allem der so genannte Historikerstreit 1986. Der damalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker sprach anlässlich des 40. Jahrestages des 8. Mai, dem Tag der Befreiung, 1985 im Bundestag.<sup>11</sup> In der Rede nannte er den Tag auch "Tag der Erinnerung": "8. Mai ist für uns vor allem ein Tag der Erinnerung an das, was Menschen erleiden mussten." In der sehr emotionalen Rede überwog die Auseinandersetzung mit den individuellen Entscheidungen und Ängsten der Deutschen während des Nationalsozialismus. Weizsäcker betonte die Schrecken und Leiden aller und egalisierte damit die Unterschiede zwischen Opfern und Täterinnen bzw. Tätern. Andererseits sprach er ganz klar vom "Tag der Befreiung" und auch von der individuellen Schuld der Deutschen und hinterfragte die Aussage, von nichts gewusst zu haben. "Wer seine Ohren und Augen aufmachte, wer sich informieren wollte, dem konnte nicht entgehen, dass Deportationszüge rollten. (...) Es gab viele Formen, das Gewissen ablenken zu lassen, nicht zuständig zu sein, wegzuschauen, zu schweigen. Als dann am Ende des Krieges die ganze unsagbare Wahrheit des Holocaust herauskam, beriefen sich allzu viele von uns darauf, nichts gewusst oder auch nur geahnt zu haben." Für diese Einschätzung und die Anerkennung individueller Schuld wurde der Bundespräsident damals besonders von konservativer Seite öffentlich kritisiert. Nicht verwunderlich, Weizäckers Rede stand den Trends der Auseinandersetzung eigentlich entgegen. Denn die Erinnerungsdiskurse entwickelten sich Mitte der 80er eher in Richtung Betonung der Leidenserfahrungen und weg von der Auseinandersetzung mit Schuld. Im Vorfeld der Feierlichkeiten zu diesem Jahrestag legte beispielsweise Helmut Kohl gemeinsam mit dem damaligen Präsidenten der USA Ronald Reagan Kränze an der KZ-Gedenkstätte Bergen-Belsen und auf dem Soldatenfriedhof Bitburg nieder. Dies stieß in der Öffentlichkeit auf Kritik, weil in Bitburg auch Angehörige der Waffen-SS beerdigt sind.

Es ist nicht verwunderlich, dass gerade in dieser Zeit der so genannte Historikerstreit entbrannte, der weit über die Geschichtswissenschaft hinaus beachtet wurde. Die öffentliche Debatte wurde eröffnet von Ernst Nolte am 6. Juni 1986 in der FAZ mit der Klage über die "Vergangenheit, die nicht vergehen will. (...) Die wie ein Richtschwert über der Gegenwart aufgehängt ist." Er sprach sich für eine Normalisierung der Betrachtung des NS aus. Seine zentralen Bestrebungen waren die Relativierung der Shoah durch ihre Einordnung in die Geschichte des Stalinismus ("asiatische Tat") und die Popularisierung eines Schlussstrichs. Er war der erste, der diese Position aus der Mitte der Gesellschaft lautstark äußerte. Die Gegenposition im Historikerstreit, vertreten vor allem von Jürgen Habermas, betonte die Einzigartigkeit des NS und versuchte zwischen Vergleichen und Gleichsetzen zu differenzieren. Für sie bedeutete Historisierung nicht "Tabubruch" und "Sprengen der Fesseln der Geschichtsschreibung", sondern wissenschaftliche Durcharbeitung und seriöse Aufklärung. Der Nationalsozialismus solle als historisch abgeschlossen mit den geschichtswissenschaftlichen Analysemethoden aufgearbeitet werden.

Zusammengefasst standen sich diese beiden Positionen gegenüber: Einerseits stand die Richtung von Nolte für das Zurückweisen der Schuld, Relativierung der Schuld durch Verweis auf Verbrechen anderer, Angriff auf die etablierte Gedenkpolitik, und, dass man sich insgesamt nicht für die eigene Nationalgeschichte schämen müsse.

Andererseits wollte die Seite von Habermas das deutsche Erbe antreten durch kritische Aneignung der Geschichte, d.h. Betonen der Zäsur von 1945, die das Schlechte vom jetzigen Guten trenne. Durchgesetzt haben sich in der Geschichtswissenschaft und in der offiziellen Erinnerungspolitik Teile beider Positionen. Der Verweis auf Verbrechen anderer Nationen, insbesondere der Vergleich des Nationalsozialismus mit dem Stalinismus, hat in viele Bereiche der Auseinandersetzung mit Gedenken Einzug gefunden. Andererseits konnte sich der so genannte Schlussstrich unter die Vergangenheit nicht durchsetzen.<sup>12</sup>

Kennzeichnend für das Gros der Beschäftigungen mit dem deutschen Faschismus ist die Einnahme der Opferperspektive; d.h. also, zentral wird sich mit den Opfern, insbesondere mit den Jüdinnen und Juden, auseinander-

<sup>10</sup> Als 68er bezeichnet man die Generation, die sich ab Mitte der 60er Jahre rund um die Studierendenproteste politisiert hat.

<sup>11</sup> <<http://www.bundestag.de/parlament/geschichte/parlhist/dok26.html>>

<sup>12</sup> Eine Zusammenfassung des Historikerstreits von shoa.de gibt es hier <<http://www.nachkriegsdeutschland.de/historikerstreit.html>>



gesetzt. Dies ist einerseits selbstverständlich notwendig, andererseits entlastet es aber auch von der Schuldfrage. Die Schuld, die die Deutschen allgemein und individuell an den Verbrechen während des Nationalsozialismus tragen, nimmt meist einen zu geringen Raum ein. Von dieser wird beispielsweise abgelenkt mit Formulierungen wie 'Hitler kam über Deutschland' oder 'die Taten einiger weniger' usw. Damit, wie auf allen Ebenen und in allen Bereichen das nationalsozialistische System mit getragen und weiter entwickelt wurde, befassen sich die öffentlichen Reden oder Debattenbeiträge nur selten. Genau dies versuchte Philipp Jenninger 1988 bei seiner Rede anlässlich des 50. Jahrestages der Novemberpogrome im Bundestag. Er erinnerte nicht bzw. nicht vordergründig an die Jüdinnen und Juden, die von der Gewalt der Pogrome (beschönigend oft "Reichskristallnacht" genannt) betroffen waren und die Konsequenzen, die diese öffentliche Machtbekundung, getragen durch die deutsche Bevölkerung, für jüdische Menschen mit sich brachte. Vielmehr sprach der Bundestagspräsident von den Deutschen und deren Beteiligung oder Billigung der antisemitischen Hetze. Er nannte nicht nur die faschistischen Eliten als Täter, sondern sagte: "Viele ermöglichten durch ihre Gleichgültigkeit die Verbrechen. Viele wurden selbst zu Verbrechern." Er thematisierte weiterhin den Vernichtungsantisemitismus und die lange Tradition des Antisemitismus in der deutschen Geschichte. Diese Aussagen, die Einnahme der Täterperspektive, waren eine neue Schwerpunktsetzung. Da Jenninger die rhetorischen Mittel der erlebten Rede und Zeitzeugenaussagen benutzte, diese Passagen während des Vortrags allerdings nicht kennzeichnete, wurde ihm mangelnde Distanzierung vom Nationalsozialismus vorgeworfen. Einige Abgeordnete verließen während des Vortrags den Saal, Jenninger geriet unter massive öffentliche (mediale) Kritik und trat zurück. Einige Inhalte der Rede sind durchaus zu kritisieren, z.B. die Überbetonung der 'Erfolge' Hitlers, der theologische Bezug und die Ausführungen über die Zeit nach 1945, aber gerade die Einnahme der Täterperspektive und das Anliegen, die Schuldigen und nicht nur die Opfer zu benennen, gehören nicht dazu.<sup>13</sup> Nur ein Jahr später, 1989, begann sich die deutsche Gesellschaft so umfassend zu ändern, dass die Betrachtung deutscher Geschichte im Inland und im Ausland unter ganz neuen Vorzeichen stand.

Nach 1989/90, also nach dem Umbruch in der DDR und der Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten, wurde Vergangenheit wieder vermehrt zum Thema. Im 'neuen' Deutschland entwickelte sich ein Nationalgefühl, wie es vorher in den getrennten deutschen Staaten nicht gekannt wurde. Diese offensichtliche und öffentliche positive Bezugnahme auf Deutschland und deutsche Symbole (z.B. die Nationalfarben) hatten auch Auswirkungen auf die Betrachtung deutscher Geschichte. Zusätzlich musste Deutsche Politik nach außen zeigen, dass die Warnungen vor einem neuen Großdeutschland, die zum Teil im Ausland geäußert wurden, unberechtigt sind. Erinnerungspolitik sollte nicht notwendig einen Schlussstrich ziehen, aber die Diskussion in und um Deutschland doch eingrenzen. Deutschland musste sich geläutert präsentieren und dabei doch Möglichkeiten finden sich auf die eigene Geschichte auch positiv beziehen zu können. Nach den Brandanschlägen auf Unterkünfte von Asylsuchenden und den rassistischen Angriffen Anfang der 90er Jahre war man bemüht, keine Bezüge zur deutschen Geschichte herzustellen und den Taten ihre politische Motiviertheit abzusprechen. Statt offenen Rassismus als solchen zu benennen und gegen ihn vorzugehen, wurden die Angriffe auf Probleme seit der Wiedervereinigung und durch die Sozialisation in der DDR zurückgeführt.

Die Rede des Schriftstellers Martin Walser am 11. Oktober 1998 in der Frankfurter Paulskirche zur Verleihung des Friedenspreises des deutschen Buchhandels stellt eine Zäsur des offiziellen Erinnerns dar, weil das erste Mal seit Anfang der 80er Jahre die Schuldanerkennung verweigert wurde. Walser hielt die Freiheit des Gewissens gegen die Macht der "Moralkeule" Auschwitz. Er sprach von der "Instrumentalisierung unserer (*gemeint ist die deutsche, K.H.*) Schande". Damit gab er, wenn auch intellektuell formuliert, die Stimmung in der deutschen Bevölkerung wieder. Mit Sätzen wie: "Die, die mit solchen Sätzen (*gemeint waren Warnungen vor dem deutschen Volkscharakter und negative Einschätzungen der Deutschen, K.H.*) auftreten, wollen uns wehtun, weil sie finden, wir haben das verdient. Wahrscheinlich wollen sie auch sich selber verletzen. Aber uns auch. Alle. Eine Einschränkung: alle Deutschen." Sagte Walser das, was im Privaten viele denken: Warum müssen wir uns immer schuldig fühlen? Auch dass Ignatz Bubis als damaliger Vorsitzender des Zentralrats der Juden in Deutschland in der folgenden Debatte in die Schranken verwiesen wurde, wurde z.B. in Leserbriefen positiv aufgenommen.<sup>14</sup> Besonders markant für die Geschichtspolitik und Erinnerungskultur ab den 90er Jahren sind die Betonung der Leiden der Deutschen (Bombardierungserfahrungen, Flucht und Vertreibung) und die Wiederkehr der Totalitarismusthese, d.h. es wird von den 'beiden deutschen Diktaturen' gesprochen und Nationalsozialismus mit dem Staatssozialismus der DDR verglichen. Gerade die Einweihung der Neuen Wache 1993, zeigt dieses

<sup>13</sup> <[http://www.teachsam.de/deutsch/d\\_rhetorik/rede/pol\\_rede/pol\\_rede\\_brd/Jenninger\\_1.htm](http://www.teachsam.de/deutsch/d_rhetorik/rede/pol_rede/pol_rede_brd/Jenninger_1.htm)> gibt es die Rede auch als Audiodatei. Eine Analyse, warum gerade die Jenninger Rede zu einem Skandal wurde findet sich hier <<http://buecher.judentum.de/lang/jenninger.htm>>

<sup>14</sup> Eine gute Analyse der so genannten Walser-Bubis-Debatte inklusive ausführlicher Literaturliste:

<<http://www.antisemitismus.net/deutschland/walser-1.htm>>; die komplette Rede findet sich unter:

<<http://www.literaturseiten.de/walser.htm>>. Ein Interview mit Ignatz Bubis aus der Zeitung "Die Welt" vom 14. Oktober 1998 zur Kritik an Walsers Rede <<http://www.literaturseiten.de/bubis.htm>> und "Ignatz Bubis antwortet Martin Walser" Auszüge aus der Rede zum 60. Jahrestag der Reichspogromnacht 1998 <<http://www.literaturseiten.de/bubis2.htm>>



Geschichtsverständnis deutlich. Sie wurde als zentrale Gedenkstätte des vereinigten Deutschlands "Den Opfern von Krieg und Gewaltherrschaft" gewidmet.<sup>15</sup> Die Formulierung 'Opfer von Krieg' macht keinen Unterschied zwischen Täterinnen, Tätern und Opfern. Ebenfalls zeigt sich bereits die Entwicklung, die heute aktueller denn je ist,<sup>16</sup> Nationalsozialismus und DDR-Geschichte werden in eine Linie gesetzt. Alte Formen nationaler Repräsentation wurden wieder möglich.

In der deutschen Außenpolitik wird das neue Geschichtsverständnis besonders in Bezug auf den Kosovokrieg deutlich. SPD und Grüne, die 1998 die Bundestagswahlen gewonnen hatten, standen für ein anderes, moderneres Deutschland, und erst durch sie vollzog sich die vollständige Abkehr von den Beschränkungen, die Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg auferlegt worden waren. Der erste Angriffskrieg mit deutscher Beteiligung seit 1939, der Kosovokrieg 1999, wurde mit einer Verantwortung gegenüber der Geschichte begründet. Deutschland zog nicht trotz sondern wegen Auschwitz in den Krieg im Kosovo (Joschka Fischer).<sup>17</sup> Diese Interpretation von militärischer Intervention ist exemplarisch für Erinnerungspolitik unter Rot/Grün, die deutsche Geschichte wird nicht abgeschlossen, sondern mit ihr wird offen Politik begründet. Das zeigt sich ganz aktuell an den Feierlichkeiten zum 60. Jahrestag des D-Days, der Landung der alliierten Truppen in der Normandie. Mit Gerhard Schröder hat zum ersten Mal ein Vertreter des deutschen Staates an den Feierlichkeiten teilgenommen. Der Bundeskanzler sagte, dass mit dem diesjährigen D-Day die Nachkriegszeit endgültig vorbei sei.

### **3. Den Faschismus "mit Stumpf und Stiel ausgerottet" - Vergangenheitspolitik und Erinnerungskultur in der DDR**

von Sylvia Gössel

Fragt man heute nach dem Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit in der DDR, so stößt man schnell auf die Formel vom "verordneten Antifaschismus", der anderen Formen der Auseinandersetzung keinen Raum ließ. In der Tat wurde von der Staats- und Parteiführung seit der Gründungsphase der DDR ein dogmatisches antifaschistisches Konzept umgesetzt, welches die Legitimation des Staates, seiner Führung und deren Politik begründete. Es blieb bis zum Schluss fest in der politischen Staatskultur der DDR verankert. Im Folgenden stehen zunächst die Inhalte dieses staatstragenden Antifaschismus im Vordergrund. Doch soll auch umrissen werden, welche Konsequenzen sich daraus ergaben und welche Ausdrucksformen der Erinnerung sich durchsetzten. Die Frage ist zudem, ob auf dieser Grundlage eine Auseinandersetzung in der Gesellschaft stattfinden konnte. Es gibt mittlerweile unzählige Bücher und Artikel, die sich mit der offiziellen Vergangenheitspolitik der DDR beschäftigen. Derartige Analysen können aber kaum beschreiben, welche Auswirkungen das antifaschistische Konzept auf die private Erinnerung der DDR-Bürger und deren Befindlichkeiten hatte. In diesem Rahmen kann nur versucht werden, eine kleine Einführung in die Problematik zu geben. Viele Punkte bedürfen eigentlich der genaueren Ausführung. Eine Beschäftigung mit der Thematik kann sich trotz der gängigen "Aufarbeitung" des DDR-Antifaschismus nach 1989 um eine fruchtbare, unpolemische Sichtweise bemühen.

#### **Die Voraussetzungen des staatstragenden Antifaschismus**

Man kann die Erinnerung in der DDR nicht beschreiben, ohne die Grundlagen des kommunistischen Antifaschismus-Konzeptes zu beleuchten. Die Basis der Interpretation der Vergangenheit war der kommunistische Faschismusbegriff. Spätestens seit dem 7. Weltkongress der Kommunistischen Internationale (Komintern) 1935 hatten KPD-Anhänger den Faschismus im Wesentlichen als eine "besonders terroristische, chauvinistische und imperialistische Form des Finanzkapitalismus" bestimmt. Mit seiner Hilfe, so die Argumentation, hätten die Monopolkapitalisten seit 1933 noch aggressiver versucht, ihre wirtschaftliche und politische Macht zu erhalten, die durch den wachsenden Einfluss der Arbeiterbewegung und die bevorstehende sozialistische Revolution gefährdet gewesen sei. Die deutsche Barbarei könne und müsse demnach durch die marxistisch-leninistische Analyse von Kapitalismus und Klassenkampf erklärt werden. Die Kommunisten, die 1945 vor allem aus dem Moskauer Exil mit der Roten Armee ins Land zurückkamen und begannen, eine Gesellschaft nach ihren Maßgaben aufzubauen, zogen daraus eindeutige Konsequenzen: Wenn die Barbarei in den sozioökonomischen Grundlagen der kapitalistischen Gesellschaft angelegt ist, so schafft man durch die Enteignung des Großkapitals und Großgrundbesitzes Verhältnisse, die (laut Definition) ein Wiederaufleben des Faschismus ausschließen. Doch verlangten die strukturellen Umwälzungen ihre Entsprechungen in personellen Veränderungen, da zunächst die alten Nazis und ihre Unterstützer handlungsunfähig gemacht werden mussten. Entsprechend des Potsdamer Abkommens vom August 1945 wurde rasch mit der Umsetzung einer umfassenden Entnazifizierung begonnen. Als die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) bereits im Februar 1948 die Entnazifizierung als erfolgreich

<sup>15</sup> Der gesamte Text der Gedenktafel <[http://www.luise-berlin.de/Gedenktafeln/mit/n/neue\\_wache.htm](http://www.luise-berlin.de/Gedenktafeln/mit/n/neue_wache.htm)>

<sup>16</sup> vgl. die Artikel zum Gedenkstättenengesetz in diesem Dossier

<sup>17</sup> <Eine Dokumentation und Linkliste zum Krieg im Kosovo: <http://www.dgb-bwt.de/index.php?cont=Dokumentationen>>





abgeschlossen erklärte, war die alte Elite in der Tat fast völlig ausgeschaltet. In der Verfassung der DDR wurde die Nicht-Verjährung von Nazi- und Kriegsverbrechen festgehalten, der letzte Prozess fand im September 1989 seinen Abschluss. Allerdings reichte bezogen auf "einfache" NSDAP-Mitglieder oftmals die aktive Mitarbeit am Aufbau des Sozialismus bzw. der Eintritt in die KPD/SED, um größere Unannehmlichkeiten zu vermeiden. So wurden zahlreiche Mitläufer problemlos integriert, die vorher noch dem Hitlerregime zugejubelt hatten. Zum anderen richtete sich die Entnazifizierung auch gegen Kritiker der Partei. Die Härte gegenüber den Nazis riss selbst später noch politisch Andersdenkende in den Strudel von Säuberungen.<sup>18</sup> Die Begründung dafür ergab sich unter anderem aus der Interpretation der Geschichte: wer die Gegner des Faschismus kritisiere, unterstütze objektiv den Faschismus. Diese Argumentation führte auch konstruktive Kritik an der Staats- und Parteiführung ad absurdum.

### **Die Schuldfrage und der Umgang mit dem Holocaust**

Widersprüchlich sind die Aussagen zur Schuldfrage des deutschen Volkes. Einerseits lieferte ihre Bejahung die Legitimation für eine autoritäre Herrschaft in der DDR, und tatsächlich gibt es offizielle Äußerungen, in denen davon die Rede ist, dass ein gefährliches Volk einer starken Führung bedürfe. Gerade in Krisenzeiten, so zum Beispiel im Zuge des 17. Juni 1953, berief sich die Parteiführung darauf, dass die wilden Horden schon einmal ausgebrochen waren. Andererseits gibt es eine Vielzahl von Bekenntnissen zum Deutschen Volk, das von einer kleinen Clique von faschistischen, imperialistischen Machthabern geknechtet und verführt worden sei. Die Opferdarstellung überwiegt dabei und befriedigte das weit verbreitete Selbstbild der deutschen Bevölkerung nach dem Krieg. Eine Auseinandersetzung mit der deutschen Kollektivschuld, wie sie ansatzweise in Westdeutschland hochkochte, brauchte es in der DDR nicht zu geben, da man hier mittlerweile ökonomische Verhältnisse geschaffen hatte, die aus den Ostdeutschen ein Heer von aktiven Antifaschisten machten. Die Bevölkerung entlastete das in starkem Maße. Auch die Führung um Walter Ulbricht brauchte sich mit einer Schuldfrage nicht auseinanderzusetzen, ihr antifaschistisches Selbstverständnis ergab sich aus den persönlichen Biografien. Auch viele nachfolgende Führungskräfte hatten die Zeit des Nationalsozialismus entweder im Exil oder in einem deutschen Gefängnis verbracht. Zudem zeigte sich, dass die politische Macht auch die Macht zur Konstruktion der Geschichte beinhaltete. Man betonte vor allem die ununterbrochene Tradition des kommunistischen Widerstandes und wähnte sich schuldlos am Zusammenbruch der Weimarer Republik sowie dem Aufstieg der Nazis. Der Hitler-Stalin-Pakt wurde völlig aus der Diskussion verdrängt, hingegen wurde die Verantwortung an die bürgerlichen Parteien delegiert. Analysen eigener Fehler sollten auch später nicht zu den Stärken der DDR-Führung gehören.

Ein entscheidender Punkt innerhalb des offiziellen ostdeutschen Antifaschismus bestand in der Ausblendung der Judenvernichtung. In Erfahrung des Vernichtungskrieges der Wehrmacht gegen die sowjetische Bevölkerung und im Hinblick auf die unerschütterliche Dankbarkeit gegenüber den sowjetischen Befreier wurde vor allem die Sowjetunion als das Hauptopfer des Faschismus anerkannt. Die antisemitische Rassenhetze wurde lediglich als bloßes Instrument zur Spaltung und Verwirrung der Arbeiterklasse interpretiert, welches von den faschistischen Machthabern zur bewussten Ablenkung vom Klassenkampf eingesetzt wurde. Warum dieses "Mittel" innerhalb der deutschen Bevölkerung auf fruchtbaren Boden stieß und in der industriemäßigen Vernichtung von über 6 Millionen Juden gipfelte, stand nicht zur Debatte. Auch in den eigenen Reihen der Kommunisten offenbarten sich gelegentlich antisemitische Denkweisen in der Verbindung von Judentum und Kapital. Im Zuge der Stalinistischen Säuberungen zu Beginn der 50er Jahre wurden die Kontakte vieler jüdischer Überlebender zu westlichen Hilfsorganisationen gar zu einer antikosmopolitischen Säuberungswelle benutzt, in denen zahlreiche Gemeindemitglieder pauschal der Illoyalität gegenüber der DDR verdächtigt wurden. Zur Festigung der SED-Herrschaft wurden jüdenfeindliche Vorurteile herangezogen, doch verstellte eine Gleichsetzung mit dem Antisemitismus der Nazis den Blick auf die damaligen historischen Zusammenhänge. Eine Erinnerung an den Holocaust wurde jedoch für lange Zeit unmöglich gemacht und selbst hochrangige Kommunisten, wie z. B. Paul Merker, gerieten durch ein aktives Eintreten für die Wiedergutmachung an jüdische Überlebende in den Strudel der Säuberungen.<sup>19</sup> Die Erfahrungen dieser Ära, gepaart mit einer prinzipiellen Abneigung gegenüber Religion als "Opium des Volkes", verhinderten eine Betonung des jüdischen Leidens bis in die 80er Jahre hinein. Die "jüdischen Opfer" blieben den "kommunistischen Kämpfern" in Behandlung und Ansehen untergeordnet. Konsequenterweise gab es keine umfassenden Entschädigungsleistungen im Vergleich zur bundesdeutschen "Wiedergutmachung", da sich die DDR nicht als Nachfolgestaat des Dritten Reiches verstand. Im Kampf um die knappen Ressourcen der Erinnerung war für die Opfer des Holocaust kein

<sup>18</sup> In autoritären oder diktatorischen Regierungssystemen heißt "Säuberung" die Entfernung politisch missliebiger Personen in großer Zahl aus leitenden, aber auch nachgeordneten Stellungen in Staat und Gesellschaft. In totalitären Staaten wurden die Säuberungen zu einer Form des Staatsterrors und gipfelten häufig in Schauprozessen. In der Sowjetunion entwickelte Stalin die Säuberung zu einem Instrument zur Durchsetzung seiner persönlichen Herrschaft (besonders 1935-39: "Tschistka"). In den sowjetischen Einflussgebieten nach dem 2. Weltkrieg spielten Säuberungen eine wesentliche Rolle bei der Durchsetzung des sowjetischen Gesellschaftssystems und zur rigorosen Durchsetzung der Parteidisziplin als Herrschaftsinstrument (Parteisäuberungen). Schauprozesse fanden bspw. 1952 in der Tschechoslowakei (gegen R.Šlánský) und 1957 in der DDR (gegen W.Janka/ W.Harich) statt. Quelle: Brockhaus Wissen 2004, Mannheim 2004

<sup>19</sup> Zu Paul Merker und dem Schicksal anderer siehe Artikel von Martin Jander in der Jungle World 8/04 <[www.hagalil.com/archiv/2004/02/ddr-unrecht.htm](http://www.hagalil.com/archiv/2004/02/ddr-unrecht.htm)>



Platz. Das jüdische Leiden mitsamt seiner Ausweglosigkeit und Sinnlosigkeit passte nicht in die heroische Antifaschismuskonzeption.

### **Die Instrumentalisierung des Antifaschismus**

Schnell wurde deutlich, dass das Konzept des Antifaschismus in der DDR keine Abweichungen duldete, und immer offensichtlicher wurde es dem Zweck der Legitimation des eigenen Handelns untergeordnet. Die Instrumentalisierung der Vergangenheitspolitik offenbarte sich besonders deutlich im Konkurrenzkampf der beiden deutschen Staaten. Da die BRD mit ihrer Integration in den Westen und dem Wiederaufbau einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung die Voraussetzungen für den Faschismus wiederhergestellt hatte, entzog man der Bundesrepublik die moralische Daseinsberechtigung. Vor allem in Reaktion auf die Hallstein-Doktrin, mit der die Bundesregierung 1952 versucht hatte, die DDR außenpolitisch zu isolieren, wurde es immer wichtiger, den Klassenfeind mit Verweis auf die Vergangenheit zu diskreditieren. Als es in Westdeutschland seit 1956 wieder häufiger zu antisemitischen Vorfällen kam, formulierten die ostdeutschen Medien den Vorwurf der "Refaschisierung" und legten den Finger auf die Wunde der mangelhaften bundesdeutschen Entnazifizierungs- und Rehabilitierungspraxis. Seit Ende der 50er Jahre wurden die Vorwürfe innerhalb groß angelegter Kampagnen gegen bestimmte Personen zugespielt. So versuchte man etwa den Staatssekretär im Bundeskanzleramt, Hans Maria Globke, im Zusammenhang mit dem Eichmann-Prozess Anfang der 60er Jahre auf die Anklagebank zu bringen. Er hatte am Kommentar zu den Nürnberger Rassegesetzen mitgewirkt. Sicher waren diese Kampagnen außenpolitisch wirkungsvoll und trugen sogar zur Bildung eines Problembewusstseins in der Bundesrepublik bei. Doch wurde wiederum die Verantwortung für die Vergangenheit aus dem Gebiet der DDR verwiesen.

Am offiziellen Antifaschismus-Konzept änderte sich im Verlaufe der Geschichte nur wenig, die Basis blieb unangetastet und wurde dogmatisch verteidigt. Ansätze einer Debatte jenseits der staatlichen Vorgaben gab es erst seit Ende der 70er Jahre. Angestoßen wurde dies durch den Einfluss der einsetzenden Kontroversen in der Bundesrepublik und die Diskussionen in der evangelischen Kirche. Hier, im quasi einzigen staatsfreien Raum, begann man sich auf anderer Ebene mit der Frage nach der Schuld und dem jüdischen Leiden auseinander zu setzen. Letztlich traten auch einige Intellektuelle für eine intensivere Beschäftigung mit der Judenverfolgung ein und forderten ein offeneres Antifaschismus-Verständnis. Allerdings bedeutete das nicht, dass eine ausgedehnte gesellschaftliche Diskussion angeregt werden konnte, offenbar fehlte es an einem breiten Problembewusstsein. Dennoch reagierte die Staats- und Parteiführung unter Honecker mit einer teilweisen Lockerung, die jedoch nicht über die herkömmlichen Interpretationsmuster hinaus kam.<sup>20</sup>

Selbst 1988, als mit großen Zeremonien der 50. Jahrestag der Pogromnacht begangen wurde, war offensichtlich, dass unter anderem außenpolitische und ökonomische Zwänge hinter der Öffnung der Erinnerung standen.

Die Bevölkerung konnte trotz der Betonung seiner antifaschistischen Grundlage nicht an den desolaten Staat gebunden werden. Je offensichtlicher die gesellschaftliche und ökonomische Krise in der DDR wurde, desto stärker wurde letztlich auch von kleinen kritischen Teilen der Bevölkerung versucht, über eine Thematisierung der Mängel des offiziellen Antifaschismus Kritik am Staat zu üben.

### **Die antifaschistische Erinnerungskultur**

Der Antifaschismus konstituierte das nationale Selbstbild der DDR Zeit ihres Bestehens. Es gelang der SED-Führung, ihn als Gründungsmythos fest im politischen Alltag zu verankern. Durch die spezifischen strukturellen Voraussetzungen entwickelte sich jedoch eine hegemoniale Erinnerungskultur, die kaum Freiraum für andere Formen bot. Der Faschismus rückte allerdings permanent ins Gesichtsfeld der Bevölkerung. Vor allem der kommunistische Widerstand und der Befreiungskampf durch die Sowjetunion standen im Vordergrund einer öffentlichen Erinnerung. Der Antifaschismus wurde in der DDR mit vielen Feldern der Alltagskultur verbunden. Zahlreiche Schulen, Straßen und Plätze wurden nach kommunistischen Widerstandskämpfern benannt, und es fanden sich auf dem gesamten Gebiet der DDR Mahnmale, die den antifaschistischen Kampf dokumentierten. Im Rahmen der zahlreichen Gedenktage, beispielsweise zum Tag der Befreiung, wurde die Überwindung der Vergangenheit beschworen. Die immer wiederkehrende Floskel, dass auf dem Boden der DDR Faschismus, Rassen- und Völkerhass "mit Stumpf und Stiel ausgerottet" seien, veranschaulichte den radikalen Bruch mit der Geschichte. Einen herausragenden Stellenwert nahmen die Mahn- und Gedenkstätten ein. Bereits 1958 wurde Buchenwald, die wichtigste der "Nationalen Mahn- und Gedenkstätten" (NMG) eingeweiht. Die großflächigen Gedenkstätten waren für Massenbesuche konzipiert: Soldaten der Nationalen Volksarmee (NVA) leisteten hier ihren Fahneid und der Besuch einer Gedenkstätte war Bestandteil der Jugendweihe. Alle achten Klassen, zahlreiche Delegationen der FDJ (Freie Deutsche Jugend - zentrale Jugendorganisation der DDR) und Kollektive wurden dort bei obligatorischen

<sup>20</sup> So war Ende der 80er Jahre eine Öffnung in der Forschung zu verzeichnen - wurden Arbeiten zum nichtkommunistischen Widerstand veröffentlicht und diskutiert. Dies geschah jedoch weitestgehend unbeachtet innerhalb der wissenschaftlichen Institutionen der DDR.



Pflichtbesuchen umhergeführt. Dabei stellten die Gedenkstätten, die politisch eng angebunden waren, mit ihrer heroischen Monumentalästhetik den Sieg des Sozialismus über den Faschismus zur Schau.

In der Bildung spielte die antifaschistische Erziehung eine wichtige Rolle, so machte die Zeit des Dritten Reiches einen beachtlichen Teil des Lehrplans aus. Darüber hinaus leistete die DDR-Geschichtswissenschaft einen umfangreichen Beitrag zur Erforschung des Nationalsozialismus, obwohl auch hier die gängigen ökonomischen Erklärungen manifestiert wurden. Die größten Mängel bestanden dabei in der Vernachlässigung des jüdischen Leidens, in der Fehlinterpretation und Marginalisierung von Antisemitismus und Holocaust. Allerdings ist die Annahme falsch, es hätte in der DDR überhaupt keine Erinnerung an die verfolgten Juden gegeben. So gab es einzelne Schriftsteller und Schriftstellerinnen, Historiker und Historikerinnen sowie Filmemacher, die diese Problematik verarbeiteten.<sup>21</sup> Die Formen der Erinnerung unterlagen immer deutlich dem Zweck kollektiver nationaler Identitätsstiftung. Die antifaschistischen Rituale waren von einer persönlichen Erinnerung und damit von tiefgründiger Auseinandersetzung weit entfernt, was die Entlastung des ostdeutschen Gewissens begünstigte. Personenkult, beispielsweise um den ermordeten KPD-Vorsitzenden Ernst Thälmann, Mythenbildung und eine kämpferische Sprache ließen einer wirklichen Konfrontation mit der Geschichte, die immer einer starken Konkretisierung der Erinnerung bedarf, keinen Raum. Die persönlichen Erfahrungen der Nazi-Zeit wurden verdrängt, ins Private abgeschoben und entzogen sich dort der staatlichen Kontrolle.

### Schlussbetrachtungen

Während in der Bundesrepublik letztlich kontroverse Erinnerungsdebatten geführt wurden, fällt bezogen auf die DDR vor allem eines auf: dass es keine gab. Neben dem gängigen Antifaschismus-Konzept konnten sich keine alternativen Vorschläge des Umgangs mit der Vergangenheit etablieren. Sämtliche öffentliche Diskurse wurden bis zum Ende hin staatlich gefüttert. Die festgefahrenen politischen Strukturen, kontrollierte Medien, fehlende Mitbestimmung und politische Repressionen gegen Andersdenkende hatten bald dazu geführt, dass eine kritische Öffentlichkeit fehlte, in der verschiedene Positionen im Umgang mit dem Nationalsozialismus diskutiert werden konnten. Unter diesen Voraussetzungen konnte eine tiefgründige gesellschaftliche Auseinandersetzung mit Nationalsozialismus und Holocaust nicht stattfinden. Der Begriff des "verordneten Antifaschismus" impliziert, dass die Masse der Bevölkerung passiv blieb. Ein umfassender eigener Antrieb zur Aufarbeitung innerhalb der Gesellschaft war offensichtlich nicht gegeben. Allerdings blieb der Antifaschismus nicht ohne Wirkung. Neuere Studien zur Bedeutung des Antifaschismus belegen, dass im Vergleich zu Westdeutschland die große Mehrheit der Ostdeutschen (durch alle Jahrgänge hindurch, im Alter sogar mit zunehmender Tendenz) eine intensive Auseinandersetzung mit der Hitlerzeit begrüßt. Zudem ist altes nationalsozialistisches Gedankengut weniger stark integriert und akzeptiert - doch schließt das rassistische und antisemitische Denkweisen nicht aus. Gegen Ende der DDR vermochte das antifaschistische Ideengebäude die Bürger nicht mehr an den Staat zu binden, auch zeigten sich Mängel in der antifaschistischen Erziehung der Jugend. Dass diese Erziehung nicht vor Rassismus und menschenverachtenden Ideologien schützte, offenbarte sich darin, dass es Ende der 80er Jahre in der DDR über 800 erfasste Neonazis gab - öffentlich thematisiert wurde das natürlich nicht. Letztlich bleibt die Frage offen, was wirklich in den Köpfen der Bevölkerung vor sich ging. Rückblickend betrachtet wird der Antifaschismus von den Ostdeutschen in erster Linie mit dem verhassten System assoziiert. Die einseitigen und abstrakten Rituale werden so nachträglich als die Erfüllung eines Pflichtprogramms empfunden. Letztlich ließ auch die fortwährende Instrumentalisierung an der Glaubwürdigkeit antifaschistischer Inhalte zweifeln. Viele Chancen eines institutionalisierten Antifaschismus wurden in der DDR schlichtweg vergeben.

Nach dem Zusammenbruch der DDR 1989/90 wurde im öffentlichen Diskurs sehr bald auch der Antifaschismus in Frage gestellt, der ja die Legitimation der Führung begründet hatte. Mit der Suche nach dem neuen deutschen Geschichtsverständnis kam es zu seiner pauschalen Abwertung. Einer kritischen Erweiterung des Konzeptes stand plumpe Polemik im Weg. Stattdessen wurden bzw. werden immer wieder die Gemeinsamkeiten von SED-Diktatur und Nationalsozialismus hervorgehoben. Dabei kann ein Vergleich, beispielsweise der gesellschaftlichen Strukturen, durchaus sinnvoll sein. Doch werden solche Versuche allzu leicht als politische Munition in der öffentlichen Auseinandersetzung genutzt. Man könnte sich freuen: immerhin gibt es ja eine solche Auseinandersetzung und man kann heute ohne Probleme z.B. Artikel für Internetprojekte schreiben. Doch befriedigend verlaufen die heutigen Debatten deshalb noch lange nicht. Sie werden meist sehr heftig, laut und emotional geführt, bleiben bei näherer Betrachtung aber kurzlebig und oberflächlich.

Geht man davon aus, dass jede Erinnerung ihren Bezug in der Gegenwart hat, stellt sich abschließend die Frage, ob es eine Auseinandersetzung mit der Vergangenheit aus reinem Selbstzweck überhaupt geben kann. Erinnerung macht vor allem dann Sinn, wenn man versucht, eigene Lehren aus der Geschichte zu ziehen, um die Gegenwart

---

<sup>21</sup> Ein Interview mit dem Regisseur Konrad Weiß "Eine Fahrt nach Auschwitz" über die Diskussionen in der DDR-Opposition um die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus findet sich in der Ausgabe 44 der Zeitschrift "Horch und Guck" unter <<http://www.buergerkomitee.org/hug/h44-dateien/44inhalt.html>>



besser und erträglicher zu gestalten. In diesem Zusammenhang ist es übrigens durchaus spannend, sich trotz allem mit Ansätzen zu beschäftigen, die Kapitalismus und Nationalsozialismus miteinander in Beziehung setzen.

*Sylvia Gössel*

*Magistra Artium; studierte Kulturwissenschaften, Politikwissenschaft und Allgemeine und Vergleichende Literaturwissenschaft; Magisterarbeit über: "Das Gedenkjahr 1988. Die kulturellen und politischen Aktivitäten der DDR im Umfeld des 50. Jahrestages der Pogromnacht. Antifaschistische Praxis im Schatten von Legitimationsverlust und Krise"*

Literaturtipps

## 4. Geglättete Erinnerung

von Sebastian Kirschner

Als anlässlich der diesjährigen Eröffnung der Leipziger Buchmesse die lettische Außenministerin und künftige EU-Kommissarin Sandra Kalniete mit den Worten "[...] *the two totalitarian regimes – Nazism and Communism - were equally criminal*" ihr neues Buch und damit ihr eigenes Familiengedächtnis bemühte und daraufhin der Vizepräsident des Zentralrates der Juden Salomon Korn verbittert den Saal verließ, verstand der Grossteil der Anwesenden die Welt nicht mehr. Korn kritisierte tags darauf die Verharmlosung des Vernichtungsprozesses der lettischen Juden sowie die gekonnte Umschiffung der lettischen Kollaboration durch die baltische Repräsentantin und wies, nicht ohne Verbitterung, auf den unaufgearbeiteten Antisemitismus hin, der sich heute – im Kontext erinnerungspolitischer Abwehr - wieder ausbreite.<sup>22</sup>

Das beschriebene "Verschleifen von Dimension", also die Lösung der Shoah aus ihrer Singularität, ist hierzulande nicht neu, expandiert aber zunehmend europäisch: Bereits im Historikerstreit Anfang der Achtziger Jahre wurde an der totalisierenden Systemfront gekämpft, und auch Jahre zuvor verband man innerhalb der deutschen Bundesregierung die "Wiedergutmachung" an den Juden nicht selten mit Entschädigungsforderungen von deutschen "Heimatvertriebenen". Wenn die Totalitarismusthese heute innerhalb eines "Erinnerungsbooms" ihr geschichtsmächtiges Revival erlebt, dann ist dies vorrangig im Kontext einer europäischen Erinnerungskultur zu betrachten, die den Nationalsozialismus sowie den "Zivilisationsbruch Auschwitz" (Adorno) zum Anlass neuer Identitätsbildungsprozesse nimmt. Die Shoah wird hier als Schlüsselereignis für eine neue Erinnerungsform benannt und steht für die Herausforderung einer neuen Schicksalsgemeinschaft.<sup>23</sup> Nicht zuletzt die Beendigung des Kalten Krieges, die zunehmend auch mit einer neuen Erinnerung an Auschwitz - anstelle des atomaren Genozids - einherging, und das damit verbundene Aufbrechen verschiedener osteuropäischer Gedächtnisse fördert diesen innereuropäischen Dialog der Erinnerungen. Am sichtbarsten erscheint dieser Dialog hinsichtlich der Wiederherstellung von Privateigentum im ehemaligen politischen Osteuropa, deutlich wird er allerdings auch in der Auferstehung der "Vertriebenenfrage".

### Universelle Anwendung

Seit einigen Jahren wird der Ausdruck und Begriff des "kollektiven Gedächtnis", mit dem nach Maurice Halbwachs erinnerungskulturelle und gesellschaftliche Rekonstruktionen und Dynamisierungen von Vergangenen beschrieben werden, nunmehr so routiniert verwandt, dass mitunter seine Gestalt verschwindet. Ursprünglich als Kategorie vorgebracht, um "scheinbar abgebrochene(n) historische(n) Prozesse(n)"<sup>24</sup> eine Wiederkehr in die Geschichte zu ermöglichen, wird heute, wenn von Gedächtnis die Rede ist, von einem Paradigmenwechsel gesprochen, der Erinnerungsmomente primär hinsichtlich seiner zeiträumlichen Bewertung *transnationaler* Kollektive beschreibt. Der Shoah kommt dabei die Rolle des "Code des Bösen" zu. Die Erinnerungen an die Vernichtung der Jüdinnen und Juden liefern, so die Historiker Levy/Sznaider, in einer globalisierten Welt den moralischen Maßstab eines neuen kosmopolitischen Erinnerungs-Imperativ, in dem die Shoah zwar als singuläres Ereignis auftritt, gleichzeitig aber dazu benutzt wird, die Konflikte der Welt zu deuten. Zwar sind die Versuche, das Verbrechen an den Jüdinnen und Juden zu erklären, weiterhin als die größte Herausforderung zu betrachten, allerdings können auch die europäischen Spannungen, die in Folge der Beendigung des Kalten Krieges entstanden sind, als historische Brüche bezeichnet werden, in denen Gedächtnis eine "Geschichtsfunktion" ersetzt.

Die Entwicklungen der Beck'schen "Zweiten Moderne"<sup>25</sup> lassen das Gedächtnis nicht weiter in einem dichotomen Verhältnis zwischen Universalismus und Partikularismus verweilen, stattdessen bilden sich Überlagerungsprozesse. Dichotomien zwischen Opfer und Täter lösen sich genauso auf, wie zwischen Retter und Gerettetem. Der Begriff des kollektiven Gedächtnis trennt sich dabei aus seiner nationalen Konnotation heraus und entwickelt zunehmend

<sup>22</sup> <<http://contaguisantes.open-lab.org/zettel/korn.html>>

<sup>23</sup> Daniel Levy/Nathan Sznajder, *Erinnerungen im globalen Zeitalter: Der Holocaust*, Frankfurt/Main 2001, S. 14.

<sup>24</sup> Dan Diner, *Von Gesellschaft zu Gedächtnis. Über historische Paradigmenwechsel*, in: ders.: *Gedächtniszeiten. Über jüdische und andere Geschichten*, München 2003, S. 11.

<sup>25</sup> (Ulrich Beck, *Was ist Globalisierung?* Frankfurt/Main 1997)





dialogische Vorstellungen. Nicht mehr die Eingrenzung von Erinnerung sondern dessen Entortung - räumlich wie zeitlich - steht im Zentrum.

### Europäische Zivilität im Verhältnis zu Auschwitz

Die europäische Suche nach einer gemeinsamen Identität treibt neben philosophischen (von Rousseau über Kant bis Marx und zurück), juristischen (vom Code Napoleon zu Maastricht bis zur EU-Verfassung) oder ökonomischen (von wirtschaftlicher corporate identity bis hin zu Einfuhrzöllen) eindringlichen Identitätsformeln auch euroerinnerungspolitische Blüten. Als mutmaßlicher Hintergrund gilt die funktionelle Verschwisterung von kollektivem Gedächtnis und ideologischer Verwertbarkeit. Der israelische Historiker Moshe Zuckermann stellte bereits vor Jahren eine ideologische Vereinnahmung der Shoah im öffentlichen Diskurs fest, indem er eine durch Universalisierung des Geschichtsereignisses begründete "Entjudung" des Holocausts ausmachte.<sup>26</sup> Erinnerung kommt dabei eine ähnlich hegemoniale und vereinheitlichende Wirkung wie Geschichte zu.

Wurde einst das westliche Christentum, die lange Tradition des Abendlandes oder das Recht Roms angeführt, um eine gemeinsame Linie des Gleichen zu kreieren, beruft man sich heute zusätzlich - und häufig vorderrangig - auf einen erinnerungspolitischen Wertekatalog des antigenozidalen Einvernehmens, der der reinen "Wertegemeinschaft Europa" den Rang abläuft. Zwar sind klassische europäische Selbstzuschreibungen, wie die Wohlfahrtsstaatlichkeit, damit verbunden die Befriedung von Klassegegensätzen oder Bezugnahmen auf den lutherischen Protestantismus, weiterhin mitlaufende Kriterien um die Einigkeit zu umreißen, die gemeinsame Erinnerung steht dem aber, selbst wenn die gemeinsamen Erinnerungsrituale noch in den Kinderschuhen stecken, in nichts nach.

*Sebastian Körner ist Kulturwissenschaftler aus Leipzig, schrieb seine Magisterarbeit zu den Diskursen über die Entschädigungen für Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter und arbeitet gerade an einem Buch über Vergangenheitspolitik*

## 5. Wie erinnern?

*von Dr. Salomon Korn*

### ***Eröffnungsvortrag der Reihe "Jüdische Lebenswelten" in der Synagoge Leipzig am 24. März 2004, aus Anlass der Leipziger Buchmesse 2004***

Wie erinnern? Zur Beantwortung dieser Frage habe ich Neues gelesen und früher Gelesenes wieder gelesen. Jetzt stelle ich fest: an das meiste davon erinnere ich mich nicht mehr. Ist das bedauerlich? Nur bedingt, denn wenn es für das vorliegende Thema wirklich von Bedeutung gewesen wäre, hätte ich es vermutlich nicht so schnell vergessen. In Erinnerung ist mir allerdings Michel de Montaignes Klage über sein schlechtes Gedächtnis geblieben. Nicht, dass er sich dessen rühmen würde, nein, aber allzu groß ist auch sein Bedauern nicht über diese von ihm umstandslos eingestandene Gedächtnisschwäche. Ihre Vorzüge sieht er vor allem in seinen notwendigerweise kurz gehaltenen Reden, im Umstand, sich viel Überflüssiges gar nicht erst merken zu müssen und erlittene Kränkungen schnell zu vergessen. Außerdem, so Montaigne, "lachen mich nun die mir entfallenen Orte und Bücher, wenn ich ihnen wieder begegne, stets mit der Frische des völlig Neuen an". Diese Gelassenheit kann der Autor der berühmten, im 16. Jahrhundert verfassten "Essais" an den Tag legen, weil er weiß, "daß ein ausgezeichnetes Gedächtnis oft mit schwachem Urteilsvermögen Hand in Hand geht". Und so legt er größeren Wert auf Verstand als auf Buchwissen, denn es ist nicht das Gedächtnis, sondern der Verstand, der aus allem Nutzen zieht.

Ähnlich argumentiert 300 Jahre später Friedrich Nietzsche in seiner Abhandlung "Vom Nutzen und Nachteil der Historie für das Leben". Wie Montaigne verpönt auch er Faktenwissen und Gelehrsamkeit, wenn sie nicht im Dienste einer kritischen, dem Leben zugewandten Geschichtsbetrachtung stehen. Alles, was von diesem Ziel fortführt, darf dem Vergessen anheimfallen. Wie also erinnern?

An Montaigne und Nietzsche geschult lautet eine erste Antwort darauf: kritisch gegenüber dem Gegenstand der Erinnerung. Dies gilt, in Anlehnung an Nietzsche, gleichermaßen gegenüber der Geschichtsschreibung, die zwar nicht identisch mit Erinnerung ist, sich aber in Teilbereichen mit ihr überschneidet. Historiografie versucht Ereignisse der Geschichte, die schriftlichen und mündlichen Erinnerungen an sie, möglichst objektiv zu ermitteln, aufzuzeichnen und weiterzugeben. Bei allem zugestandenen Bemühen um Objektivität: Geschichtsschreibung kann nicht gänzlich frei bleiben von der subjektiven Perspektive derer, die historische Fakten in ausgewählte Zusammen-

<sup>26</sup> (Moshe Zuckermann, Täter und Opfer, in: Zeitschrift für Kulturaustausch, 49 (1999), S. 32



hänge von Ursache und Wirkung stellen. Doch trotz solcher Einwände gegen eine gänzlich objektivierbare Historiografie: In den meisten Fällen lassen sich, zumal im Bereich der neueren Geschichte, Tatsachenbehauptungen überprüfen und fragwürdigen Geschichtsbetrachtungen stets plausiblere entgegensetzen.

Diese "objektivierende" Überprüfbarkeit unterscheidet Geschichtsschreibung grundsätzlich von Erinnerung. Letztere ist vor allem gekennzeichnet durch ihre Bindung an einzelne Menschen, an deren jeweils unterschiedlich ausgeprägte Fähigkeit, sich an Erlebtes, Erzähltes, Gelesenes, an eigene Träume und Phantasien zu erinnern. Daher sind Erinnerungen keine "neutral" gespeicherten Informationen, sondern an positive oder negative Gefühle gebundene Bilder und Gedächtnisinhalte. Diese affektive Einfärbung allein kennzeichnet Erinnerung als subjektives Phänomen.

Neben dieser subjektiven Qualität kommt Erinnerung noch eine zielgerichtete und zweckbestimmte zu. Erinnerung dient nicht nur praktischer Notwendigkeit; sie erfüllt gleichzeitig Bedürfnisse nach Legitimation, weil sie im Dienste des jeweiligen Menschen zur Aufrechterhaltung seines Selbstwertgefühles und der idealisierenden Selbstwahrnehmung seiner eigenen Biografie steht. Daher wandelt unser ständig kontrollierendes Legitimationsbedürfnis für uns unpassende Erinnerungen in "passende" um: je unpassender die Erinnerung, desto stärker das Legitimationsbedürfnis. Besonders stark wird es, wenn das von nationalsozialistischen Deutschen begangene Jahrtausendverbrechen mit der eigenen nationalen Identität in Einklang gebracht werden soll.

Weil Identifizierung qua Definition nur mit positiven Inhalten möglich ist, musste "negative Identifizierung" und daraus folgend "negative Identität" ein Widerspruch in sich bleiben. Dennoch ist Auschwitz, gewollt oder ungewollt, Teil deutscher Geschichte und damit Teil nationaler deutscher Identität. Die Dimension des Verbrechens aber verhindert eine - vermutlich nicht leistbare - Integration der ungeheuerlichen Tatsachen in das individuelle und kollektive Bewusstsein der Deutschen. Um das Ausmaß des Verbrechens, sofern man sich ihm überhaupt stellt, ansatzweise ertragen zu können, muss es gefühlsmäßig auf Distanz gehalten werden. Das hat Folgen für die individuelle Erinnerung, sei sie authentisch, sei sie angeeignet. Deren Qualität ist nicht in erster Linie abhängig vom Umfang der im Gedächtnis gespeicherten Informationen, sondern von den mit den erinnerten Vorstellungen und Bildern verknüpften Gefühlsanteilen, den Affekten. Erst sie geben der Erinnerung Gewicht, Wert und Dauerhaftigkeit. Positiv assoziierte Affekte helfen Erinnerung stärker zu verankern, weil sie nicht nur als neutrale Information im Gedächtnis gespeichert, sondern parallel dazu mit dem Gefühlshaushalt gekoppelt ist. Negative Affekte verstärken die Neigung, die mit ihnen verknüpften Erinnerungen abzuwehren, zu beschönigen, zu verdrängen und schließlich zu leugnen.

Vermutlich konnte und kann Auschwitz, wenn überhaupt, nur dann Teil einer nationalen Identität der Deutschen werden, wenn der Affekt, der Gefühlsanteil der Erinnerung, von der Assoziation, dem Informationsanteil dieser Erinnerung, weitgehend getrennt bleibt. Dies ist ein labiler, partiell auch traumatisierender Erinnerungszustand, der wegen seiner negativen Affektanteile stets von Abwehr, Leugnung und Verdrängung bedroht bleibt. Das zeigte sich unmittelbar nach Kriegsende im Wunsch der meisten Deutschen nach Flucht aus der Erinnerung, nach Umdeutung der nationalsozialistischen Vergangenheit und nach rascher Generalamnestie.

Das Ergebnis der auf dem Gebiet der früheren BRD frühzeitig verabschiedeten Amnestiegesetze von 1949, 1951 und 1953 entlastete die Mehrheit der Deutschen von ihrer Mitverantwortung an den nationalsozialistischen Verbrechen, denn deren Lebenslüge lautete fortan: der Nationalsozialismus war über Deutschland wie eine Naturkatastrophe hereingebrochen, so, als seien Nationalsozialisten keine Deutschen, sondern Invasoren gewesen, die Deutschland gegen den Willen der Deutschen besetzt und unterdrückt hätten: sie selbst sahen sich nun - die Geschichte auf den Kopf stellend - als unschuldige Opfer von Krieg und Vertreibung und nicht zuletzt - wie schon einmal nach dem Ersten Weltkrieg - als Opfer einer ungerechten "Siegerjustiz" der alliierten Besatzungsmacht.

Unter dieser Legitimationsstrategie bedeutete für die Mehrzahl der Westdeutschen Vergangenheitspolitik nicht notwendige Auseinandersetzung mit dem dunkelsten Kapitel der eigenen Geschichte, sondern Strafaufhebung und Integrationsleistung zugunsten Millionen ehemaliger nationalsozialistischer Parteigenossen. In ihrer Mehrheit wussten und leugneten die Deutschen zugleich, dass über die längste Zeit seiner Dauer das "Dritte Reich" im Inneren nicht auf die Ausübung von Terror und Gewalt angewiesen war, sondern sich sowohl bei den "einfachen Volksgenossen" als auch den Eliten großer Integrationskraft und hohen Zuspruchs erfreute.

Lässt sich - und hier zitiere ich Volkhard Knigge - der westdeutsche Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit als mühsamer Prozess innergesellschaftlicher Auseinandersetzung beschreiben, der vor allem nach 1968 mehr oder weniger freiwillig vom Beschweigen über die moralische Distanzierung hin zur konkreten, Opfern wie



Tätern Gesicht und Namen gebenden Auseinandersetzung geführt hat, so folgte die Erinnerungskultur der DDR engen staatlichen Vorgaben. Auch wenn dort die Entnazifizierung konsequenter als in der Bundesrepublik durchgeführt wurde, war die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus verengt und dogmatisch. Die Verbindung von "Volksgemeinschaft" und Ausgrenzung der "Gemeinschaftsfremden" bis hin zum Genozid an den europäischen Juden als deren spezifisches Merkmal geriet als solche nicht in den Blick. Sie wurde vielmehr durch die offizielle Faschismus-Doktrin - die reaktionärsten, chauvinistischsten und imperialistischsten Elemente des Finanzkapitals hätten sich zu ihrer Rettung mit der verbrecherischen Hitler-Clique gegen das eigene Volk verbündet - überblendet. Da in der DDR die "Wurzeln des Faschismus" durch Verstaatlichung und Landreform als ausgerottet galten, erschien dort der Nationalsozialismus zudem als abgeschlossene Vergangenheit mit der Folge, dass die eigene Gesellschaft kritischer Selbstreflexion nicht mehr bedurfte. Auf ganz andere und doch ähnliche Weise wie in der Bundesrepublik entlastete dieses Geschichtsbild: die Alltagsdeutschen des "Dritten Reiches" - und damit sein Charakter als weitgehende Konsensdiktatur - gerieten nicht in den Blick, das deutsche Volk erschien als Opfer, die Vergangenheit als endgültig überwunden. Die Folgen dieser jahrzehntelang versäumten Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit sind deshalb besonders in den neuen Bundesländern bis heute schmerzlich zu spüren und werden es auf lange Zeit hinaus bleiben.

Aus den hier nur kurz beschriebenen Auseinandersetzungen mit der nationalsozialistischen Vergangenheit in der ehemaligen BRD und ehemaligen DDR lassen sich folgende Erfahrungen festhalten: Die Bereitschaft zum Erinnern und Gedenken ist abhängig vom Verhältnis des Einzelnen zur eigenen Geschichte, zur Geschichte des eigenen Volkes und abhängig vom Grad der Identifizierung mit Volk, Staat oder Nation. Je näher und unverbrüchlicher man zu den Geschicken der eigenen Gemeinschaft steht, desto eher wird man die Erinnerung an deren Geschichte, die dann auch als eigene empfunden wird, zu bewahren suchen. Je ambivalenter, schwieriger und brüchiger die Vergangenheit des Volkes ist, dem man angehört, desto mehr Überwindung erfordert die Beschäftigung mit dessen Geschichte, die dann als eigene eher abgewehrt wird. Erinnern und Gedenken werden unter diesen Voraussetzungen zur mühsamen Tätigkeit; sie konfrontieren mit den dunklen Seiten der eigenen Gemeinschaft und erschweren die Ausbildung einer ungebrochenen Identität mit dieser. Erinnern und Gedenken bedeuten dann immer auch Auseinandersetzung mit den Biografien der eigenen Eltern, Großeltern, Vorfahren. Die Bereitschaft, der nationalsozialistischen Verbrechen aufrichtig zu gedenken, hängt von der Bereitschaft der nichtjüdischen Deutschen ab, nationale Identität in ihren geschichtlich geformten Brechungen und Diskontinuitäten anzunehmen - sich eben nicht in eine scheinbar heile nationale Identität zu flüchten, die zwangsläufig die Erinnerung an den nationalsozialistischen Massenmord auf ihre Bedürfnisse hin verbiegen, relativieren und schließlich verfälschen muss.

Diese Wechselwirkung zwischen Erinnerungsbereitschaft und nationalem Selbstverständnis zeigt, dass es unterschiedliche Ausprägungen des Erinnerns und Gedenkens auf der Seite derer gibt, die Nachfahren der Opfer und derer, die Nachfahren der Beteiligtengeneration sind. Die Nachfahren der Beteiligtengeneration können nicht in gleicher Intensität um die ihnen ferner stehenden Opfer des Völkermordes trauern wie die unmittelbar betroffenen Nachfahren der Ermordeten oder Überlebenden. Während letztere im Gedenken vorwiegend die Erinnerung an die Ermordeten der eigenen Familie, des eigenen Volkes bewahren, müsste das Gedenken der Nachfahren der Beteiligtengeneration an die Opfer des nationalsozialistischen Massenmordes immer auch die Erinnerung an Verbrechen des eigenen Volkes sowie Fragen nach deren Ursachen und Folgen einschließen. Dem aber stand und steht das Bedürfnis nach Legitimation der eigenen Geschichte, Familiengeschichte und Geschichte des eigenen Volkes entgegen.

Die langwellige untergründige Dünung, die das nationalsozialistische Jahrtausendverbrechen für mindestens ein Jahrhundert hinterlassen hat, war in der Vergangenheit immer wieder an der Oberfläche gesellschaftlicher Wirklichkeit spürbar gewesen. Beispiele hierfür sind der Faßbinder-Konflikt, der Historikerstreit, die Auseinandersetzungen um Bitburg, die Kontroverse um das Holocaust-Mahnmal, die Bubis-Walser-Debatte, die Debatten um die Wehrmacht-Ausstellung, das Goldhagen-Buch, die Entschädigungen für Zwangsarbeiter und das geplante Zentrum gegen Vertreibungen sowie die Affären um Möllemann und Hohmann.

Aktuelle Beispiele für die anhaltenden Selbstfindungsdebatten der Deutschen sind das "Sächsische Gedenkstättengesetz" und der CDU/CSU-Antrag zur "Förderung von Gedenkstätten zur Diktaturgeschichte in Deutschland". Beide zeigen in ihrem Wortlaut deutliche Tendenzen zur Verharmlosung der nationalistischen Verbrechen durch deren terminologische Gleichsetzung mit Verbrechen der sowjetischen Besatzung und des SED-Regimes. Wiederholt und ohne jede Differenzierung ist dort zum Beispiel die Rede von "Widerstand gegen die Diktaturen", von "Opfer der beiden deutschen Diktaturen", von "beiden totalitären Diktaturen" und von "doppelter Vergangenheit" (anstelle "zweierlei Vergangenheit"). Solche sprachliche Nivellierung drückt das nationalsozialistische Jahrtausendverbrechen mit europäischer Dimension und annähernd 50 Millionen Toten auf die Ebene der von der



sowjetischen Besatzung und der SED-Diktatur begangenen Verbrechen. Diese Waagschalen-Mentalität, mit der nationalsozialistischer Völkermord und Terrorherrschaft mit Verbrechen der SED-Diktatur aufgewogen werden sollen, führt zu einer Re-Nationalisierung des Gedenkens: alle - Deutsche wie übrige Europäer - waren Opfer, alle haben gelitten, alle verdienen unser Mitleid. Ursachen und Hintergründe der größten europäischen Katastrophe verschwimmen schließlich in einer Opfer und Täter, Ursache und Wirkung einebnenden Sprache.

Zweifellos haben die großen Aufklärungskampagnen seit den siebziger Jahren einen Bewusstseinswandel in der BRD bewirkt und nach 1989 auch in der ehemaligen DDR eingeleitet. Und sicher darf Deutschland heute insgesamt als gefestigte Demokratie gelten. Doch die untergründigen Nachwirkungen einer früh verweigerten Auseinandersetzung mit dem Erbe des deutschen Nationalsozialismus' und dessen Einfluss auf die Familie als wichtigste Agentur der Aufklärung sind lange übersehen und unterschätzt worden. Wie der Sozialpsychologe Harald Welzer in einer groß-angelegten Studie über Tradierung von Geschichtsbewusstsein nachgewiesen hat, wandelte sich in vielen Familien durch einen Akt "kumulativer Heroisierung" der in NS-Verbrechen verstrickte Vater oder Großvater zum Widerstandskämpfer, was gleichzeitig zur Umdeutung und Legitimierung der eigenen Familiengeschichte führte. Dies zeitigte verfälschte historische Erinnerungen und auf die eigenen Bedürfnisse hin zurechtgebogene Geschichtsbilder. Für Harald Welzer gibt es kein anderes westeuropäisches Land, in dem die Kluft zwischen offizieller und inoffizieller Erinnerungskultur so groß ist wie in Deutschland.

Wie also erinnern? In erneuter Anlehnung an Montaigne und Nietzsche lautet eine weitere Antwort: Nicht nur kritisch gegenüber dem Gegenstand der Erinnerung, sondern auch kritisch gegenüber dem Erinnerungsprozess selbst. Notwendig ist eine kritische Distanz zu den Legitimationsbedürfnissen der eigenen Erinnerung und gegebenenfalls auch zu denen der eigenen Familie und des eigenen Volkes. Eine solche Einstellung kann zu handlungsorientierten Fragen führen wie: Was wurde in der eigenen Familie über die Zeit zwischen 1933 und 1945 erzählt - oder verschwiegen? Von welchen Rechtfertigungsabsichten wurden die Großeltern oder Eltern dabei möglicherweise geleitet? War man vielleicht selbst unwissend Teil eines idealisierenden Erinnerungssystems gewesen?

Werden "objektive" Geschichtsereignisse Teil des nach dem Legitimationsprinzip arbeitenden Erinnerungsapparates, dann unterliegen sie ebenso gefühlsmäßiger Einfärbung und selektiver Wahrnehmung wie Erinnerung selbst. Ist dies bei aller zugegebener Gefahr, die dahintersteckt, grundsätzlich und in allen Fällen abzulehnen? Wer sich mit dem nationalsozialistischen Jahrtausendverbrechen und dessen bis heute spürbaren Nachwirkungen beschäftigt, kommt nicht umhin, sich die Frage zu stellen: Lassen sich Mitfühlen, das heißt: partielle Identifikation mit den Opfern und Wahrung kritischer Distanz zum Gegenstand der Geschichtsschreibung vereinbaren?

Während der Debatte um die Errichtung des "Denkmals für die ermordeten Juden Europas" wurde eines deutlich: Der nationalsozialistische Massenmord an den Juden - und hier insbesondere an den deutschen Juden - wird heute von den meisten Deutschen so empfunden, als sei er nicht an Deutschen, sondern "nur" an Fremden verübt worden. Das Gefühl einer zivilisatorischen und kulturellen Selbstamputation und die daraus folgenden Phantomschmerzen würde aber voraussetzen, diese Menschen als Angehörige des eigenen Volkes, nämlich als Deutsche zu betrachten - nicht nur verbal als "jüdische Deutsche" oder "deutsche Staatsbürger jüdischen Glaubens", sondern - bei aller Differenz - schlicht als Deutsche, die auch Juden waren (oder Juden, die auch Deutsche waren).

Dieser identifikatorische Akt geht über bloß verstandesmäßiges Erfassen hinaus und beinhaltet auch eine affektive Annäherung an dieses schwierige Thema als Voraussetzung für Empfindungen wie Trauer oder Verlust. Hier wird deutlich: wo man selbst in eine Geschichte wie die des Nationalsozialismus und seiner Folgen eingebunden ist, lassen sich Erinnerung und Historiografie, Gefühl und Verstand nicht eindeutig voneinander trennen. Stets gehen sie eine Verbindung ein, in der es nur schwerlich zu einem dauerhaften Gleichgewicht zwischen gefühlsgeliteter Erinnerung und distanzierender Geschichtsbetrachtung kommen kann.

Wenn wir akzeptieren, dass es weder eine bequeme Abkürzung noch einen erlösenden Königsweg zu einer Erinnerung als absolut verlässlichen Träger historischer Inhalte und geschichtlicher Lehren gibt, werden wir auf dem Weg zur Beantwortung der Eingangsfrage "Wie erinnern?" sein. Je mehr wir dabei über Geschichte und deren selektive Übertragungsmuster in unsere Erinnerung wissen, und je mehr wir bereit sind, dieses Wissen auch kritisch und handlungsorientiert anzuwenden, desto erfolgreicher können wir unsere Erinnerung von eigenen Legitimationsbedürfnissen freihalten.

*Dr. Salomon Korn ist Vizepräsident des Zentralrats der Juden in Deutschland*

Kontakt: Jüdische Gemeinde Frankfurt am Main K.d.ö.R., Westendstraße 43, 60325 Frankfurt am Main





## 6. Waagschalen-Mentalität.

### **Kontroverse Positionen zum Gedenkstättenstreit in Sachsen und zu einem vorläufig zurückgezogenen Antrag der CDU/CSU im Bundestag**

von Dr. Martin Jander

*Der Streit um die Relativierung<sup>27</sup> nationalsozialistischer Verbrechen ist nicht neu. Er begleitet die Auseinandersetzung um die Aufarbeitung und öffentliche Präsentation des DDR-Unrechts von Anbeginn an und hat bereits lange vorher (z.B. im so genannten "Historikerstreit"<sup>28</sup>) eine wichtige Rolle für die Erinnerungskultur in der - damals noch alten - Bundesrepublik gespielt. Mit dem bereits vor drei Jahren eingeleiteten Rückzug des "Zentralrats der Juden in Deutschland" aus der "Stiftung Sächsische Gedenkstätten" hat sich der Streit jetzt an einem (teilweise) neuen Gegenstand entzündet. Die Aufkündigung der Mitarbeit in den Gremien der Stiftung setzt nicht nur die Landesregierung Sachsens unter Legitimationsdruck. Wie die vorläufige Rücknahme eines Gesetzesantrages der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ("Gesamtkonzept für ein würdiges Gedenken aller Opfer der beiden deutschen Diktaturen") zeigt, hat er auch Auswirkungen auf die Erinnerungskultur in der - nunmehr neuen - Bundesrepublik insgesamt. Im Mittelpunkt des Streits steht die Frage: In welcher Art und Weise soll in der Bundesrepublik an den Nationalsozialismus und an die DDR erinnert werden? Die am Streit Beteiligten geben darauf ganz verschiedene Antworten. Darüber hinaus wird auch um die Organisationsform der Gedenkstättenpolitik gestritten. Vorstellungen einer eher zentralisierten - deutlich vom Staat dominierten - Erinnerungspolitik stehen dabei Ideen einer eher dezentralen - vom Eigenengagement der Bürger getragenen - Arbeitsweise gegenüber.*

### **CDU und CSU eskalieren die Auseinandersetzung um Erinnerung und Gedenken in der Bundesrepublik**

Am 17. Juni 2004 stellte die CDU/CSU im Bundestag einen Gesetzesantrag<sup>29</sup> vor, der die Gedenkstättenlandschaft der Bundesrepublik vollkommen verändern soll. Die konservativen Parteien des vereinigten Deutschlands wollen die Finanzierung und Präsentation des Gedenkens unter dem Gesichtspunkt einer banalisierten Totalitarismustheorie neu ordnen. Sie haben damit eine Polarisierung und einen Proteststurm ausgelöst, die weit über die Grenzen der Bundesrepublik hinausreichen. Sozialdemokraten, Grüne und Kommunisten sprachen sich geschlossen gegen den Antrag aus. Das Simon Wiesenthal Center aus Jerusalem hatte die CDU im Vorfeld aufgefordert, den Antrag zurück zu ziehen. Der Initiator des Antrags dagegen, Ex-DDR-Bürgerrechtler Günther Nooke, äußerte, er halte auch weiterhin eine intensive Debatte über die Erinnerungskultur in Deutschland für nötig.<sup>30</sup> Auf jeden Fall ist zu erwarten, dass die Auseinandersetzung um Erinnerung und Aufarbeitung des Nationalsozialismus und ihr Verhältnis zu Erinnerung und Aufarbeitung des DDR-Unrechts in Deutschland die politischen Debatten bis zur Bundestagswahl 2006 begleiten wird.

Begonnen hat der Streit bereits am 21. Januar 2004. Damals beendete der Zentralrat der Juden - nach einem dreijährigen Streit - seine Mitarbeit in den Gremien der "Stiftung Sächsische Gedenkstätten" und griff die CDU/CSU, die zu diesem Zeitpunkt bereits an dem nun endgültig in den Bundestag eingebrachten Gesetzentwurf arbeitete, scharf an. Eine "Waagschalenmentalität" verbreite sich in der Bundesrepublik, argumentierte der Vizevorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland Salomon Korn, der Einhalt geboten werden müsse. Im Mittelpunkt des Streits steht die Frage: In welcher Art und Weise soll in der Bundesrepublik an den Nationalsozialismus und an die DDR erinnert werden? Was eigentlich bedeutet "Relativierung" des Nationalsozialismus? Die am Streit Beteiligten geben darauf ganz verschiedene Antworten. Darüber hinaus wird auch um die Organisationsform der Gedenkstättenpolitik gestritten. Vorstellungen einer eher zentralisierten - deutlich vom Staat dominierten - Erinnerungspolitik stehen dabei Ideen einer eher dezentralen - vom Eigenengagement der Bürger getragenen - Arbeitsweise gegenüber. Der folgende Bericht referiert wesentliche Ereignisse des un abgeschlossenen Streits und zitiert zentrale Passagen entscheidender Dokumente.<sup>31</sup>

### **Waagschalen-Mentalität**

Am 21. Januar 2004 hat der "Zentralrat der Juden in Deutschland" seine Mitarbeit in den Gremien der "Stiftung Sächsische Gedenkstätten" beendet. In der Pressemitteilung des Zentralrats heißt es:

<sup>27</sup> [Der Begriff "Relativierung" bedeutet, dass jemand durch Gleichsetzung verharmlost. Wer z.B. den Nationalsozialismus mit der DDR gleichsetzt, verharmlost den Nationalsozialismus. Man könnte auch sagen, er "relativiert" ihn. Der bessere Begriff ist "Analogisierung". Er sagt direkt worum es geht: Gleichsetzung. Relativieren heißt eigentlich "in Beziehung setzen" oder "vergleichen". Die deutsche Sprache hat hier ein Problem. Man sagt: "Das kann man nicht vergleichen!" Damit ist jedoch gemeint, dass man etwas nicht gleichsetzen kann.]

<sup>28</sup> Mit "Historikerstreit" bezeichnet man eine intensive Auseinandersetzung in der alten Bundesrepublik der 80er Jahre, die von einem Streit zwischen Ernst Nolte und Jürgen Habermas ausgelöst wurde. Der Hauptstreitpunkt dieser Kontroverse, an der sich die führenden Intellektuellen des Landes über mehrere Monate hin beteiligten, drehte sich um die Frage, ob die nationalsozialistischen Verbrechen tatsächlich einzigartig ("singulär") sind, oder mit den stalinistischen Massenverbrechen gleich zu setzen sind.

<sup>29</sup> ["Gesamtkonzept für ein würdiges Gedenken aller Opfer der beiden deutschen Diktaturen", Bundestagsdrucksache 15/3048, Bundestagsdrucksachen im Internet: <www.bundestag.de>

<sup>30</sup> [Günther Nooke in "Die Welt" vom 16. Juni 2004: <www.welt.de/data/2004/06/16/292016.html>

<sup>31</sup> [Siehe auch der Artikel "Aufarbeitung des DDR-Unrechts in der Kritik" von Martin Jander, in der Jungle World Nr. 8 vom 11. Februar 2004 <www.hagalil.com/archiv/2004/02/ddr-unrecht.htm>



*"Das im vergangenen Jahr vom sächsischen Landtag verabschiedete Gesetz zur Errichtung der 'Stiftung Sächsische Gedenkstätten' hat wichtige Fragen unbeantwortet gelassen. Angebote der kritischen und konstruktiven Auseinandersetzung über die sich abzeichnende Analogisierung und Relativierung von NS-Verbrechen gegenüber denen des Stalinismus und der Staatssicherheit der DDR wurden bis zuletzt mit einem durch die Landesregierung verordneten Neubeginn der Gedenkstättenarbeit vom Tisch gewischt." "Der vorliegende 'Neubeginn' birgt unter anderem die Gefahr, durch 'Zwangsvereinigung' der unterschiedlichen Interessenvertreter der Opferverbände im Stiftungsbeirat fundamentale Unterschiede zwischen den Verbrechen der Nationalsozialisten mit europäischer Dimension und denen der Willkürherrschaft des Kommunismus in Ostdeutschland mit nationaler Dimension einzuebnen", so Korn. Durch die Konzeption der sächsischen Landesregierung, die auch bundespolitische Signalwirkung in der Gedenkstättenförderung hinsichtlich einer Re-Nationalisierung des Gedenkens entfaltet, wird geschichtspolitisch die Zeit nach 1945 unter dem Stichwort 'doppelte Vergangenheit' einer 'Waagschalen-Mentalität' ausgesetzt - mit den nationalsozialistischen Verbrechen in der einen und den kommunistischen Verbrechen in der anderen Waagschale. In der Konsequenz bedeutet dies die Aufkündigung des in der zweiten Enquetekommission des Deutschen Bundestages 1999 mühsam errungenen Konsenses zur Gedenkstättenarbeit in Deutschland. "Erinnerungskultur in Deutschland muss immer auch europäisch verfasst sein und auf einem politischen und wissenschaftlichen Dialog unter Einbeziehung der Opferverbände beruhen", bekräftigt Korn die Entscheidung des Zentralrats.<sup>32</sup>*

### **NS-Opferverbände**

Neben dem Zentralrat der Juden haben auch andere Gruppen ihre Mitarbeit in der Stiftung aufgekündigt. Das "Heidelberger Dokumentations- und Kulturzentrum der Deutschen Sinti und Roma" begründete die Aufkündigung seiner Mitarbeit in einem Brief an die Stiftung:

*"Das am 28. Februar 2003 vom Sächsischen Landtag verabschiedete Gesetz zur Errichtung der Stiftung Sächsische Gedenkstätten hat sämtliche Bedenken und Forderungen der NS-Verfolgtenverbände hinsichtlich einer differenzierten Aufarbeitung und Darstellung der NS-Geschichte sowie deren deutliche inhaltliche Trennung von der Geschichte nach 1945 ignoriert, anstatt diese als Grundlage für den viel zitierten 'Neubeginn' der sächsischen Gedenkstättenpolitik heranzuziehen."<sup>33</sup>*

Der "Verband der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten e.V." erklärte die Beendigung seiner Mitarbeit mit einem etwas anderen Zungenschlag:

*"Das im vergangenen Jahr vom sächsischen Landtag beschlossene Stiftungsgesetz zu den Gedenkstätten ist eine Beleidigung und Diskriminierung der Opfer des NS-Regimes. Das Gesetz postuliert einen Vorrang auf das Gedenken an die Opfer des Stalinismus und die Delegitimierung der DDR. Es wird ein Übergewicht für die Aufarbeitung von DDR-Unrecht festgeschrieben. Gedenkstätten, die sich diesem Thema widmen, werden finanziell und personell bevorzugt." (Erklärung, VVN-BdA Sachsen, Januar 2004)*

Die "Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz e.V." stellte ihre Mitarbeit ebenfalls ein und wies dabei gleichzeitig auf ein nicht eingelöstes Anliegen hin:

*"An den Opfern der NS-Militärjustiz ist die blutigste juristische Verfolgung der deutschen Geschichte verbrochen worden - allein 30.000 Todesurteile. Der zentrale Ort unserer Verfolgung war Torgau in Sachsen, hier wurden über 1.000 Todesurteile gefällt - besonders gegen Wehrmachtsdeserteure. Ab 1943 war Torgau Sitz des Reichskriegsgerichts. Mehrere 10.000 unserer Opfer litten und starben in Torgau Fort-Zinna unter unmenschlichen Haftbedingungen und Folter. Da es in Torgau auch nach 1945 eine Verfolgung gab, haben sich die Bundesregierung und das Land Sachsen wegen der Schwere unserer Verfolgung darauf festgelegt: 'in Torgau den Schwerpunkt auf das Bewahren der Erinnerung an die Opfer der NS-Militärjustiz' zu legen. Dennoch haben die nach 1945 Verfolgten am Fort-Zinna eine Gedenkstätte und unsere Opfer haben weder dort noch sonst wo in Torgau einen Ort, an dem sie auch nur Blumen niederlegen können."<sup>34</sup>*

Auch der "Dr.-Margarete-Blank-Haus Panitzsch e.V." stellte seine Mitarbeit ein. Der Verein kümmert sich um das Andenken an die von den Nazis hingerichtete Ärztin Margarete Blank aus Panitzsch. Ihm ist auch die Leipziger Gedenkstätte für Zwangsarbeiter zu verdanken. Die Vorsitzende des Vereins, Charlotte Zeitschel, begründete ihren Schritt mit dem sächsischen Gedenkstättengesetz:

*"... es stellt Opfer vor und nach 1945 auf die gleiche Stufe. (...) Unser Austritt erfolgte nach langem Überlegen. Doch die Unterschiede zwischen zwei Diktaturen dürfen mit einem Gesetz nicht eingebeutet werden. (...) Es ist in erster Linie eine politische Entscheidung. Wir sind den Überlebenden verpflichtet. (...) Unser Ziel ist, dass das Gesetz geändert wird."<sup>35</sup>*

<sup>32</sup> Presseerklärung, Zentralrat der Juden in Deutschland, 21. Januar 2004, siehe: <www.zentralratjuden.de>

<sup>33</sup> Brief des "Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma" an die "Stiftung Sächsische Gedenkstätten", 22. Januar 2004

<sup>34</sup> Presseerklärung, "Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz e.V.", 22. Januar 2004

<sup>35</sup> Ingrid Hildebrandt, Vorsitzende: Wir sind den Überlebenden verpflichtet, in: Leipziger Volkszeitung, 5. März 2004



## SächsGedenkStG

Im Mittelpunkt der Kritik der Opferverbände von Opfern des Nationalsozialismus steht das Sächsische Gedenkstättenstiftungsgesetz (SächsGedenkStG), das der Landtag Sachsens erst am 28. Februar 2003 verabschiedet hatte. Seit 1994 arbeitete die Stiftung auf der Basis eines Kabinettsbeschlusses und einer Satzung. Im neuen Gesetz wird explizit keine Unterscheidung zwischen dem Nationalsozialismus und der SBZ./DDR getroffen, beide Regime werden aber auch nicht explizit gleich gesetzt. Im Gesetz heißt es:

*"Zweck der Stiftung ist es, diejenigen Stätten im Freistaat Sachsen zu erschließen, zu fördern und zu betreuen, die an politische Gewaltverbrechen von überregionaler Tragweite, von besonderer historischer Bedeutung, an politische Verfolgung, an Staatsterror und staatlich organisierte Morde, erinnern. Die Stiftung hat die Opfer politischer Gewaltherrschaft und den Widerstand gegen die Diktaturen zu würdigen sowie die Strukturen und Methoden der jeweiligen Herrschaftssysteme für die Öffentlichkeit zu dokumentieren."<sup>36</sup>*

Durch die Zusammenführung aller Opferverbände in einem Beirat der Gedenkstättenstiftung (SächsGedenkStG, § 9 und § 10) wird jedoch eine Analogisierung von Nationalsozialismus und SED-Diktatur nahe gelegt. In anderen Bundesländern gibt es - trotz gleicher Gesetzeslage mit einem Beirat - davon abweichende Verfahrensweisen. Das Beispiel Brandenburg, aber auch Thüringens zeigt, wie Gedenkstättenarbeit in größerem Einvernehmen mit allen Opfergruppen geschehen kann. Zwar werfen auch Orte wie das KZ Sachsenhausen das Problem der "zweifachen Vergangenheit" auf. Entsprechend gibt es im Opferbeirat jedoch auch zwei Arbeitsgruppen. Die Stiftung in Thüringen hat sogar drei Arbeitsgruppen: je eine für die KZ-Gedenkstätten Mittelbau-Dora und Buchenwald sowie eine für das dortige sowjetische Speziallager. Die Einrichtung dieser verschiedenen Gremien erfolgte in diesen Ländern über den Weg von Satzungen bzw. Geschäftsordnungen. Allerdings enthält das Sächsische Gedenkstättenstiftungsgesetz ausdrücklich die Möglichkeit der Einrichtung von Arbeitsgruppen zu unterschiedlichen Themengebieten (SächsGedenkStG, § 10, Abs. 4). Bislang war eine solche Möglichkeit der Aufteilung des Stiftungsbeirates jedoch von einer Mehrheit seiner Vertreter abgelehnt worden.

Die Weigerung eine solche Aufteilung durchzuführen, hat offenbar verschiedene Gründe. Die Motive reichen von einem ideologisierten Verständnis der Totalitarismus-Theorie (NS-Opfer und Opfer stalinistischer Gewaltverbrechen sind gleich zu behandeln) bis hin zu eher taktischen Argumenten: Man möchte den Vertretern der PDS nicht das Thema des NS-Gedenkens überlassen. Der Vorsitzende des Stiftungsbeirates in Sachsen, Tobias Hollitzer, hat seine Argumentation kurz nach dem Auszug des Zentralrats der Juden und der anderen NS-Opferverbände öffentlich gemacht. Er verdeutlicht seine Haltung durch rhetorische Fragen:

*"Worin aber soll nun die Unzumutbarkeit der gemeinsamen Arbeit in einem Beirat liegen? Gibt es Opfer verschiedener Klassen? Liegt es doch an den unausgesprochenen Vorwürfen: Wer im Speziallager war, muss doch irgendetwas mit den Nazis zu tun gehabt haben? Oder geht es um politisch-ideologisches Kalkül? Alle Beteiligten können nur gewinnen, wenn Sie in einem Gremium zusammen gegen das Vergessen arbeiten. Die Arbeit muss vom Respekt vor der individuellen Leidensgeschichte aller Opfer getragen werden und von wissenschaftlicher Objektivität geprägt sein."<sup>37</sup>*

## CDU/CSU-Antrag

Ein weiterer Anlass zur Kritik des Zentralrats war ein Antrag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, der ursprünglich am 30. Januar 2004 zur Abstimmung gebracht werden sollte, nach dem Eklat in Sachsen jedoch (vorläufig) zurückgezogen wurde. (Bundesdrucksache 15/1874).<sup>38</sup> Eben jener Antrag der CDU/CSU, den sie jetzt am 17. Juni 2004 - mit leichten Veränderungen - in den Bundestag eingebracht hat. (Bundesdrucksache 15/3048) Der unter Federführung von Günter Nooke entstandene (alte) Antrag lehnte sich explizit an das Sächsische Gedenkstättenstiftungsgesetz an. Er ging in seinen Formulierungen jedoch noch weit darüber hinaus. Im Antrag hieß es z.B.:

*"Zu den konstitutiven Elementen des wiedervereinten Deutschlands gehört das Gedenken an die Opfer der beiden totalitären Diktaturen des 20. Jahrhunderts: Nationalsozialismus und Kommunismus. Beide sind Bestandteile der deutschen Geschichte. Sowohl die nationalsozialistische Herrschaft von 1933 bis 1945 als auch die kommunistische Diktatur von 1945 bis 1989 sind Kapitel unserer Nationalgeschichte. Es bedarf eines Konzeptes, das Institutionen und historische Orte beinhaltet, die an beide Diktaturen erinnern. In diesem Zusammenhang sei auf eine Reihe historischer Orte und heutiger Gedenkstätten verwiesen, die von beiden Diktaturen zur Unterdrückung von Opposition und Widerstand genutzt wurden. Hier ist der Zusammenhang zwischen den Diktaturen obnehin evident. Der Umgang mit der "doppelten Vergangenheit" bildet dabei eine besondere Herausforderung. Zur Umsetzung eines beide Diktaturen in*

<sup>36</sup> (SächsGedenkStG, § 2, Abs. 1).

Siehe: <[www.stsg.de/main/stsg/ueberblick/rechtliche/gedenkstaetengesetz.pdf](http://www.stsg.de/main/stsg/ueberblick/rechtliche/gedenkstaetengesetz.pdf)>

<sup>37</sup> Tobias Hollitzer, Opfer nicht trennen, in: Der Stacheldraht (herausgegeben von der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e. V. und dem Bund der Stalinistisch Verfolgten e. V., Landesverband Berlin-Brandenburg) 2/2004, S. 5.

<sup>38</sup> Der Antrag der CDU/CSU-Fraktion macht den Versuch, die Gedenkstättenkonzeption der Bundesregierung (Bundestagsdrucksache 14/1569), die sie - auf Anregung der letzten Enquetekommission - im Juli 1999 formuliert hat, zu verändern. Bundestagsdrucksachen im Internet: <[www.bundestag.de](http://www.bundestag.de)> und <<http://dip.bundestag.de/parfors/parfors.htm>>



*Deutschland berücksichtigenden, integralen Konzeptes sind inhaltliche, administrative und finanzielle Fragen und Beteiligungen von Bund und Ländern zu klären." (CDU-Antrag, Bundestagsdrucksache 15/1874.)*

Der Antrag enthielt eine vorläufige Liste von Gedenkstätten, die von der CDU/CSU als "nationale Gedenkstätten" angesehen werden. Besondere Kritik rief neben der Gleichsetzung von Nationalsozialismus und DDR die Integration des Gedenkens an Vertriebene, Opfer des alliierten Luftkrieges und die deutsche Einheit 1989/90 hervor. In der Begründung des CDU/CSU-Antrages hieß es wörtlich:

*"In den Kontext der Folgen der Diktaturgeschichte sowie der Überwindung totalitärer Regime in Deutschland gehört auch das Gedenken an folgende Opfergruppen, Ereignisse sowie Themenkomplexe: - Opfer von Krieg und Vertreibung; - zivile Opfer der alliierten Luftangriffe des Zweiten Weltkrieges; - friedliche Revolution und Wiederherstellung der staatlichen Einheit. Ziel einer gesellschaftlichen Debatte sollte es sein, auch an diese Ereignisse in Form von jeweils zentralen Gedenkstätten von nationaler Bedeutung zu erinnern." (Ebenda.)*

### **Unverständnis**

Der Protest des Zentralrats der Juden hat in Sachsen zunächst unterschiedliche Reaktionen hervorgerufen. Die kritisierte "Stiftung Sächsische Gedenkstätten" selbst reagierte mit Unverständnis. In der Erklärung des Geschäftsführers Norbert Haase hieß es:

*Der Geschäftsführer der Stiftung Sächsische Gedenkstätten, Dr. Norbert Haase, bedauerte in einer ersten Stellungnahme die Entscheidung des Direktoriums des Zentralrates. "Der Zentralrat hat in den Jahren seit Gründung der Stiftung im Jahre 1994 deren Arbeit immer konstruktiv begleitet. Ich hoffe, dass diese Entscheidung noch nicht das letzte Wort des Zentralrates ist." Zugleich erklärte Dr. Haase, dass die Befürchtungen des Zentralrates vor einer Analogisierung und Relativierung von NS-Verbrechen gegenüber denen des Stalinismus und der Staatssicherheit der DDR nicht in der bisherigen Arbeit der Stiftung begründet liegen könnten. "Ich kann nicht erkennen, dass diese Entwicklung etwas mit unserer Arbeit zu tun hat. Diese zielte von Anfang an darauf ab, an die Opfer der nationalsozialistischen Diktatur, der sowjetischen Besatzung und des SED-Regimes zu erinnern, ohne das jeweilige Unrecht und das Leid gegeneinander aufzurechnen, zu bagatellisieren oder zu relativieren."<sup>39</sup>*

Auch das Wissenschaftsministerium Sachsens erklärte sein Unverständnis über diesen Schritt. (Pressemitteilung, Sächsisches Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst, 21. Januar 2004)

### **Vorgeschichte in Sachsen**

Die Überraschung der Stiftung über den Konflikt ist jedoch selbst überraschend. Denn nicht nur im Stiftungsbeirat (in dem die Opferverbände zusammen treffen) sondern auch im Stiftungsrat (in dem Vertreter des Bundes und der Landesregierung, die Religionsgemeinschaften Sachsens, die Landeszentrale für politische Bildung, das Hannah-Arendt-Institut, der sächsische Landbeauftragte für die Stasi-Unterlagen, u. a. vertreten sind) wurde die Kritik lange und laut vor dem Eklat 2004 formuliert.<sup>40</sup> Der Konflikt zieht sich bereits mehr als drei Jahre hin.

Den eigentlichen Kern des Konflikts in Sachsen sehen fast alle Beteiligten in Auseinandersetzungen um die Ausgestaltung des Gedenkens in Torgau. Mit den beiden Militärgefängnissen "Fort Zinna" und "Brückenkopf" und dem Reichskriegsgericht, das im August 1943 von Berlin nach Torgau verlegt wurde, entwickelte sich Torgau während des Zweiten Weltkriegs zur Zentrale des Wehrmachtstrafsystems. Nach dem Ende des Krieges richtete die sowjetische Geheimpolizei im "Fort Zinna" und in der benachbarten "Seydlitz-Kaserne" die Speziallager Nr. 8 und Nr. 10 ein, in denen Deutsche, aber auch sowjetische Staatsbürger interniert oder als Verurteilte von Sowjetischen Militärtribunalen gefangen gehalten wurden. Die DDR Volkspolizei nutzte das Gefängnis "Fort Zinna" von 1950 bis 1990 für den Strafvollzug, in den fünfziger Jahren saßen hier insbesondere politische Gefangene. Streit gibt bis heute nicht um die Dokumentation der unterschiedlichen Schreckensperioden dieses Ortes, sondern um die Ausgestaltung des Gedenkens an die verschiedenen Opfergruppen.

Bereits im September 2000 protestierte die "Bundesvereinigung der Opfer der NS-Militärjustiz e.V." - sie ist eben mit der Form des Gedenkens an die Opfer der Militärjustiz in Torgau nicht einverstanden - im Stiftungsbeirat gegen die Vereinigung aller Opferverbände in einem Beirat. Der Stiftungsbeirat ließ eine Debatte über den Antrag zwei Beiräte einzurichten jedoch nicht zu. Darauf hin stellten der Zentralrat der Juden und der Landesverband der jüdischen Gemeinden in Sachsen ihre Mitarbeit im Stiftungsbeirat ein. Im November 2000 desselben Jahres forderten sie zusätzlich im Stiftungsrat die Einrichtung von zwei getrennten Beiräten für die unterschiedlichen Opfergruppen und kündigten die Beendigung ihrer Mitarbeit in allen Stiftungsgremien an, falls ihrem Antrag nicht entsprochen werde. Das Sitzungsprotokoll der Sitzung vom 8. November referiert den Redebeitrag des Vertreters des Zentralrats im Stiftungsrat:

<sup>39</sup> Presseerklärung, Stiftung Sächsische Gedenkstätten, 22. Januar 2004. Siehe: <www.stsg.de>

<sup>40</sup> Die Informationen dieses Abschnitts beziehe ich aus einigen Telefonaten mit Konfliktbeteiligten.





*"Herr Dr. Fischer (...) weist zunächst darauf hin, dass die Ablehnung einer künftigen Mitwirkung im Rahmen der bisherigen Struktur des Beirates, sowohl mit dem Beiratsmitglied und Gedenkstättenbeauftragten des Zentralrates der Juden in Deutschland, Dr. Salomon Korn, als auch mit dem Vertreter des Landesverbandes der jüdischen Gemeinden Sachsens im Beirat, Herrn Joachim Aris, nach der vergangenen Beiratssitzung besprochen wurde, und falls eine Meinungsäußerung hierzu erwünscht werde (Dr. Fischer erinnert an seinen Beobachterstatus in diesem Gremium), er auch beauftragt worden sei, diese Position zu begründen. Im Wesentlichen beruhe diese Entscheidung auf den Tatsachen, dass schon seit anderthalb bis zwei Jahren die Arbeit des Beirates geradezu paralysiert erscheine. Insbesondere leide die Diskussion wichtiger Sachfragen unter persönlichen Angriffen. So sei sogar ein Beschluss des Beirates, mit Herrn Baumann [er vertritt die Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz e.V. - der. Verf.] ein Gespräch über dessen Probleme bei der Mitwirkung im Beirat zu führen, vom seinerzeitig kommissarischen Vorsitzenden, Herrn Bergmann, ignoriert worden. Die Tatsache, dass Herr Baumann wieder an den Tisch zurückgekehrt war, ist einzig und allein im Resultat von Bemühungen des Geschäftsführers Dr. Haase und eigenen Anstrengungen zustande gekommen. Dr. Fischer übt eingedenk dessen scharfe Kritik am Ablauf der letzten Sitzung des Beirates, auf der die Mehrheit der Mitglieder eine Diskussion der Anträge Baumanns per Beschluss abgelehnt habe. (...) Der Zentralrat und der Landesverband seien zu einer konstruktiven Mitarbeit in getrennten Gremien bereit. Solange der Beirat jedoch in seiner jetzigen Form bestehe, würden sie die Mitarbeit einstellen. Herr Dr. Fischer verlässt nach dieser Stellungnahme die Sitzung."*  
(Protokoll der 16. Sitzung des Stiftungsrats, 8. November 2000)

Die Mehrheit der Vertreter im Stiftungsrat hatte sich nach dieser Intervention ausdrücklich gegen eine Veränderung der Arbeit im Stiftungsbeirat ausgesprochen.

Auch bei der Beratung des Sächsischen Gedenkstättenstiftungsgesetzes (SächsGedenkStG) hatte es über die Frage der starken Vertretung der Landesregierung in der Stiftung und eine mögliche Benachteiligung der NS-Opferverbände im Stiftungsbeirat Auseinandersetzungen gegeben. [Stenographisches Protokoll der Beratungen im Ausschuss für Wissenschaft und Hochschule, Kultur und Medien (16. Januar 2003) des Sächsischen Landtags] Insbesondere der Gutachter Professor Peter Steinbach (Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Berlin) hatte starke Zweifel am Gesetz geäußert. [Stellungnahme Prof. Dr. Peter Steinbach zum Entwurf der Staatsregierung des Freistaates Sachsen zum Gesetz zur Errichtung der Stiftung Sächsische Gedenkstätten zur Erinnerung an die Opfer politischer Gewaltherrschaft (StSGG), 15.01.03] Der Konflikt um das sächsische Gedenkstättenstiftungsgesetz, insbesondere um die Arbeitsweise des Stiftungsbeirates, ist so keineswegs neu.

### **PDS Sachsen**

Die PDS in Sachsen hat auf den Konflikt mit dem Einbringen einer Gesetzesnovelle im Landtag reagiert. Kernpunkte der Novelle sind: (1) zwei unabhängige Stiftungsbeiräte, die Interessen von Verfolgten des Nationalsozialismus sowie von Opfern der DDR gesondert wahrnehmen, (2) eine Neuformulierung des Stiftungszwecks und außerdem (3) auch die Einbeziehung der ehemaligen Konzentrationslager Hohenstein und Sachsenburg sowie der (4) Zwangsarbeitergedenkstätte Leipzig in die Stiftungsaufgaben. Der - im bisherigen Gesetz - umstrittene Absatz zur Zweckbestimmung des Gesetzes lautete in der Fassung der PDS so:

*"Der Zweck der Stiftung ist es, diejenigen Stätten im Freistaat Sachsen zu bewahren, wissenschaftlich begründet auszugestalten und der Öffentlichkeit in geeigneter Weise zugänglich zu machen, die an Krieg, Völkermord, Kriegsverbrechen, Staatsterror, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und andere Gewaltverbrechen, politische Unterdrückung und an den Widerstand dagegen während der Zeit des Nationalsozialismus und zum anderen an staatlich zu verantwortendes Unrecht, Repressionen und den Widerstand hiergegen in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) und der DDR erinnern. Voraussetzung für die Förderung durch die Stiftung ist die überregionale Bedeutung der Stätte des Gedenkens."<sup>41</sup>*

Der Gesetzentwurf wurde von Peter Porsch im Landtag eingebracht und mit einer Mehrheit der Abgeordnetenstimmen in den "Ausschuss für Wissenschaft und Hochschule, Kultur und Medien" - federführend - und an den "Verfassungs- und Rechtsausschuss" überweisen.

### **Sächsische Bürgerrechtler**

Tobias Hollitzer (Bürgerkomitee Leipzig), Andreas Schönfelder (Umweltbibliothek Großenhennersdorf) und Uwe Schwabe (Archiv Bürgerbewegung Leipzig) - alle Mitglieder im Stiftungsrat bzw. Stiftungsbeirat der Gedenkstättenstiftung Sachsens - haben einen offenen Brief an Salomon Korn gerichtet, in dem sie ihr Unverständnis über den Schritt des Zentralrats äußern:

*"Es besteht absolut kein Dissens darüber, dass die Geschichte der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Sachsen nicht darzustellen und zu vermitteln ist, ohne ihre europäische und Weltdimension zu berücksichtigen. Es gibt aus unserer Sicht auch keine Tendenz, die beiden verheerenden Diktaturformen des 20. Jahrhunderts mit dem Ziel zu vergleichen, den Nationalsozialismus zu bagatellisieren oder*

<sup>41</sup> Gesetzentwurf der PDS im Landtag Sachsens, Drucksache 3/10185 <www.landtag.sachsen.de>



gar dem Holocaust seine Singularität abzuspochen. Es geht uns vielmehr darum, Zeitgeschichte zu erbellen, die nachhaltige Auseinandersetzung zu initiieren und vor allem Jugendliche zu interessieren und zu sensibilisieren. Wir haben ein Interesse daran, Differenzen wie Parallelen aufzuzeigen und den Focus auf zu Unrecht vernachlässigte Themen zu lenken. Sehr schmerzlich ist für uns deshalb der Umstand, dass Sie dem Umfeld der Stiftung Sächsische Gedenkstätten Geschichts-Revisionismus unterstellen. Es gibt keinen Grund anzunehmen, dass die Ergebnisse unserer Arbeit dazu dienen sollen oder könnten, den Holocaust oder die Geschichte des Nationalsozialismus zu verharmlosen. Auch im Sächsischen Gedenkstätten-Stiftungsgesetz können wir eine solche Tendenz nicht feststellen. Lassen Sie uns noch einmal versichern, dass wir NS-Unrecht gegenüber DDR-Unrecht nicht relativieren wollen. Unser Bemühen, die Aufarbeitung der SED-Diktatur in der gesamtdeutschen Erinnerungskultur zu etablieren, ist ausdrücklich nicht mit der Absicht einer "Analogisierung und Relativierung von NS-Verbrechen gegenüber denen des Stalinismus und der Staatsicherheit in der DDR" verbunden. Wir würden gern mit Ihnen ins Gespräch kommen, um einen notwendigen Beitrag dazu zu leisten, aus dieser schwierigen Situation heraus zu einem kooperativen Diskurs zu finden. Selbst für den Fall, dass wir - ohne es zu ahnen - Teil des Problems geworden sein sollten, liegt uns sehr daran, nun auch Teil der Lösung zu werden." (Offener Brief Tobias Hollitzer u.a., 30. 1. 2004)

### SBZ/DDR-Gedenkstätten

Die "Arbeitsgemeinschaft Gedenkstätten zur Diktatur in SBZ und DDR" äußert sich zum vorläufig zurückgezogenen Antrag der CDU. Sie möchte ihn modifiziert erhalten. In einer am 30. Januar 2004 herausgegebenen Pressemeldung erklären Tobias Hollitzer (Vorsitzender des Stiftungsbeirates der Stiftung sächsischer Gedenkstätten), Silke Klewin (Gedenkstätte Bautzen) und Joachim Scherrieble (Gedenkstätte deutsche Teilung Marienborn):

*"Die Arbeitsgemeinschaft Gedenkstätten zur Diktatur in SBZ und DDR hält es für wichtig, die entfachte Diskussion auf einer sachlichen Grundlage weiterzuführen. Im Jahr 15 nach der Friedlichen Revolution, die Mauerfall und deutsche Einheit herbeiführte, erscheint es sinnvoll, systematisch über die Topographie der bundesdeutschen Gedenk- und Erinnerungskultur zu diskutieren, die in Teilen gewachsen, ererbt, bewusst aufgebaut und auch von Zufällen geprägt ist. Für den antitotalitären Konsens in der Gesellschaft ist es unabdingbar, sich mit beiden deutschen Diktaturen auseinanderzusetzen und sie in ihren historischen wie internationalen Kontext einzuordnen. Wir halten es für selbstverständlich, dass diese dabei nicht gleichgesetzt werden. Jedem Versuch, den Holocaust und die monströsen NS-Verbrechen in ihrer historischen Einzigartigkeit zu verharmlosen, werden wir entschieden entgegenzutreten. Gleiches gilt auch für Bestrebungen, die Verbrechen und das Unrecht der kommunistischen Diktatur in Deutschland mit Hinweis auf den Nationalsozialismus zu bagatellisieren. Die "Konzeption der künftigen Gedenkstättenförderung des Bundes", die auf den Empfehlungen der "Enquete-Kommission zur Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit" basiert, ist unserer Ansicht nach ein großer Fortschritt. Bei den darin genannten Erinnerungsorten von "herausragender gesamtstaatlicher Bedeutung" handelt es sich sowohl um Stätten des Gedenkens an die Opfer der NS-Terrorherrschaft als auch der SED-Diktatur. Wir halten es für grundlegend nötig, in Ruhe und Sachlichkeit klare und transparente Maßstäbe für die Konzeption der künftigen Gedenkstättenlandschaft zu entwickeln. Deren dezentrale Struktur sollte dabei unangetastet bleiben, da sie sowohl Ausdruck der verschiedenen Verfolgungsperioden als auch Grundlage für eine regional verortete historisch-politische Bildungsarbeit ist. Es wäre folgerichtig und wünschenswert, dass die Bundesrepublik ein größeres finanzielles Engagement für Stätten von herausragender gesamtstaatlicher Bedeutung, die an nationalsozialistische Verbrechen und an die SED-Diktatur erinnern, übernimmt. Vorschläge dazu sollten nicht mit dem Versuch im Keim erstickt werden, die jeweiligen Verfolgungsperioden gegeneinander aufzurechnen, zu verharmlosen oder zu bagatellisieren."<sup>42</sup>*

### Stiftung Aufarbeitung

Auch die Bundestagsabgeordneten Markus Meckel (SPD) und Rainer Eppelmann (CDU) haben sich im Namen der "Stiftung Aufarbeitung" zum Konflikt und die sächsische Gedenkstättenpolitik zu Wort gemeldet. Sie befürchten vor allem eine Instrumentalisierung der Diktaturaufarbeitung im politischen Tageskampf:

*"Mit Bestürzung verfolgen wir den Konflikt um die Stiftung Sächsische Gedenkstätten. Im Kern geht es dabei um den jeweils angemessenen Umgang mit den beiden Diktaturen in Deutschland. In den neunziger Jahren schien nach intensiver und kontroverser Diskussion hier ein Konsens erzielt worden zu sein: "NS-Verbrechen dürfen nicht durch die Auseinandersetzung mit dem Geschehen der Nachkriegszeit relativiert werden, das Unrecht der Nachkriegszeit darf aber nicht mit dem Hinweis auf die NS-Verbrechen bagatellisiert werden". Dieser Leitsatz kennzeichnete die Empfehlungen der von uns geleiteten Enquete-Kommission "Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit", die u. a. in die derzeit gültige Gedenkstättenkonzeption des Bundes mündeten. (...) Wir sind der Überzeugung, dass insbesondere die gravierenden Unterschiede zwischen den - aber auch die Gemeinsamkeiten der - beiden Diktaturen in Deutschland in der historisch-politischen Bildungsarbeit den heranwachsenden Generationen langfristig nur dann vermittelt werden können, wenn der Vergangenheitsdiskurs zu einer ausreichenden Schnittmenge findet, Wir wünschen uns,*

<sup>42</sup> Erklärung, "Arbeitsgemeinschaft Gedenkstätten zur Diktatur in SBZ und DDR", 30. Januar 2004. In einer Selbstdarstellung der Arbeitsgemeinschaft, die mit der Presseerklärung zusammen verbreitet wurde, heißt es: "In der Arbeitsgemeinschaft haben sich Gedenkstätten zusammen geschlossen, die sich der Aufarbeitung, Dokumentation und Erinnerung an politisches Unrecht in der SBZ/DDR und an die Folgen der Deutschen Teilung verpflichtet fühlen. Gegründet wurde die AG am 23.11.2001 in der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn. Die Kooperation ermöglicht einen intensiven Ideenaustausch und gemeinsame Projekte."



*dass jene, die selbst oder im Familienkreis auf höchst unterschiedliche Weise erleben mussten, wie totalitäre Regime in Deutschland zum Völkermord oder zur jahrzehntelangen Unterdrückung der Menschen im Stande waren und die Menschenwürde missachteten, die Kraft zum Dialog finden; sei es in gemeinsamen Gremien oder in der öffentlichen Debatte. Und so appellieren wir, die derzeitige Kontroverse als Chance zu nutzen, um den Erinnerungskonsens zu bekräftigen, weder den Nationalsozialismus zu relativieren, noch die Geschichte der Diktatur in der SBZ und DDR zu bagatellisieren." (Presseerklärung der Stiftung Aufarbeitung, 30.1.2004)*

### **KZ-Gedenkstätten**

Hingegen hat die "Arbeitsgemeinschaft der KZ-Gedenkstätten in der Bundesrepublik Deutschland" am 26. Januar erklärt, dass sie den Protest des Zentralrats der Juden gut versteht. Die von Volkhard Knigge (Gedenkstätte Buchenwald) verfasste Erklärung beschäftigt sich zunächst mit dem Gedenkstättengesetz Sachsens und fährt dann fort:

*"Obwohl die Arbeit der Gremien der sächsischen Stiftung seit Jahren von NS-Opferverbänden kritisiert wird, soll das sächsische Gedenkstättengesetz zur Grundlage eines Bundesgedenkstättengesetzes werden, das - von einer Gruppe CDU-Abgeordneter unter Federführung des Berliner Abgeordneten Günter Nooker ausgearbeitet - am 30. Januar im Bundestag beraten werden soll. Dieser Gesetzentwurf kündigt Grundlagen für die Gedenkstättenarbeit auf, die im Rahmen der noch in der Regierungszeit Bundeskanzler Kohls eingesetzten "Enquetekommission zur Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit" 1995 - 1998 in einem breiten, pluralen Diskussionsprozess unter Anhörung aller Opferverbände und zahlreicher Sachverständiger gefunden wurden. Entsprechend dem sächsischen Stiftungsgesetz sollen weniger die konkreten Geschichten der zwei deutschen Diktaturen in ihren Unterschieden und Gemeinsamkeiten als vielmehr pauschal totalitäre Gewaltherrschaft erinnert werden. Trennschärfe und Exaktheit geschichtlicher Darstellung als unabdingbare Voraussetzungen des antitotalitären Konsenses gehen auf diese Weise verloren. Es fällt beispielsweise nicht mehr ins Gewicht, dass der Nationalsozialismus ganz und gar hausgemacht war, die SED-Diktatur dagegen hauptsächlich auf den Bajonetten der Roten Armee beruhte."<sup>43</sup>*

### **IC MEMO**

Eine ähnliche Position vertritt auch das "International Committee for Memorial Museums for the Remembrance of Victims of Public Crimes" (IC MEMO). [Übersetzung: Internationales Komitee von Erinnerungsmuseen für Opfer von Staatsverbrechen. (M.J.)] Es hält den inzwischen vorläufig zurückgezogenen CDU-Antrag für problematisch. Im Namen der Organisation erklärt Wulff E. Brebeck (Kreismuseum Wewelsburg) im Januar 2004:

*"Die geplante Kanonisierung einiger der vielen Erinnerungsmuseen zu nationalen Museen hat zwei große Mängel: Das Engagement von Bürgerbewegungen zur Einrichtung von Erinnerungstätten verbietet eine Politik des "closed shop". Außerdem sind einige der im Antrag [der CDU/CSU - der Verf.] nicht genannten Museen von großer nationaler und internationaler Bedeutung, zum Beispiel das "Dokumentationszentrum der deutschen Sinti und Roma" in Heidelberg oder das STALAG-Erinnerungsmuseum im Schloss Holte-Stukenbrock, das sehr schreckliche Erinnerungen von Menschen aus Russland dokumentiert. Die vom Antrag geforderte Politik scheint ein Versuch zu sein, Erinnerung unter die Kontrolle der Zentralregierung zu stellen. Dies erinnert an die Erinnerungs-Politik, die man in der DDR und anderen osteuropäischen Ländern während der sozialistischen Epoche machte. Ihr Fehlschlag ist allgemein bekannt. Ihr Ergebnis war eine scharfe Trennung zwischen einer staatlich erzwungenen Erinnerung und der persönlichen Erfahrung von Geschichte. In dieser Hinsicht scheint die Politik, die vom Antrag gefordert wird, einen Rückfall in die Zeit vor der zweiten Enquetekommission des Deutschen Bundestages (...) zu sein."<sup>44</sup>*

### **Erste Sondierungsgespräche**

Eine Lösung des Konflikts deutete sich nicht an. Am 25. Februar 2004 trafen der Ministerpräsident Sachsens und der Zentralrat der Juden in Berlin zusammen. Nach Angaben des Wissenschaftsministers Rößler wird es auch mit den anderen NS-Opferverbänden Gespräche geben, die ihre Mitarbeit in der Gedenkstättenstiftung aufgekündigt haben. Genaue Termine hierfür gibt es aber nicht. Das Gespräch endete ergebnislos. Die Landesregierung Sachsens hatte bereits vorher erklärt, dass sie die Einrichtung von zwei getrennten Stiftungsbeiräten ablehnt. In einer Meldung der Nachrichtenagentur DDP hieß es lapidar:

<sup>43</sup> Erklärung, "Arbeitsgemeinschaft der KZ-Gedenkstätten in der Bundesrepublik Deutschland", 26.1.04. Zur Arbeitsgemeinschaft gehören: Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau Dora, KZ-Gedenkstätte Dachau, Gedenkstätte Ravensbrück, KZ-Gedenkstätte Neuengamme, Stiftung Topographie des Terrors, Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten, Gedenkstätte und das Museum Sachsenhausen, Gedenkstätte Flossenbürg und die Gedenkstätte Bergen-Belsen.

<sup>44</sup> Erklärung, die Wulff E. Brebeck im Namen des IC MEMO im Januar 2004 abgegeben hat. (Übersetzung: Martin Jander) Über seine Aufgaben schreibt das Komitee: "IC MEMO is one of 28 international committees of the "International Council of Museums" (ICOM), which has formal links with UNESCO. It was launched in 2001 to intensify the international cooperation on a professional base. The members of the committee represent memorial museums of different types for victims of National Socialism, communist dictatorships, Apartheid, military dictatorships e.g. in Latin America, civil wars in Africa etc. Das Komitee ist über Wulff E. Brebeck erreichbar: eMail: <kreismuseum.wewelsburg@t-online.de>



"Der Zentralrat der Juden in Deutschland und der Freistaat Sachsen sind weiter uneins über das Gesetz zur Gedenkstättenstiftung. Ein einstündiges Sondierungsgespräch von Ministerpräsident Georg Milbradt und Wissenschaftsminister Matthias Rößler (beide CDU) mit Zentralratspräsident Paul Spiegel und dessen Stellvertreter Salomon Korn am Mittwoch in Berlin blieb ohne konkretes Ergebnis. Die Staatskanzlei sprach lediglich von einem offenen Meinungs austausch. Zudem hätten sich beide Seiten auf eine Fortsetzung der Gespräche verständigt." (Meldung des DDP, 25.02.04)

Wie außerdem aus einer Meldung des Evangelischen Pressedienstes epd (Meldung des epd, 17.03.04) zu erfahren ist, führt der Zentralrat der Juden auch Gespräche mit der CDU-Chefin Angela Merkel. In diesen Gesprächen soll es um den vorläufig zurückgezogenen CDU-Antrag im Bundestag gehen. Eine offizielle Bestätigung für diesen Gesprächskontakt gab es jedoch nicht.

### Eskalation

Trotz dieser Gespräche hat die CDU/CSU Bundestagsfraktion ihre Auffassung nicht verändert. Bereits am 4. Mai 2004 brachte sie ihren nur leicht geänderten Antrag in den Bundestag ein, und stellte ihn am 17. Juni 2004 zur Debatte. Lediglich unwesentliche Teile des alten Antrages wurden abgeändert. Der Verweis auf das Sächsische Gedenkstättenstiftungsgesetz wurde herausgenommen. Außerdem wurde ein Satz eingefügt, in dem der Holocaust als "singuläres Verbrechen" bezeichnet wird, das "immer ein spezielles Gedenken erfordern wird". Alle anderen Teile des Antrages blieben unverändert.

Auch die Position der Kritiker hat sich mithin nicht geändert, wohl aber präzisiert. So hat z.B. die Arbeitsgemeinschaft der KZ-Gedenkstätten im Juni 2004 folgende Erklärung abgegeben:

*"Die Beschlussvorlage, die von einer Gruppe CDU-Abgeordneter unter Federführung des Berliner Abgeordneten Günter Nooke ausgearbeitet worden ist, soll am 17. Juni im Bundestag beraten werden. Sie ersetzt in nur geringfügig veränderter Fassung eine Vorlage unter gleichem Titel vom 4. November 2003 (Drucksache 15/1874), die zuerst am 9. November 2003 und dann am 30. Januar 2004 in den Bundestag eingebracht werden sollte. In direkter Ablehnung an das "Gesetz zur Errichtung der Stiftung Sächsische Gedenkstätten zur Erinnerung an die Opfer politischer Gewalt Herrschaft" sollte ein neues inhaltliches, administratives und finanzielles Gesamtkonzept für die Gedenkstättenförderung durch den Bund auf den Weg gebracht werden. Auf Grund der heftigen Kritik an diesem Gesetz sowie an der Arbeit der Gremien der sächsischen Stiftung seitens des Zentralrates der Juden in Deutschland, des Zentralrates deutscher Sinti und Roma und aller mit der sächsischen Stiftung verbundenen NS-Opferverbände ist diese Vorlage, die darüber hinaus u. a. nachdrücklich vom International Committee for Memorial Museums for the Remembrance of Victims of Public Crimes im International Council of Museums (ICOM) kritisiert worden ist, damals zurückgezogen worden. Auch wenn der Bezug auf die sächsische Stiftung nunmehr fehlt, hat sich die Beschlussvorlage inhaltlich so wenig geändert, daß die Arbeitsgemeinschaft sich veranlaßt sieht, ihre im Januar öffentlich formulierte Kritik – nicht zuletzt an dem mit diesem Antrag verbundenen erinnerungspolitischen Paradigmenwechsel – aufrecht zu erhalten.*

1. Die Vorlage kündigt ohne Grund die im Rahmen der noch in der Regierungszeit Bundeskanzler Kohls eingesetzten Enquetekommission "Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit" 1995 – 1998 in einem breiten, pluralen Diskussionsprozeß unter Anhörung aller Opferverbände und zahlreicher Sachverständiger gefundenen Grundlagen für die Gedenkstättenarbeit einseitig auf.

2. Der durch die Beschlussvorlage unterstellte Befund, die finanzielle Förderung von Gedenkstätten zur Auseinandersetzung mit den kommunistischen Formen von Diktatur und Unrecht auf deutschem Boden komme wegen überproportionaler Förderung von NS-Gedenkstätten zu kurz, ist sachlich nicht zutreffend. Die in enger Rückbindung an die Empfehlungen der Enquetekommission entstandene Konzeption der Gedenkstättenförderung des Bundes (1999 im Bundestag vorgestellt) privilegiert weder die eine noch die andere Seite. Sie folgt der historisch und ethisch begründeten Leitlinie, die nationalsozialistischen Verbrechen nicht zu relativieren und kommunistisches Unrecht nicht zu bagatellisieren.

3. Voraussetzungen für die Förderung durch den Bund sind seit 1999:

- daß sich die Gedenkstätten "an einem Ort von herausragender historischer Bedeutung, der im öffentlichen Bewußtsein exemplarisch für einen bestimmten Verfolgungskomplex steht", befinden,
- daß sie "über ein spezifisches, unverwechselbares Profil, das sich auf die Authentizität des Ortes gründet", verfügen,
- ihre Arbeit auf einem "wissenschaftlich, museologisch und gedenkstättenpädagogisch fundiertem Konzept" beruht,
- Komplementärförderung durch das jeweilige Sitzland gewährt wird,
- Förderanträge von einem Sachverständigengremium befürwortet werden.

Diese Standards haben sich bewährt und sollten aufrechterhalten werden. Sofern Förderanträge gestellt und nicht befürwortet worden sind, sind diese an mangelnder fachlicher Qualität oder fehlender Komplementärfinanzierung, nicht aber an parteiischer Erinnerungspolitik gescheitert. Mangelnde Bereitschaft zur Komplementärfinanzierung war auch ein Grund dafür, daß wünschenswerte Anträge im NS- wie im SBZ/DDR-Bereich erst gar nicht zustande gekommen sind.

4. Es ist sachlich falsch, wenn behauptet wird, der Kreis vom Bund mitzufördernder Gedenkstätten sei limitiert. Es gelten vielmehr die o. g. Förderkriterien und die Förderkonzeption erlaubt darüber hinaus zur Unterstützung des mit der Gedenkstättenarbeit eng verbundenen





*bürgerschaftlichen Engagements auch die Anschubfinanzierung von herausragenden Vorhaben in Gedenkstätten ohne bundesweite Bedeutung.*

*5. Die Erinnerungskultur der Bundesrepublik hat in den vergangenen Jahrzehnten - nicht zuletzt auch durch gesellschaftliche Auseinandersetzungen und Debatten – immer mehr an historischer Tiefenschärfe und Konkretion gewonnen. Darin liegt ein Grund für ihre Glaubwürdigkeit. Im Gegensatz dazu ist die Beschlussvorlage von einer Unschärfe gekennzeichnet, die entweder weitgehende Unkenntnis - schon in Bezug auf die existierenden Gedenkstätten und ihre Bedeutung – widerspiegelt, oder die gewollt die eigentlich hinter der Beschlussvorlage stehenden Absichten verschleiert. An die Stelle der konkreten, differenzierten, Gemeinsamkeiten und Unterschiede von Nationalsozialismus und SED-Diktatur beachtenden Aufarbeitung, wie sie im Sinne des antitotalitären Konsenses zwingend ist, tritt eine platte Totalitarismuskonzeption, die beide Diktaturen weitestgehend gleichsetzt. Durch pauschalisierende und verwischende Redeweisen wie etwa der von den "ungezählten Opfern der beiden Diktaturen" wird der Eindruck erweckt, es handele sich um jeweils die gleichen Opfer. So werden die quantitativen und qualitativen Unterschiede von nationalsozialistischer Verfolgung und Ausrottungspolitik einerseits und Verfolgung in SBZ und DDR andererseits nivelliert. Die NS-Verbrechen und der NS-Völkermord gewollt oder ungewollt verharmlost.*

*6. Ein Beispiel: Was soll etwa heißen, daß der "Zusammenhang zwischen den Diktaturen" an Orten (gemeint sind ehemalige Lager) die von "beiden Diktaturen zur Unterdrückung von Opposition und Widerstand genutzt wurden, "evident" sei? Räumliche Kontinuität als Beweise der Gleichheit von politischen und gesellschaftlichen Systemen zu interpretieren, hätte z. B. zur Folge, die Gleichheit von britischer und amerikanischer Demokratie und Nationalsozialismus zu behaupten, weil beide Länder ehemalige KZ als Internierungslager genutzt haben. Erinnerungskultur auf solchem Niveau widerlegt sich selbst.*

*7. Eine weitere gravierende Folge von historischer Entkonkretisierung und Entdifferenzierung ist die nationale Engführung, ist die Renationalisierung der Erinnerungskultur. Gerade die Erinnerung des Nationalsozialismus muß aber auf Grund dessen Geschichte und der Geschichte seiner Opfer europäisch-dialogisch verfaßt sein und darf auch die betroffenen außereuropäischen Länder aus diesem Diskurs nicht ausschließen. Wer dies nicht berücksichtigt, zerstört nach Ende des Zweiten Weltkrieges mühsam wiedergewonnenes Vertrauen.*

*8. Nationaler Engführung und Renationalisierung entsprechen die deutsche Verantwortung verunklarende Anknüpfung der Beschlussvorlage an die seit einiger Zeit zu beobachtende Wiederbelebung des deutschen Opfermythos, insofern die Vorlage auch auf die Errichtung nationaler Gedenkstätten für "die Opfer von Krieg und Vertreibung" sowie die "zivilen Opfer der alliierten Luftangriffe des Zweiten Weltkriegs" abzielt. Hier knüpft das Papier direkt an frühe, überwunden geglaubte (west-) deutsche Schuldentlastungsmechanismen an. Auch die Reduktion der Erinnerung auf ein "würdiges Gedenken aller Opfer", d. h. die Außerachtlassung, daß die deutsche Erinnerung an den Nationalsozialismus zwingend selbstkritische Auseinandersetzung mit Tat und Täterschaft sowie deren Aus- und Nachwirkungen auf die Geschichte der Bundesrepublik sein muß, steht ganz in dieser Tradition. So wird – gewollt oder ungewollt – revisionistischen Geschichtsbildern der Weg bereitet, anstatt durch konkrete und differenzierte Auseinandersetzung mit der deutschen Vergangenheit auch das in Folge von Nationalsozialismus und Zweitem Weltkrieg über Deutsche gekommene Leid angemessen und tatsächlich enttraumatisierend zur Sprache zu bringen.*

*9. Eine Säule demokratischer Erinnerungskultur ist deren geschichtswissenschaftliche Fundierung. Nicht die Politik – wie in der DDR – entscheidet über die Haltbarkeit oder Unhaltbarkeit von Aussagen über Geschichte sondern historische Forschung und geschichtswissenschaftlich informierte Debatte. Die in dem Entwurf zum Ausdruck kommende Tendenz, die Geschichtswissenschaft dadurch zu marginalisieren, daß die Politik als entscheidende Regelungsinstanz aufgefaßt wird, die die Wissenschaft an der Gedenkstättenarbeit nur mehr "angemessen beteiligt", gibt deshalb zu denken.*

*10. Das in der Vorlage angesprochene Problem der ungleichgewichtigen Mitfinanzierung der Gedenkstättenarbeit durch die einzelnen Bundesländer – auf dem Gebiet der alten Bundesländer gibt es keine auf SBZ/DDR-Unrecht bezogene authentischen Erinnerungsorte, Konzentrationshauptlager befanden sich nicht auf den Gebieten aller Bundesländer – betrifft nicht nur kommunismusbezogene Gedenkstätten und läßt sich auch ohne fragwürdige geschichtspolitische Umgewichtungen lösen. Es müßte nur ein Finanzierungsschlüssel gefunden und gemeinsam gewollt werden.*

*11. Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß die Auseinandersetzung mit den beiden deutschen Diktaturen zu den Kernelementen gesamtdeutscher demokratischer Geschichtskultur gehört und gehören muß. Wer diese Auseinandersetzung befördern will, sollte jeden Anschein vermeiden, er wolle Erinnerung politisch dominieren und verordnen. Gerade der Umstand, daß die kommunistische Unrechtserfahrung im Gegensatz zur nationalsozialistischen keine gesamtdeutsche gewesen ist, läßt sich nur durch seriöse, einladende, Interesse und Neugier erweckende Sacharbeit, nicht durch Ressentiments und Konkurrenzdenken lösen. Hierzu gehört auch, die für diese Arbeit nach 1989/90 geschaffenen Ressourcen – u. a. schnelle und hochgradige Intensivierung der SBZ/DDR-Forschung, Gauck-Behörde, Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, entsprechende Gedenkstättengründungen –, zu denen es in Bezug auf die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus zum Teil kein Gegenstück gibt (Gauck-Behörde, Stiftung Aufarbeitung), nicht klein zu reden. Nicht die Politisierung der Erinnerungskultur steht auf der Tagesordnung sondern deren Versachlichung und Professionalisierung. Hierzu leistet die Beschlussvorlage in ihrer rückwärtsgewandeten Unkenntnis bzw. verzerrten Darstellung der bundesrepublikanischen Erinnerungskultur sowie ihrer einzelgängerischen Aufkündigung des mit großer Anstrengung erarbeiteten parteienübergreifenden Enquete-Kommissionskonsenses keinen Beitrag. (Erklärung der Arbeitsgemeinschaft KZ-Gedenkstätten vom Juni 2004.)*



Auf jeden Fall ist zu erwarten, dass die Auseinandersetzung um Erinnerung und Aufarbeitung des Nationalsozialismus und ihr Verhältnis zu Erinnerung und Aufarbeitung des DDR-Unrechts auch im Bundestagswahlkampf 2006 eine Rolle spielen wird. Eben dies ist es offenbar, worauf es den konservativen Parteien besonders ankommt. Ob und in welcher Weise Gruppen und Vereinigungen der Gesellschaft sich an dieser Auseinandersetzung beteiligen und in welcher Weise sie dabei Partei ergreifen werden, ist momentan noch nicht absehbar.

Der Artikel erschien in kürzerer Version in der Zeitschrift "Horch und Guck" 45/2004  
<[www.buergerkomitee.org/hug](http://www.buergerkomitee.org/hug)>

*Dr. Martin Jander, geb. 21.1.1955, Historiker. Arbeitet heute als freier Autor, forscht, lehrt und publiziert zu den Themen Politische Theorien, Nationalsozialismus, Shoah und Deutsche Nachkriegsgeschichte. Er ist Mitarbeiter der Redaktion der Zeitschrift "Horch und Guck" und betreibt in Berlin die Stadtführungsagentur "Unwrapping History", die Besucher Berlins und Potsdams mit den Hinterlassenschaften der wesentlichen Epochen der verworrenen deutschen Geschichte bekannt macht. <[www.unwrapping-history.de](http://www.unwrapping-history.de)>*

### Nachtrag zur aktuellen Entwicklung in der Auseinandersetzung um die Gedenkstätte in Torgau

Am 9. Mai 2004 wurde im Dokumentations- und Informationszentrum Torgau die neue Ausstellung "Spuren des Unrechts" eröffnet. Sie zeigt auf Schautafeln und Photographien Einzelschicksale und Hintergrundinformationen zu drei Etappen Torgauer Geschichte: der NS-Militärjustiz, dem sowjetischen Speziallager 1945-48 und dem Strafvollzug der DDR zwischen 1950 und 1990. In ihrer Pressemitteilung betonte die Stiftung Sächsische Gedenkstätten: "Von einer 'Verdrängung' des Gedenkens an NS-Verfolgung kann nicht die Rede sein. Der Schwerpunkt des DIZ Torgau liegt nach wie vor auf dem Bewahren der Erinnerung an die Opfer der Wehrmachtjustiz." [PM der Stiftung vom 05.05.2004 "Wiedereröffnung der ständigen Ausstellung 'Spuren des Unrechts' in Torgau" <<http://www.stsg.de/main/stsg/ueberblick/aktuelles/index.php?id=156>>]

Der Kritik von Ludwig Baumann, 82-jähriger Wehrmachtsdeserteur und ehemaliger zum Tode verurteilter Häftling in Torgau, wollte man sich aber während der Eröffnungsfeierlichkeit dennoch nicht stellen. Die Schwerpunktsetzung der Ausstellung auf die Zeit nach 1945 wird von der Bundesvereinigung Opfer der Militärjustiz e.V. ebenso kritisiert wie die in der Ausstellungskonzeption in eine Reihe gestellten Opfer der NS-Justiz mit den nach 1945 auch in Torgau inhaftierten NS-Tätern.

Die am Nachmittag im "Fort Zinna" enthüllte Informationstafel weist auf das bisherige Fehlen der NS-Militärjustizopfer in der Gedenkstätte hin, hier durfte dann auch Ludwig Baumann sprechen. Eine umfassende Gedenkstätte zur Erinnerung an die Zentrale der Wehrmachtjustiz ist eine Gedenktafel aber nicht - diese Einrichtung steht immer noch aus.

*Hier noch einige Links zur Ausstellungseröffnung in Torgau*

## 7. Kein Mitleid mit den Deutschen

Interview mit Marek Edelman

*Der Bund der Vertriebenen hat mit seinen Plänen ein Zentrum gegen Vertreibungen in Berlin zu errichten eine ganze Debatte angestoßen. Entgegen der Beteuerungen, nicht deutsche Geschichte nach 1945 sondern die europäische in den Mittelpunkt zu stellen, heißt es auf der offiziellen Homepage des Zentrums<sup>45</sup>: "Wir haben uns zum Ziel gesetzt, in Berlin eine Dokumentationsstätte zu schaffen, die im geschichtlichen Kontext das Schicksal der deutschen Vertriebenen und die Veränderungen Deutschlands durch ihre Integration sowie Vertreibungen und Genozid an anderen europäischen Völkern im 20. Jahrhundert in einem Gesamtüberblick erfahrbar macht." Diese Schwerpunktsetzung war genau die Befürchtung der Gegnerinnen und Gegner eines Zentrums in Deutschland oder unter deutscher Konzeption. Inzwischen haben sich die Bildungsministerinnen und -minister europäischer Länder auf ein gemeinsames 'Europäisches Netzwerk für Zwangsmigration und Vertreibung' geeinigt, das nicht einen zentralen Sitz haben soll, sondern einzelne Orte, Gruppen und Institutionen, die mit Vertreibung im Zusammenhang stehen, vernetzen. Vermutlich wird dies in Form eines Onlineprojektes geschehen, so dass eine virtuelle Landkarte der Vertreibungen entsteht.<sup>46</sup>*

*Der Bund der Vertriebenen hält, ungeachtet dieser Einigung, an den Plänen eines Zentrums in Berlin fest. Gerade die Herausstellung der Deutschen als Opfer von Vertreibung sorgte im Ausland für Kritik, gerade in den Ländern, die besonders unter den Verbrechen der Deutschen leiden mussten, wie Polen, Tschechien und Russland. Marek Edelman, der letzte überlebende Anführer des Warschauer Ghettoaufstands von 1943, gehört zu diesen Kritikern. Wir dokumentieren ein Interview, das in der polnischen Wochenzeitung Tygodnik Powszechny am 17. August 2003 erschien. Das Interview führten Krzysztof Burnetko und Jaroslaw Makowski.*

<sup>45</sup> <<http://www.z-g-v.de/aktuelles/?id=48>>

<sup>46</sup> <<http://www.taz.de/pt/2004/04/24/a0100.nf/text>>



*Tygodnik Powszechny: Muss der Schmerz eines Deutschen, dessen Kind bei der Flucht aus dem bombardierten Swinemünde in den Trümmern begraben wurde, kleiner sein als der einer polnischen Mutter, deren Sohn im Pawiak-Gefängnis geblieben wurde? Oder der Schmerz einer jüdischen Frau, die auf wundersame Weise überlebte, aber ihre Kinder im Ghetto verlor? Sind die Opfer des Krieges nicht gleichwertig, egal ob sie zu den Siegern oder den Besiegten gehörten? Helga Hirsch stellte diese Fragen in der Diskussion um die Errichtung eines Zentrums gegen Vertreibungen in Berlin.*

Marek Edelman (M. E.): Das hängt mit unserer Moral zusammen. Tatsächlich hat der Zweite Weltkrieg die menschliche Psyche verändert. Menschen wurden plötzlich wie wertlose Gegenstände behandelt, die erniedrigt oder vernichtet werden konnten. Selbstverständlich ist es traurig, wenn man aus seinem Haus gejagt wird, wenn man sein Land verlassen muss. Während des Krieges musste ich selbst bestimmt zwanzig Mal umziehen. Nicht, weil ich wollte, sondern weil die deutschen Behörden mich von einem Ort zum anderen trieben, oder weil ich mich vor ihnen versteckte, um nicht getötet zu werden. Aber irgendwie habe ich überlebt. So schrecklich ist das nicht. Die Deutschen, die nach dem Krieg ihr Zuhause verlassen mussten, sind damit nicht so schlecht gefahren. Natürlich gab es Tragödien während der Vertreibung: Morde und Vergewaltigungen. Aber die, die in Westdeutschland ankamen, entgingen der Armut und landeten in einem Land des Wohlstands. Die Amerikaner halfen ihnen mit dem Marshallplan und Erhard brachte ihnen das Wirtschaftswunder. Sie konnten sich Autos von Volkswagen und Mercedes kaufen. (Jetzt sind sie in einer Krise, weil es nicht so einfach ist, sich jedes Jahr einen Mercedes zu kaufen, es reicht nur noch für einen Vizemercedes). Sogar jene, die im kommunistischen Teil von Deutschland landeten, protestierten nicht - mit einer einzigen Ausnahme, dem Aufstand vom 17. Juni 1953. Offensichtlich ging es ihnen besser als den Polen. Solidarnosc wurde nicht in Deutschland, sondern in Polen gegründet. Ich frage mich, ob einer von ihnen - abgesehen von den Ältesten, die sich noch an ihr Haus erinnern und eine sentimentale Sehnsucht nach den Apfelbäumen und den Weiden dort verspüren - jemals wieder zurückkehren möchte, um im östlichen Land ihrer Väter zu leben?

Es ist auch wichtig zu erwähnen, dass Vertreibungen ein Merkmal aller europäischen Diktaturen war. Der Kommunismus siedelte Tartaren, Tschetschenen, Deutsche, Litauer, Letten, Esten und andere Nationalitäten um. Die Juden auch. Einigen hat dies sogar das Leben gerettet. Die Polen wurden zweimal vertrieben, einmal nach Sibirien und dann von der östlichen Grenze in die Wiedergewonnenen Gebiete im Westen. Für diese Umgesiedelten plant komischerweise niemand ein Denkmal.

Der Plan, ein Zentrum der vertriebenen Deutschen jetzt zu bauen - ein halbes Jahrhundert nach dem Krieg - ist eine rein politische Angelegenheit. Mehr noch, eine nationalistische und chauvinistische. In der Politik ist es oftmals nicht wichtig, was gesagt wird, sondern wer es sagt! Dieselben Wörter - Liebe, Gerechtigkeit, Gleichheit, Brüderlichkeit, etc. - klingen aus dem Mund eines Diktators anders als aus dem Mund eines Demokraten. Die Idee zum Bau des Zentrums stammt vom Bund der Vertriebenen, das heißt, es handelt sich um eine getarnte Rückkehr zur Idee vom "Drang nach Osten". Im deutschen Unterbewusstsein glimmt immer noch die Überzeugung, dass die Deutschen zu wenig Lebensraum hätten, dass eine so große Nation auch einen großen Raum benötigt, dass er ihr auch schlichtweg zusteht. Dazu kommt Hochmut und die Überzeugung von ihrer Vorrangstellung in Europa. Die Initiatoren des Zentrums wollen aus diesen Ressentiments politisches Kapital schlagen.

*Aber der Bund der Vertriebenen wird mehr oder weniger offen von Leuten aus der 68er-Generation unterstützt. Zum Beispiel Daniel Cohn-Bendit und Joschka Fischer. Warum marschieren die Koryphäen der deutschen Linken, die sich bisher ihrer Aufarbeitung des Nationalsozialismus und ihrer Abrechnung mit seinen Verbrechen rühmten, jetzt Hand in Hand mit der nationalistischen Rechten?*

M. E.: Als Cohn Bendit 1968 gezwungen werden sollte, Frankreich zu verlassen, skandierten Studentenmassen zum Zeichen ihrer Solidarität: "Wir alle sind Juden!" Cohn-Bendit muss stolz gewesen sein, dass dies der Geist der Revolte ist. Heute steht er in einer Reihe mit denen, die rufen: Uns Deutschen geschah Unrecht! Fischer gehörte zu der Avantgarde des mentalen und sozialen Wandels, den die 68iger Bewegung brachte. Heute spielt der Herr Außenminister nur ein gewöhnliches politisches Spiel. Für einen Mann dieses Formats ist das eine Schande.

Es ist schwer, diesen Wandel zu verstehen. Das sind die Menschen, deren Positionen mich besonders enttäuscht und verärgert haben. Als Führer der Studentenbewegung schienen sie zu wissen, wo der Deutsche hingehört und was man dem Bewusstsein der Deutschen noch jahrelang einschärfen muss, damit sich der Nationalsozialismus nie wiederholt, in welcher Form auch immer. Es schien, sie hätten verstanden, dass die Deutschen höllisch aufpassen müssen, dass sie sich an demokratische Prinzipien halten, die Menschenrechte achten und alle Formen von Nationalismus bekämpfen - unter anderem den Kult des ethnisch homogenen Nationalstaates -, sonst kann wieder ein Hitler kommen. Er würde wieder anfangen, die Deutschen zu überzeugen, sie hätten zwischen Rhein und Oder nicht genügend Raum und sollten den Osten oder den Balkan besiedeln.

Es würde mir wirklich viel bedeuten, wenn mein Freund Joschka Fischer und Cohn-Bendit über ein halbes Jahrhundert deutscher Geschichte noch einmal nachdächten. Darüber, welche Vorsicht man walten lassen muss.



Vielleicht würden sie dann den Plan, ein Mahnmal zur Ehrung von deutschen Opfern zu bauen, nicht mehr unterstützen.

Denn jetzt taucht unter anderem als Folge ihrer Einstellung und ihrer Politik die Befürchtung auf, dass es sich wiederholen kann. Der Nationalismus ist eine latente Seuche.

*Worum also geht es?*

M. E.: Um Politik und um Stimmen.

*Aber kann man denn im Europa des 21. Jahrhunderts mit solchen Parolen politisch erfolgreich sein?*

M. E.: Der Nationalismus kommt immer noch gut an, besonders in Deutschland. Es ist doch noch gar nicht so lange her, dass die Politik dieses Landes auf Nationalismus beruhte. So etwas verschwindet nicht spurlos. Deshalb ist das Aufwärmen solcher Stimmungen so gefährlich.

*Vielleicht ist es nur ein Spiel? Kohl hat die Vertriebenen vor Wahlen auch umworben. Aber Deutschlandexperten zufolge tat er dies wegen ihres Stimmenpotentials und um gleichzeitig ihre Radikalität zu dämpfen.*

M. E.: Ich weiß nicht, was Kohls Ziel war. Ich habe einige deutsche Christdemokraten getroffen, als sie nach Polen kamen, z.B. Rita Süßmuth. Ich hatte mit Ihnen keine großen Meinungsverschiedenheiten. Wenn das Wort Sozialismus in Polen nicht so diskreditiert wäre, würde ich sagen, diese Deutschen waren anständige Sozialisten. Paradoxerweise waren in Deutschland nationalistische Trends unter den Sozialdemokraten immer weiter verbreitet, als unter den Christdemokraten. Nichtsdestoweniger, schätze ich die berühmte Geste von Willy Brandt im Jahre 1970. Es war eine geniale Entscheidung. Er erfuhr von der Existenz des Denkmals für den Warschauer Ghettoaufstand abends um neun Uhr und er fuhr am nächsten Morgen um sechs Uhr hin. Obwohl außer seiner Entourage niemand sonst anwesend war, ging das Bild des knienden Kanzlers um die Welt. Es ging dabei darum, den Opfern die Ehre zu erweisen, aber auch darum das Bild der deutschen Nation zu ändern.

*Vielleicht kommt die Haltungsänderung der 68iger daher, dass sie sich nicht länger für die Taten ihrer Väter und Großväter Asche aufs Haupt streuen wollen? Wie viele Generationen lang kann man für die Schuld der Vorfäter Buße tun?*

M. E.: Es geht nicht um Buße. Es ist ihre Pflicht, für diese Schuld zu bezahlen. Nicht ein, zwei oder drei Generationen lang, sondern solange, bis die Idee vom Herrenvolk aus der deutschen Mentalität ausgelöscht ist. Warum fiel es in Polen niemandem ein, den Vertriebenen ein Denkmal zu errichten, sagen wir denen von Warschau oder denen aus dem Osten oder den vertriebenen Juden? "Gloria victis", die Parole aller Gefallenenendenkmäler - das wäre schon ein Grund. Doch die Vertriebenen haben hier kein Denkmal. Mahnmale gibt es für die Getöteten. Ich kann verstehen, dass Günther Grass Tränen vergießt über das Schicksal eines in der Ostsee mit Tausenden Flüchtlingen versenkten Passagierschiffs. Die "Wilhelm Gustloff" war eine Tragödie. Es ist traurig, dass Frauen und Kinder sterben mussten. Trotzdem muss ich darauf hinweisen, dass die Deutschen während des zweiten Weltkrieges so manches Schiff mit Zivilisten an Bord versenkt haben. Ihre U-Boot-Flotte attackierte sogar amerikanische Lebensmitteltransporte nach Europa. Da gab es keine Spur von humanitären Prinzipien. Die Tragödie der "Gustloff" kann nicht mit den Verbrechen von Auschwitz, Treblinka und Majdanek verglichen werden.

*Menschen starben auf beiden Seiten. Neben dem Mahnmal für die Vertriebenen wird es ein Mahnmal für die Opfer des Holocausts geben. Vielleicht wird es für die jungen Leute kein Symbol für die Gleichsetzung der Opfer, was die Zentrumsgegner befürchten, sondern Ausdruck einer gemeinsamen Tragödie.*

M. E.: Diese Tragödien sind nicht vergleichbar. Natürlich sind Vertreibungen für die Vertriebenen furchtbar. Aber die Vertreibung der Deutschen veränderte nicht das Bewusstsein der Menschheit. Der Holocaust schon. Menschen umzusiedeln, bedeutet nicht, ihnen das Leben zu nehmen. Natürlich gab es Opfer bei den Vertreibungen. Es gibt immer Opfer, selbst in Zeiten des Friedens, bei Verkehrsunfällen beispielsweise. Der Tod der Menschen war in den Vertreibungen nicht angelegt. Der Holocaust aber basierte auf Vernichtung. Mal ehrlich: Der Holocaust und die Vertreibungen - das sind zwei verschiedene Dimensionen.

Jeder Krieg bringt den Tod. Auf beiden Seiten. Aber Großbritannien baut auch keine Mahnmale für die zivilen Opfer der deutschen Bombenangriffe. Nur die Deutschen erheben ständig das Geschrei um ihre Opfer bei den alliierten Bombardierungen. Das beweist ihre Hochnäsigkeit und ihre Dreistigkeit. Es beweist auch, dass sie nichts von der Lehre aus dem zweiten Weltkrieg verstanden haben.





Mehr noch, die Deutschen haben den Krieg herbeigewünscht, die gesamte Nation stand hinter Hitler. Sie wollten die Welt beherrschen. Vielleicht hätten sie sogar Erfolg gehabt, hätten sie nicht Amerika zum Krieg herausgefordert. Auch das aus Hochnäsigkeit.

Die Deutschen betonen, dass die Vertreibung auch Frauen und Kinder betraf. Was sie verschweigen ist, dass die Frauen Hitlers ideeller Rückhalt waren. Die Filme von Leni Riefenstahl sagen alles. Man sieht Tausende erregter Frauen und Mädchen, wie sie "Heil! Heil!" schreien. Sie verschweigen auch, dass sie während des Krieges von der Sklavenarbeit der eroberten Völker gelebt haben, weshalb es ihnen viel besser ging als den restlichen Europäern. Man braucht nicht einmal Aussiedlungen zu veranstalten, wenn man zwei Millionen russischer Kriegsgefangener zur Arbeit antreibt und ihnen nur Hungerrationen zuteilt.

Man sollte sich auch nicht der Illusion hingeben, dass die normalen Deutschen nichts von der Existenz der Konzentrationslager, Ghettos, etc gewusst hätten. Wenn auch nicht alle, so wusste doch eine Mehrheit, was die Nazis taten. Tausende von Soldaten waren an der Eroberung Europas beteiligt. Sie hatten alle Verwandte, mit denen sie über ihren Dienst sprachen oder denen sie schrieben. Millionen von Juden wurden nicht von einer Handvoll Krimineller getötet, Tausende haben mitgemacht. Die Ausmaße des Tötens ließen eine Geheimhaltung nicht zu. Die Transporte mit Kleidung, gestohlener Kunst und geraubter Besitztümer aus den eroberten Gebiete endeten doch in Deutschland. All die Pelze, Radios, Gemälde, Gold aus den Ghettos... Und den deutschen Bauern kann ja wohl nicht entgangen sein, dass die Fremdarbeiter, die für Sie unentgeltlich arbeiteten, bei sich zu Hause von der Straße weggefangen worden waren. Zumal man sie als Strafe für Ungehorsam aufknüpfen durfte.

Von großer Bedeutung ist auch, dass die Deutschen sich nicht selbst von Hitler befreiten. Sie wurden durch Amerika vom Nationalsozialismus befreit. Die Deutschen bezahlten mit den sogenannten Vertreibungen für ihre Politik und ihre Unterstützung Hitlers.

*Hätten die Vertreibungen nach dem Krieg verhindert werden können? Hätten die Deutschen, die in den ehemals deutsch besetzten Ländern lebten, anders behandelt werden können?*

M. E.: Die politische Ordnung wurde damals von Stalin diktiert. Es war Stalin, der Polen die Gebiete östlich des Bug nahm. Vielleicht war das für Polen am Ende sogar ein Vorteil, da es für die rückständigen Ostgebiete, im Westen Landstriche bekamen, die auf einem höheren zivilisatorischen Niveau standen.

Man muss auch die Sozialpsychologie dieser Tage bedenken. Es gab einen allgemeinen Hass auf die Deutschen. Dieser Hass war nicht unverdient und unter den Polen und Juden gleichermaßen stark. Ich spreche noch nicht einmal über Rache für die Ermordeten. Ich spreche über Erniedrigungen, beispielsweise, wenn ein eleganter, deutscher Offizier mit weißen Handschuhen einen Menschen mit dem Davidstern sah und ihm einfach ins Gesicht schlug. Einfach so, ohne Grund. Ist das nicht erniedrigend?

*Nach dem Ende des Krieges schlugen Sie vor, den Jüdischen Staat nicht in Israel zu gründen, sondern in Bayern, der Wiege des Nationalsozialismus. Das hätte die Vertreibung der dort ansässigen Deutschen bedeutet.*

M. E.: Ja. Das Klima in Bayern ist besser als in Israel. Die Deutschen hätten auch eine Chance gehabt, für ihre Vergehen zu büßen.

*Würde das heute nicht als ethnische Säuberung angesehen werden? Sie haben gegen die ethnischen Säuberungen in Bosnien protestiert. Hatten die Vertreibungen der Deutschen nach dem Krieg nicht einen ähnlichen Charakter?*

M. E.: Die Deutschen wurden vertrieben, weil sie den Krieg verloren haben. Mehr noch, es war ein totaler Krieg, der keine Zivilisten kannte. Wenn man bedenkt, dass im Warschauer Aufstand von 1944, indem zwanzig- bis dreißigtausend Untergrundsoldaten kämpften, 200.000 Zivilisten ums Leben kamen: Gegen wen führten die Deutschen dann Krieg?

Man sollte erst um die Getöteten trauern, bevor man den Vertriebenen ein Denkmal errichtet. Gewiss, es gibt einige junge Deutsche, die Gewissensbisse für ihre Eltern haben. Die fordern kein Denkmal für die Vertriebenen. Sie erzählen mir beispielsweise, wie sie herausfanden, dass ihre Familie auf Kosten der Kriegsoffer reich geworden ist. Einmal fragte mich ein junger Arzt, was er mit den kleinen Säckchen voll Gold anfangen solle, die er zu Hause gefunden hatte. Sein Vater oder sein Großvater hatten sie höchstwahrscheinlich aus einem Vernichtungslager mitgebracht, indem sie ihren Dienst versahen. Ich schlug vor, er solle damit eine Säuglingsstation in Sarajevo einrichten.

Ich kann nicht sagen, welchen Erfolg die Betonung der Leiden der Vertriebenen in Deutschland noch haben wird. Die Landsmannschaften beschallen Deutschland seit Jahren mit dieser Geschichte und leben davon. Also muss es für einen Teil der Deutschen wichtig sein. Es scheint, dass die Entnazifizierung nicht 1948 mit der Entstehung der BRD gependet hat, sondern dass sie weiter geführt werden muss. Es ist nicht nur eine Frage der Politik, sondern auch



der Psyche der Nation. Die Deutschen - mit dieser Vergangenheit - sind keine normalen Menschen. Mit einer solchen Vergangenheit kann man nicht normal sein. Mit meiner Vergangenheit und meinen Erinnerungen bin ich auch nicht normal - aber meine Vergangenheit ist anti-deutsch. Ich brauche diese Vergangenheit. Ich möchte keine Rache und ich habe auch nichts gegen die Deutschen. Ich mag es nur nicht, wenn sie sich als Opfer darstellen, sonst müsste ich mich als Henker verstehen. Dabei ist es umgekehrt: Sie sind mein Henker. Aus demselben Grund wäre die Errichtung des Vertriebenenzentrums anti-polnisch. Sie würde bedeuten, dass die Polen den Deutschen mit der Vertreibung ein Unrecht zufügten. Das Zentrum ist auch gegen alle anderen Nationen gerichtet, die Opfer des Krieges waren.

Denn es waren die Polen und die anderen unterjochten Nationen, die Opfer des Krieges waren. Ich habe fünf Jahre unter der deutschen Besatzung gelebt. Man sagt immer, es gab gute und schlechte Deutsche. Aber warum hatte ich nie das Glück, auch nur einen einzigen von den Guten zu treffen?

*Keinen einzigen?*

M. E.: Keinen einzigen. Ich hatte nicht das Glück, auch nur einen guten Deutschen zu treffen. Nur solche, die mir eins auf die Schnauze gaben. Es tut mir leid, um die junge Frau und ihr Kind, die während der Vertreibung umkamen. Aber ich habe kein Mitleid für die deutsche Nation, denn sie brachte Hitler an die Macht. Die deutsche Gesellschaft lebte vom besetzten Europa, von mir und meinen Freunden. Ich bekam nur zweihundert Gramm Brot am Tag und die Deutschen konnten sich satt essen. Darum ist es so wichtig, dass sie Buße tun. Sollen sie lange, lange weinen. Vielleicht werden sie dann begreifen, dass sie der Henker Europas waren. Wenn dieses Zentrum zu der Auffassung führt, den Deutschen wäre durch den Krieg ein Unrecht geschehen, wäre es eine Katastrophe. Das würde auch bedeuten, sie könnten Rache nehmen. Wir wissen, was das heißt.

*Vielleicht möchten sie ja auch nur Respekt für ihre eigene Erinnerung. Die Vertreibung ist ein Teil ihrer Geschichte.*

M. E.: Welche eigene Erinnerung? Ist ihnen soviel schreckliches Unrecht angetan worden? Sie haben ihre Häuser verloren? Ja doch, aber die Juden haben sowohl ihre Häuser, als auch all ihre Lieben verloren. Die Vertreibungen brachten Elend, aber es gibt soviel Elend in der Welt. Kranke Menschen leiden auch und ihnen baut auch niemand ein Denkmal.

Hört auf, Mitleid mit den Deutschen zu haben, denn ihnen geschieht kein Unrecht.

*Sie haben eine Petition unterschrieben für ein Europäisches Zentrum gegen Vertreibungen, Zwangsumsiedlungen und Deportationen anstelle des Vertriebenenzentrums. Wie soll dieses Zentrum in der Praxis aussehen?*

M. E.: Das Wichtigste ist, aufzuzeigen, dass alle totalitären Regime zu solchen Tragödien führen.

*Und welchen Platz würden Sie den Deutschen in solch einem Zentrum einräumen?*

M. E.: Keinen. Sie sollen sich mit ihrem Unglück nicht dazwischendrängeln. Ihnen steht keine Barmherzigkeit zu, sondern Buße. Und das viele Generationen lang, sonst kommen ihre Hoffahrt und ihr Stolz wieder zum Vorschein.

*Versuchen Sie denn nie, in ihre Haut zu schlüpfen...?*

M. E.: Ich sehe keinen Grund, in die Haut des Henkers zu schlüpfen. Ich kann nicht in ihre Mentalität eindringen, weil sie glücklich waren, als sie versuchten mich zu töten. Nur Gott ist so gerecht, dass er sogar den Henker beweint. Ich bin doch nicht der Herrgott!

*Marek Edelman, Jahrgang 1921, ist der letzte noch lebende Anführer des Aufstandes von 1943 im Warschauer Ghetto. Er kämpfte auch im Warschauer Aufstand von 1944. Er ist Autor des Buches "Das Ghetto kämpft", Held der berühmten Reportage von Hanna Krall "Dem Herrgott zuvorkommen" und des Buches "Der Hüter" von Rudi Assuntino und Wlodek Goldkorn. Nach dem Krieg blieb er in Polen, um "Hüter der jüdischen Gräber" zu sein. Seit den siebziger Jahren war in der demokratischen Opposition tätig. 1999 initiierte er einen Aufruf für eine NATO-Intervention im Kosovo. Der pensionierte Kardiologe lebt in Łódź.*

Übersetzung: Rebekka Schroeder, Maximilian Eiden. jour fixe zivilisatorische restposten

Quelle: <www.tygodnik.onet.pl>

*Weitere Links und Informationen*



## 8. Dreiecksbeziehung.

### *Die Rolle der Medien im Erinnerungsdiskurs*

von Mathias Berek

Der Versuch, die Rolle der "Medien" im "Erinnerungsdiskurs" zu untersuchen, gleicht ein wenig dem Ansinnen, bei Google den Begriff "Wasser" nachzuschlagen. Vom Wasserwerk über den Mineralwasserhersteller bis zu hydrogeologischen Forschungsergebnissen dürfte alles Mögliche angezeigt werden. Deshalb muss vorher geklärt werden: Welche Erinnerung? Welche Medien? Der Filmregisseur Claude Lanzmann ("Shoah") sagte 1998 auf einer Tagung in Marburg, indem er den bekannten Ausspruch eines Faschisten abwandelte: "wenn ich das Wort Erinnerung höre: Ich verspüre Lust, den Revolver zu ziehen. Mir scheint, dass man dieses Wort bei jeder besten Gelegenheit anwendet und überall beimischt."<sup>47</sup> Man kann seinen Ärger verstehen. Erinnerung ist zu einem hohlen Schlagwort geworden. Es wird immer öfter über sie geredet - und die wenigsten machen sich dabei die Mühe, näher zu bestimmen, was denn damit gemeint sei. Erinnerung, die uns hier beschäftigen soll, ist die kollektive Erinnerung einer Gesellschaft, das sind die Geschichten über die Geschichte, die in der Familie, in den Schulen, in Filmen und Büchern erzählt werden. Das sind die Bilder, die die Menschen über die Vergangenheit sehen und mit ihren eigenen Erinnerungen verschmelzen. Das ist das Bild, das die Menschen von ihrer eigenen Vergangenheit und der ihrer Gesellschaft haben.

Und diese Erinnerung ist fast immer (die Menschen leben eben nur eine begrenzte Zeit und immer nur an einem Ort gleichzeitig) keine unmittelbare, sondern *medial vermittelt*. Eigentlich meint *medial* alle möglichen Kommunikationsmedien: Texte, Bilder, Orte, Rituale oder Traditionen. Was uns hier jedoch hauptsächlich interessiert, sind die modernen Massenmedien: Fernsehen, Filme, Zeitungen, - aber auch Bücher. Und um noch konkreter zu werden, geht es hier um die deutsche Erinnerungskultur und das Thema, das permanent erinnert oder vergessen werden sollte: Nationalsozialismus und Holocaust.

### ***Boom der Erinnerungskultur?***

Gerade für die letzten 20, 25 Jahre wird seit geraumer Zeit ein Boom der Erinnerung an NS-Zeit und Judenvernichtung diagnostiziert. Begründet wird die Einschätzung meist mit dem langsamen "Verschwinden der Augenzeugen" - die Erlebnisgeneration der Opfer und Täter stirbt aus - und mit neuen elektronischen Speichermedien. Im Ergebnis wurde vor allem außerhalb Deutschlands versucht, von überlebenden Opfern des Holocaust so viele Erlebnisberichte wie irgend möglich auf Video zu bringen, um sie der Nachwelt zu erhalten. Steven Spielbergs Shoah Foundation oder die Projekte in israelischen Gedenkstätten wie Massuah seien als Beispiele genannt. Dahinter steht die Befürchtung, mit dem Sterben der Zeitzeugen gehe auch deren authentische Erinnerung, die sie der Nachwelt im direkten Gespräch weitergeben können, für immer verloren.

Doch wir müssen weiter zurück schauen. Die Alliierten versuchten nach ihrem Sieg über Deutschland im Mai 1945 zunächst, der deutschen Bevölkerung Nachhilfe bei der Erinnerung an ihre Untaten zu geben. AnwohnerInnen von KZs wurden zwangsweise durch die Lager geführt, um ihnen die Leichenberge zu zeigen. Im Rahmen der Reeducation wurden den Deutschen unzählige Fotos und Filme von dem Grauen gezeigt, das die alliierten Einheiten bei der Befreiung der Lager vorgefunden hatten.

In den Westzonen etablierte sich mit dem Abbruch der Entnazifizierung ein Konsens des Schweigens. Schweigend machte man sich an den Wiederaufbau, vergessend konzentrierte man sich auf Familie und Arbeit, verdrängend hielt man Abstand von politischer Auseinandersetzung. Die Verbrechen der Deutschen im "Dritten Reich" und der Holocaust spielten in der Öffentlichkeit der 50er Jahre keine Rolle. Erst gegen Ende des Jahrzehnts gab es einen Umschwung: Übergriffe von Nazis nahmen zu, rechtsradikale Organisationen wurden wieder stärker und es gab eine ganze Serie von Anschlägen auf jüdische Friedhöfe. Vor allem von der Angst vor einem schlechten Ansehen im Ausland getrieben, erkannte man nun Mängel in der politischen Bildung. In dem TV-Film "Die Tagebücher des Jürgen Wilms" wurden 1960 erstmals Massenerschießungen von Jüdinnen und Juden gezeigt, 1961 erschien Erwin Leisers Dokumentarfilm "Mein Kampf", der sich aufklärerisch mit der Entwicklung und den Verbrechen des nationalsozialistischen Deutschlands befasste. Ab diesem Zeitpunkt setzte man sich auch in Romanen und Foto-bänden zunehmend mit der nahen Vergangenheit auseinander - wenn auch oft unter dem Dogma der Totalitarismusthese, die Faschismus und Kommunismus gleichsetzt. Parallel dazu führten Magnetaufzeichnung, die Möglichkeit einer synchronen Aufnahme von Ton und Bild und die Durchsetzung des Fernsehens als Leitmedium dazu, dass

---

<sup>47</sup> Eine Diskussion mit Claude Lanzmann. In: Kulturamt der Stadt Marburg (Hg.): Formen der Erinnerung. Ein anderer Blick auf Gedenken, Erinnern und Erleben; eine Tagung. Marburg: Jonas Verlag 1998., S.14.



die elektronischen Medien immer bedeutender für das kollektive Gedächtnis wurden. Sie wurden Träger von Diskursen und Archiv zur selben Zeit.

Einen ersten *Boom* der Erinnerung an die Shoah gab es jedoch erst 1979. Nach langwierigem Zögern und heftigen Widerständen strahlten die westdeutschen dritten Programme den amerikanischen TV-Mehrteiler "Holocaust" aus. Im Ersten durfte er nicht gezeigt werden, weil Bayern und Baden-Württemberg für diesen Fall mit einer Abschaltung ihrer Sender gedroht hatten. Trotz alledem erreichte der Film eine sensationelle Zuschauerzahl von 10 bis 13 Millionen, das ist eine Einschaltquote von 30-40%. Damit wurde der Film zu einem der wichtigsten Medienereignisse der BRD<sup>48</sup> - in der Öffentlichkeit wurde breit und ausführlich über ihn diskutiert. In Umfragen fühlten sich nach dem Film 80% der Zuschauerinnen und Zuschauer zu Diskussionen angeregt und 50% meinten, neue Informationen erhalten zu haben. "Holocaust" erzählt die Geschichte zweier deutscher Familien. Die eine beteiligt sich am nationalsozialistischen Projekt, die andere wird verfolgt, deportiert, ermordet, weil sie jüdisch ist. Nur ein Mitglied überlebt die Shoah. Die Tatsache, dass dieser Film im Allgemeinen als "Augenöffner" gilt, als Film, der unzähligen Deutschen "neue Informationen" gebracht habe, spricht Bände über das Verdrängen und Verschweigen in all den Jahren zuvor.<sup>49</sup>

Jedenfalls wurde sich in den Medien der BRD der achtziger Jahre immer mehr mit der eigenen Vergangenheit auseinandergesetzt. Als Beispiel sei hier der "Historikerstreit" genannt, den Ernst Nolte 1986 in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom Zaun bricht.<sup>50</sup>

Weitere Brüche in der deutschen Erinnerungskultur gab es durch die Ausstellung "Verbrechen der Wehrmacht", die seit Ende der neunziger Jahre durch deutsche und österreichische Städte tourte, und durch Daniel J. Goldhagens Buch "Hitlers willige Helfer". Jetzt wurde auch das jahrzehntelang gepflegte Bild von der "sauberen Wehrmacht" und damit hunderttausender deutscher Täter, die sich keiner Menschheitsverbrechen schuldig gemacht hätten, erschüttert. Und der Mythos, dass die meisten Gräueltaten eigentlich nur der SS zuzurechnen waren, nahm ebenfalls ernsthaften Schaden. In diese Reihe der ausführlich in den Massenmedien geführten Auseinandersetzungen gehört auch die regional gezeigte Ausstellung "Deutsche verwerten ihre Nachbarn", die dokumentiert, wie die "ganz normalen Leute" das Hab und Gut ihrer deportierten jüdischen Nachbarn günstig ersteigerten.<sup>51</sup>

Der Diskurs um die Vergangenheit ist zwar heute noch weit davon entfernt, sich ehrlich und kritisch mit der deutschen Vergangenheit auseinander zu setzen, zumindest ist aber eine gewisse Pluralisierung und ein Ende des Verschweigens und Verdrängens zu erkennen. Gerade im Bereich der Medien Film und Fernsehen gerät der deutsche Erinnerungsdiskurs dabei immer stärker unter den Einfluss universeller Tendenzen. Der Film "Schindlers Liste" beispielsweise ist ein Projekt Steven Spielbergs, das seine Ursprünge viel mehr im amerikanischen Holocaust-Diskurs hat. Trotzdem ist er wichtig für die deutsche Erinnerungskultur gewesen. Auch spielt die Shoah außerhalb Deutschlands eine ganz andere Rolle als im Land der Täter. Sie wandelt sich zu einem universellen Symbol des Bösen, das sich ganz allgemein, nicht nur in Deutschland, "nicht wiederholen dürfe". Diese Tendenz schlägt nun wieder auf den deutschen Diskurs zurück, wo nicht wenige darauf warten, den Holocaust in einer langen Reihe von Menschheitsverbrechen gleichberechtigt ein- oder gar unterzuordnen.

Und genau dieser Entwicklung sehen wir uns aktuell gegenüber. In den letzten Jahren gab es einen Schub an Fernsehreportagen und Bestseller-Romanen, die sich ein einziges Thema gesetzt haben: Die Deutschen als Opfer. Es geht um ihr Leiden, um ihr Bestehen in harten Zeiten und moralisch komplizierten Situationen. Günther Grass stellt in seinem Buch "Im Krebsgang" den Mythos um den Untergang des deutschen Flüchtlingsschiffes "Gustloff" ins Zentrum; Jörg Friedrich betreibt in seinem pathetischen Werk "Der Brand" eine heimtückische semantische Enteignung, indem der von den "Krematorien" und "Gaskammern" der deutschen Luftschutzkeller schreibt;

<sup>48</sup> Brandt, Susanne: Holocaust - redaktionell bearbeitet. Wie die Erstausstrahlung der Holocaust-Serie 1979 das deutsche Nachkriegserinnern beeinflusste. Über den Zusammenhang von Fernsehen und kollektivem Gedächtnis. In: Zeitschrift für KulturAustausch, 49.1999, H.4, S. 89-91.

<sup>49</sup> Zeitgeschichte-online, Thema: Die Fernsehserie "Holocaust" - Rückblicke auf eine "betroffene Nation". Beiträge und Materialien, März 2004, <<http://www.zeitgeschichte-online.de/md=FSHolocaust-Inhalt>>

<sup>50</sup> Mit "Historikerstreit" bezeichnet man eine intensive Auseinandersetzung in der alten Bundesrepublik der 80er Jahre, die von einem Streit zwischen Ernst Nolte und Jürgen Habermas ausgelöst wurde. Der Hauptstreitpunkt dieser Kontroverse, an der sich die führenden Intellektuellen des Landes über mehrere Monate hin beteiligten, drehte sich um die Frage, ob die nationalsozialistischen Verbrechen tatsächlich einzigartig ("singulär") sind, oder mit den stalinistischen Massenverbrechen gleich zu setzen sind.

<sup>51</sup> Literatur: Betrifft: "Aktion 3". Deutsche verwerten jüdische Nachbarn. Dokumente zur Arierisierung. Ausgewählt und kommentiert von Wolfgang Dreßen. Aufbau-Verlag, Berlin 1998. Dazu auch ein Artikel in der Jungle World 7/99: <[http://www.nadir.org/nadir/periodika/jungle\\_world/\\_99/07/16a.htm](http://www.nadir.org/nadir/periodika/jungle_world/_99/07/16a.htm)> und die Rezension im Newsletter zur Geschichte und Wirkung des Holocaust, Nr. 23/ 2002 <<http://www.fritz-bauer-institut.de/rezensionen/nl23/meinl.htm>>. Eine weitere Ausstellung zum Thema wurde vom Fritz-Bauer-Institut erarbeitet: Legalisierter Raub. Der Fiskus und die Ausplünderung der Juden in Hessen 1933-1945 <<http://www.fritz-bauer-institut.de/ausstellungen/legalisierterraub.htm>>





Bernhard Schlink geht es in "Der Vorleser" um die verbreitete Mär vom schuldlos schuldig Werden während der Nazizeit; und Ulla Hahn lässt ihren Wehrmachtssoldaten Musbach gleich viermal ent-schulden: Auf einem Foto ist zwar abgebildet, wie er einen Gefangenen erschießt - ABER: er hat danebengeschossen, er wurde dabei ohnmächtig, er erschlug nach dem Aufwachen den SS-Mann, der ihm den Befehl gegeben hatte, als dieser gerade eine Partisanin vergewaltigen wollte, und brannte mit dieser dann - als Liebespaar - durch, und: nach dem Krieg hat er als Lehrer versucht, den deutschen Kindern beizubringen, dass sich der Nationalsozialismus nicht wiederholen solle.

Zwar gibt es auch Bücher, die andere Töne anstimmen, aber der hörbare Teil des derzeitigen Opferdiskurses singt davon, Redetabus über deutsches Leiden zu durchbrechen, die nachweislich nie bestanden haben. Dabei wird ein Diskurs fortgesetzt, in dem man über die Täter und ihre Taten möglichst nur "unscharfe Bilder" (Ulla Hahn) sehen möchte und einfordert, doch jetzt auch mal über die Traumatisierungen der deutschen Bevölkerung zu reden. Wo dabei keine Umkehrung von Täter- und Opferrolle stattfindet, geht es zumindest um die Versöhnung mit der Vergangenheit und ihren Akteurinnen und Akteuren, denen doch Friede gegönnt sein solle, wo doch schon so viel Wiedergutmachung und Sühne geleistet worden sei.

### ***Bann der Bilder, Wahn der Wahrheit***

"Die einzigen Versionen der NS-Zeit sind die Bilder, die es auf den Schirm geschafft haben"<sup>52</sup>. Kollektive Erinnerungen und durch sie die individuellen Erinnerungen sind meistens von Bildern geprägt. Seien es Fotos, seien es Erzählungen, seien es Filmbilder. Dem Bild wird die größte Macht zugeschrieben, sich ins Gedächtnis einzugraben. An dieser Stelle wird die Bedeutung der Medien für die Erinnerung deutlich. Denn woher haben wir unsere Bilder von der Vergangenheit, die wir nicht selbst erlebt haben? - Aus dem Fernsehen, aus Filmen, von Fotos, aus Romanen. Die psychologische Gedächtnisforschung ist sich heute sicher, dass bei der Erinnerung von Erlebnissen die Gefühle entscheidend sind, mit denen das zu Erinnernde aufgenommen wurde. Einige gehen sogar soweit, die Gefühle, nicht das Ereignis würden erinnert. Da die (massen-)medial vermittelten Bilder selbst schon aufgrund ihrer Emotionalität dafür ausgesucht werden, es "auf den zu Schirm zu schaffen", verstärkt sich der mediale Anteil an dem, was wir erinnern, nochmals.

Und es geht nicht nur um die Emotionalität von Bildern: das Bild erscheint am meisten *glaubwürdig*. Bei der Beschäftigung mit der Vergangenheit spielt die Authentizität eine beinahe kultische Rolle. Die Überlieferung, der Zeitzeuge oder das Relikt sollen so authentisch wie möglich sein - wobei immer davon ausgegangen wird, dass es eine historische Wahrheit geben müsse. Dieser unverrückbaren Wahrheit könne sich die Erinnerung immer nur mehr oder weniger annähern. Vergessen wird dabei, dass auch die als authentisch geltenden Bilder bereits immer auf irgendeine Art gestellt, konstruiert sind: der Fotograf wählt eine bestimmte Situation aus, einen bestimmten Standpunkt, die Menschen auf dem Foto reagieren auf die Anwesenheit des Fotografen und auf das vermutete Publikum des zukünftigen Bildes, kurz: der Akt des Fotografierens verändert bereits den Ausschnitt der Welt, der abgebildet werden soll.<sup>53</sup>

Ein weiteres Problem ist die Quellenlage bei Bildern aus dem Nationalsozialismus. In den meisten Fällen ist nur Material vorhanden, das die Täter aufgenommen haben: Wehrmachtssoldaten, Propagandakompanie, SS-Wächter oder Ghetto-Verwalter. Dass diese bei ihren Foto- und Filmaufnahmen immer nur den Blickwinkel der Täter repräsentieren, ist klar. So besteht bei Verwendung dieses Materials immer die große Gefahr, die Opfer ein weiteres Mal zu entwürdigen. Und selbst die Täter durften nicht überall und alles dokumentieren. Gerade der Prozess der Vernichtung unterlag einem strengen Bilderverbot - weshalb es auch keine Filme aus den Gaskammern gibt. Hätten die Deutschen genügend Zeit gehabt, wären nicht nur die Konzentrationslager eingeebnet und die an der Einäscherung der Ermordeten beteiligten Häftlings-Sonderkommandos ihrerseits getötet gewesen. Es würde auch kaum irgendwelche Aufnahmen vom Zustand in den Lagern geben. Die meisten dieser Dokumente entstanden nach der Befreiung durch alliierte Soldaten.

Gänzlich unberührt ist bis hierher die Frage geblieben, inwieweit die Shoah überhaupt medial dargestellt werden kann. Exemplarisch für diese (lange) Debatte stehen die beiden Filme "Shoah" von Claude Lanzmann und Steven Spielbergs "Schindlers Liste". Im ersten, einem über neunstündigen Film, lässt Lanzmann Überlebende der deutschen Judenvernichtung zu Wort kommen, getrennt von diesen aber auch die Täter. Er verzichtet gänzlich auf "dokumentarisches" Material, auf Bilder, auf Analyse und Musik. Sein Ziel ist es, den Vorgang der Erinnerung zu zeigen, und diese wiederum in Erinnerung zu halten. "Bilder töten die Imagination", so Lanzmann.<sup>54</sup> Ganz im

<sup>52</sup> Insdorf, Annette: *Indelible Shadows. Film and the Holocaust*. Cambridge: Cambridge University Press 1989. S. Xvii.

<sup>53</sup> Koch, Gertrud: *Film, Fernsehen und neue Medien*. In: Knigge, Volkhart / Frei, Norbert (Hg.): *Verbrechen erinnern. Die Auseinandersetzung mit Holocaust und Völkermord*. München: Beck 2002, S 412-422.

<sup>54</sup> Lanzmann, Claude: *Ihr sollt nicht weinen. Einspruch gegen Schindlers Liste*. In: FAZ, 5.3.1994.



Gegensatz dazu hat Spielberg sich für die Bilder entschieden und sich damit dem Vorwurf der Trivialisierung ausgesetzt, wie schon die "Holocaust"- Serie.

### ***In Konventionen gefangen***

Mediale Darstellungen der Vergangenheit bleiben (fast) immer in ihren Konventionen gefangen. Untersuchungen deutscher Nachkriegsfilme<sup>55</sup> machen deutlich, dass daraus durchaus unangenehme Konsequenzen erwachsen. Der konventionelle Anspruch an fiktionale Filme, die ZuschauerInnen müssten sich immer mit HeldInnen identifizieren können, führt dazu, dass die Hauptpersonen immer irgendwie menschlich verständlich handeln - selbst wenn sie zu den TäterInnen gehören. Oder dazu, dass sowieso meistens nur WiderstandskämpferInnen als Hauptfiguren agieren. Wahrscheinlich ist diese Dominanz widerständiger Deutscher im deutschen Film über die Nazizeit auch ein Grund dafür, dass die Mehrheit in den Familien denkt, ihre Eltern und Großeltern wären keine Nazis gewesen, hätten dagegen sogar auf irgendeine Art Widerstand geleistet.<sup>56</sup> Auch die typischen Erzählstrukturen wie "Einzelheld/ Einzelheldin", "Widerstand gegen eine Übermacht", "unschlagbarer Wille" oder "Märtyrertum" führen zu einer kollektiven Erinnerung, die mit den historischen Fakten nicht mehr viel zu tun haben.

### ***Gute und böse Absichten***

Hier soll nun nicht der Eindruck entstehen, allein dramaturgische Konventionen seien für Entschuldungs- und Verdrängungsmuster in deutschen Medien verantwortlich. Mitnichten. Vielmehr spielen bewusste und unbewusste Motive, gute und böse Absichten, philo- und antisemitische Ressentiments eine tragende Rolle. In R. W. Fassbinders Film über die Nazizeit "Lily Marleen" beispielsweise werden Juden nur als reiche, unsympathische Leute, die sich immer freikaufen konnten, wenn sie wollten, dargestellt. Die Bilder von den Deutschen als Opfer dagegen werden bedient, in dem ganz melodramatisch "6 Millionen" (!) deutsche Soldaten der Filmheldin Willie bei ihrem Song zuhören und traurig werden. Generell tendieren deutsche Filme über das "Dritte Reich" dazu, nicht nur den Holocaust, sondern teilweise auch den Nationalsozialismus auszublenden. Die Nazis sind immer die anderen - dämonisierte, böse, beinahe außerirdische Gestalten, zu denen die dargestellten guten Deutschen eigentlich nie dazugehörten. Die ZuschauerInnen können bequeme Distanz wahren und ihr Gedächtnis mit Bildern von anständigen Deutschen in schwierigen Zeiten füllen, die tapfer und ehrbar ihre Bürde trugen.

Auch in der Kinder- und Jugendliteratur finden sich schon vor der oben beschriebenen heutigen Lage düstere Zustände. Eine Studie<sup>57</sup>, die die bis 1986 erschienenen Titel untersuchte, fand, dass sich gerade 0,1% von diesen überhaupt mit dem Nationalsozialismus beschäftigte, von diesen wiederum nur die Hälfte auch aus Deutschland stammte. Bis 1980 beschäftigten sich die NS-bezogenen Bücher mit folgenden Themen: Flucht der Deutschen 50%, Krieg 14%, Jugend im NS 10%, Judenverfolgung 9%, Widerstand 8%. Eine andere Untersuchung<sup>58</sup> beschränkte sich auf geschichtliche Mainstream-Jugendliteratur. In dieser wurden meist untypische Ereignisse wie Widerstand oder Hilfe für Jüdinnen und Juden behandelt, während die Verfolgung der jüdischen Bevölkerung immer mit der Deportation aufhörte: Es gab in diesen Büchern weder KZs noch Vernichtung. Auch NS-UnterstützerInnen kamen kaum vor - und wenn, dann nur in Form von extrem negativen, monster-ähnlichen Gestalten. Die Hauptfiguren dagegen waren ausnahmslos gegen die Nazis und handelten entsprechend. Doch es gibt darüber hinaus auch noch antisemitische Zuschreibungen in diesen Büchern, etwa das Stereotyp, dass die jüdischen Familien die reicheren sind als die deutschen. Teilweise wird sogar das körperliche Stereotyp vom kleinwüchsigen Juden mit dunklen Haaren wiederholt, ja selbst die krumme Nase taucht auf... "Nach der deutschen Kinder- und Jugendliteratur hatten die Juden in Deutschland nicht nur viele Freunde, sondern zu viele Freunde. Alle waren mit ihnen befreundet und wollten ihnen helfen. Es war nur Hitler, der die Juden "nicht leiden" konnte." (ebenda, S.106)

Ähnliche Stereotype lassen sich auch in tagesaktuellen Medien ausmachen. Eine Studie aus Österreich<sup>59</sup> untersuchte ausgewählte führende Tageszeitungen von 1945-1995 auf das gängige Bild von der "Wehrmacht als sauber kämpfender Truppe", die (ebenso wie in ihrem Selbstbild die ÖsterreicherInnen) nur "mit hineingezogen" wurde in den Nationalsozialismus. Mit einer Vielzahl von Mitteln wurden in den Zeitungen die Opferrolle der Wehrmachtsoldaten und ihr vermeintlich ritterlich fairer Kampf konstruiert. Es wurde relativiert ("Versailles ist schuld, Hitler

<sup>55</sup> Reimer, Robert C. / Reimer, Carol C.: Nazi-Retro Film. How German Narrative Cinema remembers the Past. New York: Twayne Publishers 1992; Insdorf, Annette: Indelible Shadows.

<sup>56</sup> siehe Welzer, Harald/ Moller, S./ Tschuggnall, K.: "Opa war kein Nazi". Nationalsozialismus und Holocaust im Familiengedächtnis. Frankfurt/M.: Fischer 2002.

<sup>57</sup> Dahrendorf, Malte: Die Darstellung des Holocaust in der westdeutschen Kinder- und Jugendliteratur. In: Antisemitismus und Holocaust. Ihre Darstellung und Verarbeitung in der deutschen Kinder- und Jugendliteratur. Oldenburg 1988, [=Katalog zur Ausstellung im Rahmen der 14.Oldenburger Kinder- und Jugendbuchmesse 1988 im Stadtmuseum Oldenburg], S. 83-96.

<sup>58</sup> Shavit, Zohar: Gesellschaftliches Bewußtsein und literarische Stereotypen, oder: Wie Nationalsozialismus und Holocaust in der deutschen Kinder- und Jugendliteratur behandelt werden. In: Antisemitismus und Holocaust, S.97-107.

<sup>59</sup> Alexander Pollak: Zwischen Erinnerung und Tabu - Die diskursive Konstruktion des Mythos von der "sauberen Wehrmacht" in den österreichischen Medien nach 1945. In: Folia Linguistica XXXV/1-2, Berlin 2001, S. 131-156.



wollte nur einem Angriff der Sowjetunion zuvorkommen, der Partisanenkrieg war erst der Auslöser deutscher Gräueltaten, in den Gulags starben auch viele..."); sprachliche Abschwächungen und Verstärkungen unterstrichen die Konstruktion (für deutsche/österreichische Aktivitäten subjektlose Passivkonstruktionen und neutrale Attribute - für alliierte Aktionen dagegen emotionale Beschreibungen wie "abschlachten"); es gab Tabuthemen (Vernichtung, Zusammenarbeit SS und Wehrmacht, Freiwilligkeit) und es wurde genau ausgewählt, wer reden durfte (jüdische und andere KZ-Überlebende kamen nicht zu Wort, dafür oft die "Heimkehrer").

Die Motive hinter all diesen Strategien sind relativ klar: Deutsche bzw. Österreicher wollen sich und ihre Vorfahren von der Schuld der nationalsozialistischen Verbrechen befreien und / oder am besten gar nicht mehr an diese Vergangenheit erinnert werden.

### ***Macht, Medien, Erinnerung***

Der Zusammenhang zwischen Medien und Erinnerungsdiskurs ist weder eine Einbahnstraße noch überhaupt mit einer simplen Ursache-Wirkungs-Beschreibung zu erfassen. Auch ist er nicht auf diese beiden Pole beschränkt. Denn beide hängen gleichzeitig mit den Machtverhältnissen in der Gesellschaft zusammen. Gesellschaftliche Gruppen und Institutionen versuchen, ihre Existenz, ihre Identität und ihre Macht über eine jeweils passende Erinnerung zu legitimieren. Die Vergangenheit ist immer an den Interessen der Gegenwart ausgerichtet. Das heißt, die aktuellen Bedürfnisse gesellschaftlicher Gruppen und Institutionen bestimmen, wie Geschichte konstruiert und ausgelegt wird. Somit ist die historische Wahrheit immer abhängig von den an die Fakten gestellten Fragen. Und auch der Erinnerungsdiskurs ist abhängig von den aktuellen Interessen und Bedürfnissen gesellschaftlicher Gruppen und Institutionen.

Die hier besprochenen Medien stehen dabei an einem Ort, der ihrem Namen gerecht wird: dazwischen. Sie bilden mit der Erinnerungskultur und den aktuellen gesellschaftlichen Interessen einen Zusammenhang der gegenseitigen Abhängigkeit. Wie sieht das konkret aus?

Gesellschaftliche Gruppen und Institutionen haben bestimmte aktuelle Interessen. Aus diesen folgen bestimmte Ansprüche an ein Bild der Vergangenheit. Diese Ansprüche wiederum sorgen für eine bestimmte mediale Vermittlung dieses Vergangenheitsbilds und prägen dadurch die kollektive Erinnerung (oder einen Teil von ihr). Diese kollektive Erinnerung nun wird von einer bestimmten Gruppe von Menschen in der Gesellschaft geteilt, sie werden mit ihr sozialisiert, nehmen sie in ihre individuelle Erinnerung, also ihr Geschichtsbild auf. Und diese Menschen schließlich sind selber wieder aktiv in der Formulierung und Verfolgung von aktuellen Interessen - innerhalb bestimmter Gruppen oder Institutionen. Womit sich der Kreis schließt. Um den ganzen Zusammenhang noch komplexer zu machen, sei noch darauf hingewiesen, dass sowohl die AkteurInnen innerhalb der Medien-Institutionen noch ihre eigenen Interessen verfolgen, als auch die Medien die gesellschaftlichen Gruppen und Institutionen beeinflussen. Und nicht zuletzt sind auch die MedienakteurInnen von einer bestimmten Erinnerungskultur geprägt. Also: *Die in der Gegenwart medial konstruierte Vergangenheit konstruiert die Gegenwart.*

Das alles ist ziemlich kompliziert, deshalb braucht es Beispiele: Der bayrische Rundfunk und die südwestdeutschen Sender wollten die Ausstrahlung von "Holocaust" verhindern. Bekanntermaßen sind die öffentlich-rechtlichen Sender keineswegs so politikfern, wie sie und die Politik gern behaupten. Es zeigt sich an diesem Verhalten also deutlich der Versuch der bayrischen und baden-württembergischen Landespolitik, diesen bedeutenden Umbruch in der deutschen Erinnerungskultur, nämlich eine weite Teile der Bevölkerung erreichende Personifizierung der deutschen Untaten durch eine verfilmte Geschichte, abzuwenden. Zu ihrer Motivation liegt keine empirische Analyse vor, ich darf jedoch mit hinreichender Wahrscheinlichkeit annehmen, dass es hier um die Fortsetzung der Verdrängung, des Schweigens über die TäterInnen und ihre Taten und vor allem um eine Vermeidung einer erneuten Diskussion um deutsche Schuld ging.

Andererseits waren bei den Sendern, die die Ausstrahlung der Serie vorantrieben, vornehmlich dem WDR, ebenfalls politische Interessen im Spiel. In Kooperation mit der Bundeszentrale für politische Bildung sollte erreicht werden, der Öffentlichkeit ihre (vorhandenen) Wissenslücken zum Holocaust nachzuweisen und die Nachfrage nach Bildung und Information anzukurbeln. Außerdem sollte eine öffentliche Diskussion über die Verbrechen der Deutschen im "Dritten Reich" angestoßen werden, unter anderem, da es Bestrebungen gab, die anstehende Verjährungsfrist für Kriegsverbrechen aufzuheben. Nicht zufällig wurde in der vorher und nachher durchgeführten ZuschauerInnenbefragung auch die Frage gestellt, ob die Interviewten eine weitere Verfolgung von Kriegsverbrechen und Verbrechen des Nationalsozialismus bejahen würden. Die Zustimmung stieg durch die Sendung von 15 auf 39% bzw. von 33 auf 50%.<sup>60</sup>

<sup>60</sup> Brandt, Susanne: Holocaust - redaktionell bearbeitet, S.90



Und es wurde noch weiter Einfluss auf die kollektive Erinnerung genommen. In der internationalen Version endet die Serie positiv: Der letzte Überlebende der Familie Weiss beteiligt sich nach der Befreiung von Theresienstadt am heimlichen Transport jüdischer Kinder nach Palästina - ein Schluss, der den Zusammenhang von Shoah und Israels Staatsgründung stark macht. In der deutschen Version jedoch wurden diese letzten sieben Minuten des Films weggelassen. Es bleiben keine positiven Visionen von Rettung und Neuanfang für die überlebenden Opfer als Schlusssatz stehen. Am Ende stehen stattdessen die Sätze eines Mitglieds der deutschen Täterfamilie zur Schuld, die sie auf sich geladen hat.

All diese Prozesse sollen nun keinesfalls als böse, normverletzende Ausnahmen gelten. Dies ist vielmehr die Art und Weise, in der - grob beschrieben - das Zusammenspiel von Erinnerung und Medien in komplexen modernen Gesellschaften funktioniert. Wie schon erwähnt, existiert eine wahre kollektive Erinnerung nicht. Kollektive Erinnerung ist immer umstritten und deshalb immer politisch.<sup>61</sup>

Linktipps

## Praxisprojekte

### 9. Das Projekt Shoa.de

*Vorstellung von Stefan Mannes, shoa.de*

Die Themenkomplexe Holocaust und Antisemitismus kämpfen seit jeher mit Mythen und Fehlinformationen, die eng verknüpft sind mit Rechtsextremismus und Revisionismus. Mit der zunehmenden Bedeutung des Internets als Informations- und Kommunikationsmedium werden zudem die traditionellen Informationsquellen in den Hintergrund gedrängt. Politisch-historisch interessierte Jugendliche und Erwachsene benötigen deshalb ein zeitgemäßes Informationsmedium, das wissenschaftlich fundierte Daten auch für Laien verfügbar macht.

Vor diesem Hintergrund erfolgte die Gründung des Arbeitskreis Shoa.de im Jahr 1996 durch eine Gruppe von Studenten und Studentinnen der Geschichte, welche früh das Potenzial des Internets als didaktisches Medium erkannten. Seitdem hat sich das Projekt mit über 120.000 Seitenaufrufen pro Monat als größtes deutschsprachiges Internetportal zur nationalsozialistischen Vernichtungspolitik und der Auseinandersetzung mit ihren Folgen bis in die Gegenwart etabliert.

Eine allgemeinverständliche und zugleich medienadäquate Aufbereitung der Themen Holocaust, Antisemitismus und Drittes Reich ist im Internet schwer zu finden. Shoa.de wendet sich deshalb an interessierte Menschen, um ihnen mit seriösen Inhalten eine Alternative zu den oft tendenziösen und sehr lückenhaften Internetangeboten zu diesem Themenkreis anzubieten. Das Projekt bereitet historische Inhalte zielgruppen- und mediengerecht auf, bietet didaktische Zugänge an und lädt darüber hinaus zur redaktionellen Mitarbeit ein.

Das inhaltliche Angebot von Shoa.de konzentriert sich auf vier Bereiche:

#### *Redaktionelle Artikel*

Derzeit sind über 120 Artikel, Aufsätze und Rezensionen verfügbar, die über allgemeine und spezielle Themenbereiche informieren und Ansatzpunkte und Anreize zu weiterer Auseinandersetzung geben. Die Inhalte werden ausnahmslos ehrenamtlich von Fachautorinnen und -autoren aus den Bereichen historische und politische Wissenschaft, Journalismus, Soziologie und Psychologie erarbeitet und für das Projekt zur Verfügung gestellt.

#### *Linkkatalog*

Der Shoa.de Linkkatalog ist eine umfangreiche Sammlung von Internetressourcen, die von historischen Quellen bis zu Projekten gegen Rechtsextremismus reichen. Die Inhalte werden nach wissenschaftlichen-didaktischen Kriterien ausgewählt und kategorisiert, regelmäßig ergänzt und aktualisiert. Mit derzeit über 200 Links ist der Katalog eines der bedeutendsten historischen Verzeichnisse im Internet.

---

<sup>61</sup> Saar, Martin: Wem gehört das kollektive Gedächtnis? Ein sozialhistorischer Ausblick auf Kultur, Multikulturalismus und Erinnerung. In: Echterhoff, Gerald/ Saar, Martin (Hg.): Kontexte und Kulturen der Erinnerung. Maurice Halbwachs und das Paradigma des sozialen Gedächtnisses. Konstanz: UVK 2002, S.267-278





### *Diskussionsforum*

Das Diskussionsforum von Shoa.de wird zusammen mit der Schweizer Initiative "Aktion Kinder des Holocaust" (AKdH) betreut und hat sich als eines der erfolgreichsten Fachforen seiner Art etabliert. Es unterscheidet sich von anderen Angeboten durch eine interdisziplinäre Expertenrunde aus Historikern, Politologen und Sachverständigen für Rechtsextremismusprävention, die das Forum inhaltlich moderieren und Fragen der Benutzer beantworten. Neben historischen Themen wird explizit auf aktuelle gesellschaftliche Probleme wie Antisemitismus, Rassismus und Rechtsextremismus eingegangen, um besonders auch Jugendlichen als kompetenter Ansprechpartner zur Verfügung zu stehen.

### *Newsletter*

Der monatlich erscheinende Email-Newsletter weist nicht nur auf neue Artikel auf Shoa.de hin, sondern bietet auch einen umfangreichen Pressespiegel sowie eine Übersicht über aktuelle Literatur. Mit über 20.000 Abonnenten bietet Shoa.de auch anderen Projekten redaktionellen Raum und publizistische Reichweite, um auf ihr Anliegen aufmerksam zu machen.

### **Möglichkeiten der Partizipation**

Das Projekt Shoa.de basiert auf der Idee zivilgesellschaftlicher Partizipation. Menschen können aus der Geschichte für die Zukunft lernen. Dies kann nicht nur in Universitäten, Gedenkstätten und Schulen stattfinden, sondern jeder einzelne Bürger ist aufgerufen, sich im Rahmen seiner Möglichkeiten mit den Themen auseinander zu setzen und mitzuhelfen, dass die Geschehnisse nicht vergessen werden.

Als Bürgerinitiative laden wir deshalb explizit unsere Besucher ein, aktiv an unserem Projekt mitzuarbeiten. Das Engagement reicht dabei von Fachwissenschaftlern bis zum Auszubildenden. Ersteren bieten wir mit Shoa.de eine einzigartige Plattform, um ein breites Publikum zu erreichen, letztere erhalten die Möglichkeit einer Mitarbeit, die sich in dieser Form an Universitäten oder Gedenkstätten nicht findet lässt.

Gerade bei Jugendlichen zeigt sich hier ein überdurchschnittliches Engagement und Interesse. Trotz der viel beschworenen "PISA-Misere" und der vorgeblich apolitischen Haltung junger Menschen, sind unsere Erfahrungen äußerst positiv. Die Anlässe fallen dabei vielfältig aus: die Behandlung des Themas in der Schule, der Besuch einer KZ-Gedenkstätte, die Berichte der Großeltern, eine Fernsehdokumentation, Spielfilme oder die Konfrontation mit antisemitischen oder rechtsextremen Äußerungen von Gleichaltrigen. Eine Vielzahl von Emails erreicht uns dazu jeden Monat. Im Dialog geben wir konkrete Hilfestellung zur Argumentation gegen Antisemitismus und Rechtsextremismus, bieten die Möglichkeit erste Erfahrungen beim Verfassen von Erlebnisberichten und Artikeln zu sammeln, Recherchen durchzuführen und sich in Diskussionen zu üben.

### **Der nächste Schritt - Relaunch von Shoa.de**

Um den gewachsenen inhaltlichen und technischen Anforderungen an Shoa.de gerecht zu werden, wird ab Herbst 2004 ein Relaunch des Portals erfolgen. Auch hier bieten wir jungen Menschen Raum zur aktiven Beteiligung. Ein Studententeam der Berliner L4 Akademie für neue Medien wird den Relaunch als ihr Diplomprojekt realisieren.

Die Inhalte werden qualitativ und quantitativ erweitert, z.B. durch den Einsatz von multimedialen Zeitzeugenberichten. Weiterhin soll eine verstärkte Betonung des Networking Charakters durch Erweiterung des Forums, des Linkkataloges und durch den Einsatz von moderierten Themenchats erreicht werden. Zahlreiche Zuschriften haben gezeigt, dass gerade die Hauptzielgruppe der 16- bis 30-Jährigen hier besondere Bedürfnisse hat.

Interessentinnen und Interessenten sind herzlich eingeladen, sich zu beteiligen und mit uns Kontakt aufzunehmen.

### **Kontakt**

Arbeitskreis Shoa.de e.V.  
Stefan Mannes  
Choriner Str. 23  
10435 Berlin

Tel.: +49 (0)30-484 939 31  
Fax: +49 (0)30-440 323 29  
eMail: mannes.s@shoa.de  
Internet: <www.shoa.de>



## 10. BildungsBausteine gegen Antisemitismus

*Ein Projekt des Bildungsteam Berlin-Brandenburg e.V. in Kooperation mit dem Verein Tacheles Reden!*

### Das Thema - Antisemitismus

Antisemitismus wurde sowohl im öffentlichen Bewusstsein als auch in der politischen Bildungsarbeit lange Zeit nur im Kontext nationalsozialistischer Geschichte, als Teilaspekt rechtsextremistischer Orientierungen oder als Erscheinungsform von Rassismus wahrgenommen und bearbeitet.

Antisemitismus umfasst jedoch wesentlich mehr als "nur" Vorurteile gegen Juden und Jüdinnen. Er dient als weltumfassende Erklärung, in der unverstandene gesellschaftliche Phänomene, Krisen und Umbrüche vor allem durch Verschwörungstheorien oder mit Hilfe tradierter Feindbilder gedeutet werden. Hierbei werden antijüdische Stereotype reproduziert, Juden und Jüdinnen als "Abstammungskollektiv" betrachtet und nicht zuletzt werden in Erscheinungsformen des sekundären Antisemitismus Schuldzuweisungen im Kontext gesellschaftlicher Phänomene auf Juden und Jüdinnen projiziert, bzw. auf politisch-internationaler Ebene Israel angelastet.

### Das Projekt - BildungsBausteine gegen Antisemitismus

Das Projekt BildungsBausteine gegen Antisemitismus existiert seit 2002. Das Kooperationsprojekt der beiden bildungspolitischen Träger Bildungsteam Berlin-Brandenburg e.V. und Tacheles Reden! e.V., wird von entimon gefördert und ist im Stadtteil Kreuzberg in Berlin ansässig. Seminare und Fortbildungen werden bundesweit beworben und durchgeführt; Schwerpunkte der Jugend- und Erwachsenenarbeit bilden jedoch Kooperationen und Partnerschaften mit Berliner und Brandenburger Projekten und Trägern.

Die Konzepte der Seminare und Fortbildungen für Erwachsene und Jugendliche setzen an deren Kenntnisstand und Bedürfnissen an und versuchen eine Leerstelle in der politischen Bildungslandschaft zu füllen, indem sie explizit Antisemitismus und dessen aktuelle Erscheinungsformen mit unterschiedlichen Methoden in den Mittelpunkt der Seminare stellen.

Auf der Grundlage regelmäßiger Evaluation des methodisch-didaktischen Materials, welches für die Seminare entwickelt wird, entsteht eine pädagogische Handreichung, die Ende des Jahres 2005 für interessierte pädagogische Fachkräfte und Multiplikatorinnen und Multiplikatoren als Arbeitsmaterial zur Verfügung stehen soll.

### Die Seminare und Fortbildungen

Das Projekt bietet Seminare für Schülerinnen und Schüler und Auszubildende sowie Fortbildungen für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren der Jugend- und Erwachsenenbildung und Lehrerinnen und Lehrer an. Mit Hilfe unterschiedlichster pädagogischer Methoden und Materialien sollen die Teilnehmenden für das Thema Antisemitismus sensibilisiert werden. Darüber hinaus werden Handlungsstrategien gegen antisemitische Äußerungen entwickelt.

### Inhalte und Methoden

Die Inhalte und Themen der Seminare sind vielfältig, im Mittelpunkt steht jedoch zunächst die Sensibilisierung für Antisemitismus sowie die Erarbeitung einer Arbeitsdefinition als Grundlage der Zusammenarbeit. Darüber hinaus werden mit Hilfe diverser Methoden Ursprünge, Erscheinungsformen und Funktionsweisen von Antisemitismus thematisiert und kreativ bearbeitet. Anhand von konkreten Übungen wird die Funktionsweise von Verschwörungstheorien erarbeitet, die Rolle und Funktion von Medien im Prozess der Meinungs- und Vorurteilsbildung untersucht und mit Hilfe von Filmen Themen wie jüdische, nicht-jüdische Identität(en) aber auch die Wahrnehmung von eigenen und anderen Lebensrealitäten und Einstellungen thematisiert. Biographisches und selbst-reflexives Arbeiten bezieht die Teilnehmenden selbst sowie ihre Lebensgeschichte und -erfahrungen mit ein.

Aus bisherigen Seminarerfahrungen wurde deutlich, dass der israelisch-palästinensische Konflikt stets thematisiert und kontrovers diskutiert wird. Als emotional besetztes Thema dient der Konflikt nicht selten als Projektionsfläche für eine nicht aufgearbeitete (deutsche) Geschichte. In Diskussionen scheinen der Konflikt selbst und seine große Komplexität im Mittelpunkt zu stehen, aber tatsächlich geht es oft um Interpretationen. So wird Israel mit Judentum gleich gesetzt, Juden und Jüdinnen "mutieren" zu Israelis und Kritik an der israelischen Regierung bedient sich antisemitischer Stereotype indem "Israel" kritisiert wird. In einer Einheit zum Thema Antisemitismus und Nahostkonflikt beschäftigt sich das Projekt mit der zentralen Frage, was Antisemitismus mit dem israelisch-palästinensischen Konflikt zu tun haben kann, und dass ein differenzierter Blick auf die Problematik von Nöten ist.

### Kontakt

In Absprache mit den Teamerinnen und Teamern des Projektes können inhaltliche und methodische Schwerpunkte und Wünsche zur Erarbeitung bestimmter Themen im Vorfeld der Seminare geklärt werden. Falls Fragen zum Projekt oder Interesse an einer Teilnahme an einem Seminare besteht, kann mit dem Bildungsteam Kontakt aufgenommen werden:

**Anke Heiser und Karin Joggerst**

eMail: as-bausteine@bildungsteam.de

**Kirsten Döhring**

eMail: bausteine@tacheles-reden.de

Tel.: 030-695 17 600

Fax: 030-695 17 601

Oder persönlich im Büro, Glogauer Str. 21, HH 4. Stock, 10999 Berlin

**Weitere Informationen im Internet:**Bildungsteam Berlin-Brandenburg e.V. <<http://www.bildungsteam.de>>Tacheles Reden! <<http://www.tacheles-reden.de>>

## 11. Stolpersteine

Das Projekt Stolpersteine des Künstlers Gunter Demnig existiert bereits seit 1992. Es kann als Gegenentwurf zu monumentalen Mahnmälern gesehen werden. Im Gegensatz zu zentralen Bauten oder Denkmälern, können die Stolpersteine im Alltag nur schwer ignoriert werden. Demnig versteht die Gedenksteine als "zentrale und dezentrale Skulpturen", mit denen er das Gedenken in den Nachbarschaften stattfinden lassen möchte. Jeder Stolperstein wird einzeln gefertigt und verlegt. Er wird aus Beton gegossen und trägt an der Oberseite eine 10 mal 10 Zentimeter große Messingtafel. Vor den ehemaligen Wohnhäusern werden sie in den Gehweg eingesetzt mit der Inschrift 'Hier wohnte' und Namen, Geburtsdaten und das weitere Schicksal jedes einzelnen Menschen versehen. Mit dem Projekt wird der Menschen gedacht, die durch die Deutschen im Nationalsozialismus verfolgt und ermordet wurden; Jüdinnen und Juden, Sinti und Roma, Kommunistinnen und Kommunisten, Schwule und Lesben und auch Opfer von Euthanasie.

Unüberschbar, aber nicht überwältigend sollen sie sein. Die Steine, die nur im symbolischen Sinn zum Stolpern gedacht sind. "Stolpern heißt auch darauf stoßen", sagt Demnig, der inzwischen schon über 3.500 Steine in über 40 Städten verlegt hat. Jeder dieser Steine wird über eine Patenschaft in Höhe von je 95€ finanziert. Aber nicht überall stößt das Engagement gegen das Vergessen auf Unterstützung. Nicht nur dass der Weg durch die Behörden mühsam ist (in Köln dauerte das Genehmigungsverfahren drei Jahre), manche Städte lehnen die Stolpersteine, die sich auf öffentlichen Gehwegen befinden, ganz ab. Beispielsweise wurde in Leipzig argumentiert, das Projekt erinnere an den Walk of Fame in Los Angeles. Ein Vergleich, der verwundert. Andere haben eine Stigmatisierung der heutigen Bewohnerinnen und Bewohner befürchtet oder die Traumatisierung der Angehörigen der Täterinnen und Täter. Auf der anderen Seite steht die häufig große Unterstützung für die Erinnerungsmale, die weiter geht als zur Übernahme einer Patenschaft. Zum Beispiel wurden in Leverkusen und Duisburg die Verlegung von Stolpersteinen von Schulprojekten begleitet. Arbeitsgemeinschaften oder Klassen setzten sich mit der NS-Zeit in ihrer Nachbarschaft auseinander, recherchieren Namen und Wohnorte von Deportierten und erstellen eigene Projektdokumentationen<sup>62</sup>. Der Gedanke der Stolpersteine beschränkt sich nicht nur auf Deutschland. Es wurden bereits Kontakte z.B. nach Warschau, Wien und Budapest geknüpft, um die Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus an ihren Wohnorten europaweit zu bewahren.

Mehr Informationen zu Gunter Demnig und seinem Projekt unter <[www.stolpersteine.com](http://www.stolpersteine.com)>

**Kontakt:**

Gunter Demnig

Tel. + Fax: 0221/251489

E-mail: [gunter.demnig@stolpersteine.com](mailto:gunter.demnig@stolpersteine.com)**Literatur:**

Zum gleichen Thema gibt es ein Buch von der Autorin Kirsten Serup-Bilfeldt, die in ihrer Veröffentlichung dem Schicksal von 11 deportierten Menschen in Köln nachgegangen ist.

Kirsten Serup-Bilfeldt: Stolpersteine. Vergessene Namen, verwehte Spuren. Wegweiser zu Kölner Schicksalen in der NS-Zeit. Köln 2003, 8,90 €.

---

<sup>62</sup> Beispielsweise das Schulprojekt "Hier wohnten sie..." von Schülerinnen des Jahrgangs 11 am Sophie-Scholl-Berufskolleg in Duisburg <[http://www.exil-archiv.de/html/themen/stolpersteine/stolpersteine\\_duisburg.htm](http://www.exil-archiv.de/html/themen/stolpersteine/stolpersteine_duisburg.htm)>



## 12. Weiterführende Literatur und Materialien

### Zur Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus - historisches Wissen und Unterrichtsmaterialien

**Benz, Wolfgang/ Bundeszentrale für politische Bildung:** Geschichte des Dritten Reiches, München 2000.

**Benz, Wolfgang/ Buchheim, Hans/ Mommsen, Hans (Hg.):** Der Nationalsozialismus. Studien zur Ideologie und Herrschaft, Frankfurt/M. 1993.

**Benz, Wolfgang u.a. (Hg.):** Enzyklopädie des Nationalsozialismus, Stuttgart 1998 (3. korr. Aufl.)

**Friedländer, Saul:** Das Dritte Reich und die Juden, 3 Bd., München 1998.

**Hildebrand, Klaus:** Das Dritte Reich, München 1991. (Oldenbourg Grundriß der Geschichte, Bd. 17, 4. Aufl.)

**Jäckel, Eberhard u.a. (Hg.):** Enzyklopädie des Holocaust, Berlin 1993.

**Kershaw, Ian:** Der NS-Staat. Geschichtsinterpretationen und Kontroversen im Überblick, Reinbek 1999.

**Kogon, Eugen:** Der SS-Staat. Das System der deutschen Konzentrationslager, München o.J.

**Pätzold, Kurt/ Weißbecker, Manfred (Hg.):** Geschichte der NSDAP. 1920 bis 1945, Köln 2002.

**Sofsky, Wolfgang:** Die Ordnung des Terrors: Das Konzentrationslager, Frankfurt/M. 1993.

**Yahil, Leni:** Die Shoah. Überlebenskampf und Vernichtung der europäischen Juden, München 1998.

**Thematische Auswahllisten von Unterrichtsmaterialien**, hrsg. vom Georg-Eckert-Institut für internationale Schulbuchforschung

Thematische Auswahllisten von Unterrichtsmaterialien zu aktuellen Themen erscheinen dreimal jährlich. Die neuesten Listen liegen als PDF-Datei vor, die älteren, noch verfügbaren Listen können angefordert werden.

Nr. 1: "Nationalsozialismus", Stand Februar 2003, Download als PDF-Datei:

<<http://www.gei.de/deutsch/publikationen/aw101.pdf>>

Nr. 25: "Judenverfolgung im Dritten Reich", Stand Februar: 2003, Download als PDF-Datei:

<<http://www.gei.de/deutsch/publikationen/aw125.pdf>>

Nr. 30: "Gewalt, Fremdenfeindlichkeit, Extremismus", Stand: Oktober 2001, Download als PDF-Datei:

<<http://www.gei.de/deutsch/publikationen/aw130.pdf>>

Nr. 32: "Migration, Zwangsmigration und Vertreibung", Stand: April 2004, Download als PDF-Datei:

<<http://www.gei.de/deutsch/publikationen/aw132.pdf>>

Georg-Eckert-Institut für internationale Schulbuchforschung

Celler Str. 3

38114 Braunschweig

Tel.: 0531-59099-0

Fax: 0531-59099-99

e-mail: [Info@gei.de](mailto:Info@gei.de)

Internet: <<http://www.gei.de>>

<<http://www.gei.de/deutsch/publikationen/sonstige.shtml>>

**Die Erinnerung darf nicht enden. Texte und Unterrichtsvorschläge zum Gedenktag 27. Januar**, hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg

Staffenbergstr. 38

70184 Stuttgart

Internet: <<http://www.lpb.bwue.de/publikat/27jan/27jan.htm>>

Download als PDF-Datei: < <http://www.lpb.bwue.de/publikat/27jan/27januar.pdf> >

**Moysich, J./ Heyl, M. (Hg.):** Der Holocaust: Ein Thema für Kindergarten und Grundschule? Hamburg 1998.





---

## Gedenkstättenarbeit

**Arbeitskreis NS-Gedenkstätten NRW e.V.** (Hg.): Forschen, Lernen, Gedenken: Bildungsangebote für Jugendliche und Erwachsene in den Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus in Nordrhein-Westfalen. Düsseldorf 1998.

**Behrens-Cobet, Heidi** (Hg.): Bilden und Gedenken. Erwachsenenbildung in Gedenkstätten und an Gedächtnisorten. Essen 1998.

**Blanke, U./ Schuh, H.** (Hg.): Projektarbeit in Gedenkstätten: Methodische Überlegungen und praktische Erfahrungen, Brühl 1995.

**Deutsch-Polnisches Jugendwerk** (Hg.): Begegnung und gemeinsames Lernen in Auschwitz. Ist das möglich? Warszawa 1996.

**Dittmer, Lothar/ Siegfried, Detlef** (Hg.): Spurensuche. Ein Praxisbuch für historische Projektarbeit. Weinheim 1997.

**Ehmann, A./ Kaiser, W. u.a.** (Hg.): Praxis der Gedenkstättenpädagogik. Erfahrungen und Perspektiven. Opladen 1995.

**Fischer, Cornelia/ Anton, Huber:** Auswirkungen der Besuche von Gedenkstätten auf Schülerinnen und Schüler. Breitenau - Hadamar - Buchenwald. Bericht über 40 Explorationen in Hessen und Thüringen. Wiesbaden, Erfurt 1992.

Gedenkstättenarbeit mit Jugendlichen eine Herausforderung für die politische Bildung. Wiesbaden 1992.

Gedenken und Lernen an historischen Orten. Ein Wegweiser zu Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus in Berlin, hrsg. v. Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, Berlin 1995.

**Gryglewski, Elke/ Kreutzmüller, Christoph:** führeinander. Ein didaktisches Konzept zur arbeitsteiligen, wechselseitigen Führung durch die Ausstellung im Haus der Wannsee-Konferenz zum Thema "Juden unter nationalsozialistischer Herrschaft - Entrechtung, Vertreibung und Vernichtung". Pädagogisches Arbeitsmaterial und Kopiervorlagen für Klassenstufen 9-10 aller Schultypen. Berlin 2000.  
<<http://www.ghwk.de/deut/sumfuehr.htm>>

**Hessische Landeszentrale für politische Bildung** (Hg.): Gedenkstättenarbeit mit Jugendlichen: Eine Herausforderung für die Politische Bildung. Wiesbaden, [o. J.]

**Hettinger, Anette:** Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus - Lernorte nicht nur für den Geschichtsunterricht, In: Informationsschrift zur Lehrerbildung, Lehrerfortbildung und pädagogischen Weiterbildung der Pädagogischen Hochschule Heidelberg, Heft 61/ 2001.  
<[http://www.ph-heidelberg.de/org/ifw/Download/info61\\_pdf.pdf](http://www.ph-heidelberg.de/org/ifw/Download/info61_pdf.pdf)>

**Kiesel, Doran** u.a. (Hg.): Pädagogik der Erinnerung. Didaktische Aspekte der Gedenkstättenarbeit. Frankfurt/M. 1997.

**Kröll, U.** (Hg.): Jugend und Geschichte: Historisches Lernen, Forschen und Spielen in der Außerschulischen Jugendbildung. Münster 1987.

**Kuhls, H.:** Erinnern Lernen? Pädagogische Arbeit in Gedenkstätten. Münster 1996.

**Lehrke, Gisela:** Gedenkstätten für Opfer des Nationalsozialismus. Historisch-politische Bildung an Orten des Widerstandes. Frankfurt/M. 1988.

**Miteinander e.V., Zentrum für Antisemitismusforschung der TU Berlin** (Hg.): Verfolgung, Terror und Widerstand in Sachsen-Anhalt 1933-1945. Ein Wegweiser für Gedenkstättenbesuche, Berlin 2001.



Diese Publikation kann bei Miteinander e.V. für einen Unkostenbeitrag von 6,- € (incl. Versandkosten) angefordert werden.

eMail: [net.gs@miteinander-ev.de](mailto:net.gs@miteinander-ev.de)

<<http://www.miteinander-ev.de/pub/gedenk.htm>>

**Neirich, Uwe:** Erinnern heißt wachsam bleiben. Pädagogische Arbeit in und mit NS-Gedenkstätten. Mülheim a. d. Ruhr 2000.

**Nickolai, W./ Scheiwe, N.** (Hg.): Hinsehen: Junge Menschen sehen Auschwitz. Freiburg 1997.

Das Projekt "Hinsehen" ist ein Vorhaben des Vereins "für die Zukunft lernen" - Verein zur Erhaltung der Kinderbaracke Auschwitz e.V. Einerseits steht die Beschäftigung mit jedem einzelnen Jugendlichen und seinem bisherigen Lebensweg im Mittelpunkt der Aktivitäten. Andererseits verfolgt der pädagogische Ansatz (Erlebnispädagogik) die Konfrontation mit der Geschichte durch mehrtägige Aufenthalte in Auschwitz. Dokumentiert werden hauptsächlich Fotos, die auf den Reisen nach Auschwitz im Rahmen des Projekts entstanden. Die Broschüre wird durch eine Reihe von Politiker-Statements zum Projekt und zum Verein ergänzt.  
<<http://www.fuer-die-zukunft-lernen.de/>>

Popp, Susanne: **Der Gedenkstättenbesuch. Ein Beitrag zur historisch-politischen Bildung**

Download unter: <<http://www.sowi-online.de/methoden/lexikon/gedenkstaette-popp.htm>>

**Puvogel, Ulrike/ Stankowski, Martin:** Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus. Eine Dokumentation. Bd. 1, 2., erw. u. überarb. Aufl., Bd. 2, Bonn 1996/ 1999.

**Sieberns, Anne:** Literatur zur Bildungsarbeit in Gedenkstätten und Gedenkstättenpädagogik

<<http://learning.dada.at/res/pdf/DFURTHR3.PDF>>

Die fortlaufend erneuerte Literaturliste enthält u.a. Literatur zur Bildungsarbeit in einzelnen Gedenkstätten, zur Gedenkstättenpädagogik, zu Museumspädagogik.

Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz

Joseph Wulf Mediothek

Am Großen Wannsee 56-58

14109 Berlin

Tel.: 030/805001-20

e-mail: [WannseeLib@compuserve.com](mailto:WannseeLib@compuserve.com)

Internet: <<http://www.ghwk.de/>>

---

### **Zu Geschichts- und Erinnerungspolitik**

**Assmann, Aleida/ Frevert, Ute:** Geschichtsvergessenheit. Geschichtsversessenheit. Vom Umgang mit deutschen Vergangenheiten nach 1945. Stuttgart 1999.

**Faulenbach, Bernd/ Schütte, Helmuth** (Hg.): Deutschland, Israel und der Holocaust. Zur Gegenwartsbedeutung der Vergangenheit, 1998.

**Frei, Norbert:** Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit. München, 2. Aufl. 1997.

**Lenz, Claudia/ Schmidt, Jens/ Wrochem, Oliver von** (Hg.): Erinnerungskulturen im Dialog. Europäische Perspektiven auf die NS-Vergangenheit, Münster 2002.

**Klundt, Michael/ Salzborn, Samuel** u.a.: Erinnern, verdrängen, vergessen. Geschichtspolitische Wege ins 21. Jahrhundert, Gießen 2003. (Schriften zur politischen Bildung, Kultur und Kommunikation, Bd. 1)

**Matz, Reinhard:** Die unsichtbaren Lager. Das Verschwinden der Vergangenheit im Gedenken, Hamburg 1993.

---



## Zum Umgang mit Nationalsozialismus, Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus in Pädagogik und Erziehung

### Pädagogische Materialien:

hrsg. vom Fritz Bauer Institut Frankfurt a. Main:

**Bohmeyer, Axel/ Knolle-Tiesler, Uta/ Köbler, Gottfried:** Schwierigkeiten mit Verantwortung und Schuld. Kirchen und Nationalsozialismus. Frankfurt/M. 2001.

**Köbler, Gottfried:** Entscheidungen. Vorschläge und Materialien zur pädagogischen Arbeit mit dem Film "Schindlers Liste". Frankfurt/M. 1995.

**Köbler, Gottfried** (Hg.): Die Gegenwart von Auschwitz. Materialheft zur Arbeit mit der Plakatmappe "Die Gegenwart von Auschwitz" für die schulische und außerschulische Bildungsarbeit, 4., überarb. u. erw. Aufl., Frankfurt/M. 1998.

<<http://www.fritz-bauer-institut.de/ausstellungen.htm#Die%20Gegenwart%20von%20Auschwitz>>

**Köbler, Gottfried:** Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944. Bausteine für den Unterricht zur Vor- und Nachbereitung des Ausstellungsbesuchs, 2., überarb. u. erw. Aufl., Frankfurt/M. 1997.

**Köbler, Gottfried/ Steffens, Guido/ Stilleunkes, Christoph** (Hg.): Spurensuche. Ein Reader zur Erforschung der Schulgeschichte während der NS-Zeit. Frankfurt/M. 1998.

**Köbler, Gottfried/ Steffens, Guido** (Hg.): 27. Januar - Lerntag oder Gedenktag? Anregungen zur pädagogischen Gestaltung des "Tages des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus", Frankfurt/M. 1998.

### Konfrontationen. Bausteine für die pädagogische Annäherung an Geschichte und Wirkung des Holocaust

Heft 1: Gottfried Köbler, Petra Mumme: Identität - Individuum und Gesellschaft - Anfänge des Nationalsozialismus

Heft 2: Jacqueline Giere, Gottfried Köbler: Gruppe - Gemeinschaft und Ausschluss - Volksgemeinschaft und Verfolgung von Minderheiten

Heft 3: Heike Deckert-Peaceman, Uta George, Petra Mumme: Ausschluss - NS-Euthanasieverbrechen - Ausschluss und Verfolgung schwarzer Deutscher in der NS-Zeit - Der Weg zum Völkermord an den Sinti und Roma

Heft 4: Uta Knolle-Tiesler, Gottfried Köbler, Oliver Tauke: Ghetto - Vernichtung durch Arbeit: das Ghetto Lodz - Theresienstadt - ein "Musterghetto"? - Der jüdische Aufstand im Warschauer Ghetto

**Heft 5: Verena Haug, Uta Knolle-Tiesler, Gottfried Köbler: Deportationen**

**Heft 6: Jacqueline Giere, Tanja Schmidhofer: Todesmärsche und Befreiung - Todesmärsche - Befreiung der Lager - "Ein Leben auf's Neu" - Jüdische Displaced Persons in Deutschland**

Die Publikationsreihe "Konfrontationen" <<http://www.fritz-bauer-institut.de/publikationen/konfrontationen.htm>>

Abteilung Pädagogik <<http://www.fritz-bauer-institut.de/institut/arbeitsbereiche/paedagogik.htm>>

Zu den Pädagogischen Materialien des Fritz-Bauer-Institutes werden auch ständig Weiterbildungen und Seminare für Pädagoginnen und Pädagogen sowie Interessierte angeboten. Weitere Informationen:

Fritz Bauer Institut

Pädagogische Abteilung

Grüneburgplatz 1, D-60323 Frankfurt am Main

Tel: 0 69-79 83 22-31 / -32, Fax: -41

E-mail: [paed@fritz-bauer-institut.de](mailto:paed@fritz-bauer-institut.de)

Internet: <<http://www.fritz-bauer-institut.de>>

----

**Abram, Ido/ Heyl, Matthias:** Thema Holocaust. Ein Buch für die Schule. Reinbek 1996.

**Adorno, Theodor W.:** "Erziehung nach Auschwitz". Zum Bildungsbegriff der Gegenwart. Hg. von Hans-Joachim Heydorn [u.a.]. Frankfurt/M. 1967.

**Assmann, Aleida:** Gedächtnis ohne Erinnerung? Die Probleme der Deutschen mit ihrer Geschichte. In: Gedenkstätten-Rundbrief 97, 2000.



**Barlog-Scholz, Renate:** Historisches Wissen über die nationalsozialistischen Konzentrationslager bei deutschen Jugendlichen. Empirische Grundlage einer Gedenkstättenpädagogik. Frankfurt/M. u.a. 1994.

**Borries, Bodo von:** "Wer sich des Vergangenen nicht erinnert, ist verurteilt, es noch einmal zu erleben." Zu Möglichkeiten und Grenzen historischen Lernens. Hg. v. d. Niedersächsischen Landeszentrale für politische Bildung. Hannover 1994.

**Brinkmann, A./ Ehmman, A. u.a.** (Hg.): Lernen aus der Geschichte: Projekte zu Nationalsozialismus und Holocaust in Schule und Jugendarbeit, Bonn 2000.

Das vorliegende Material stellt eine Medienkombination dar: Ein wissenschaftliches CD-ROM Projekt mit Begleitbuch. Das Projekt umfasste eine umfangreiche wissenschaftliche Grundlagenrecherche zur praktischen Umsetzung des Themas "Nationalsozialismus und Holocaust" in der aktuellen deutschen historisch-politischen Bildung in Schule und Jugendarbeit. Die CD-ROM dokumentiert bundesdeutschen Schulalltag, stellt Projekte vor, beinhaltet Originaldokumente und historische Fotos sowie eine Fülle weiterer Materialien, die den Nutzerinnen und Nutzern das gesamte Themenumfeld verdeutlichen sollen. Die CD-ROM ist somit auch als Nachschlagewerk für viele Fragen der deutschen Holocaust-Erziehung gedacht. Neben dieser Medienkombination wurde eine Internetseite eingerichtet, die einer nationalen wie internationalen Öffentlichkeit als Informationsplattform zum Thema dienlich sein soll.

<[www.holocaust-education.de](http://www.holocaust-education.de)>

<<http://www.lernen-aus-der-geschichte.de/>>

Bibliografie zu "Lernen aus der Geschichte: Projekte zu Nationalsozialismus und Holocaust in Schule und Jugendarbeit" als PDF-Download unter:

<<http://learning.dada.at/res/pdf/DBIBLIO.PDF>>

**Büttner, M.** (Hg.): Braune Saat in jungen Köpfen: Grundwissen und Konzepte für Unterricht und Erziehung gegen Neonazismus und Rechtsgewalt, 1999.

Band 1: Theorie und Ideologie des Rechtsextremismus und Nationalsozialismus in Geschichte und Gegenwart.

Band 2: Unterricht und Erziehung gegen Rechtsgewalt.

**Erler, Hans/ Sirsch, Rudolf W.** (Hg.): Erinnern und Verstehen. Frankfurt/M. 2003.

**Fechler, Bernd/ Kößler, Gottfried / Lieberz-Groß, Till** (Hg.): Erziehung nach Auschwitz in der multikulturellen Gesellschaft. 2. Aufl., Weinheim 2001.

**Fuchs, Eduard/ Pingel, Falk/ Radkau, Verena** (Hg.): Holocaust und Nationalsozialismus. 2002. (Konzepte und Kontroversen, Bd. 1)

**Ehmman, Annegret u.a.** (Hg.): Praxis der Gedenkstättenpädagogik. Erfahrungen und Perspektiven. Opladen 1995.

**Ehmman, Annegret/ Rathenow, Hanns-Fred:** Nationalsozialismus und Holocaust in der historisch-politischen Bildung

Text zum Download (PDF): <<http://learning.dada.at/res/pdf/DCDINFO3.PDF>>

**Heyl, Matthias:** Erziehung nach Auschwitz. Eine Bestandsaufnahme. Deutschland, Niederlande, Israel, USA, Hamburg 1997.

**Hollstein, Oliver u.a.:** Nationalsozialismus im Geschichtsunterricht. Beobachtungen unterrichtlicher Kommunikation. Bericht zu einer Pilotstudie. Frankfurt/M. 2002.

**Klenke, Dietmar: Der Nationalsozialismus als didaktisches Problem**

Die Literaturempfehlungen enthalten neben Nachschlagewerken, Handbüchern, Überblicksdarstellungen zum Nationalsozialismus auch Forschungsberichte und Spezialliteratur.

Download der Liste (PDF-Datei): <[www-fakkw.upb.de/institute/geschichte/ Personal/Klenke/Literatur-NS-Didaktik.pdf](http://www-fakkw.upb.de/institute/geschichte/Personal/Klenke/Literatur-NS-Didaktik.pdf)>

**Knigge, Volkhard/ Frei, Norbert** (Hg.): Verbrechen erinnern. Die Auseinandersetzung mit Holocaust und Völkermord, München 2002.





**Lohrbächer, Albrecht/ Ruppel, Helmut/ Schmidt, Ingrid/ Thierfelder, Jörg** (Hg.): Schoa - Schweigen ist unmöglich. Erinnern. Lernen, Gedenken. Stuttgart 1999.

**Nickolai, Werner/ Scheiwe, Norbert** (Hg.): Auschwitz für die Zukunft lernen. Eine Projektdokumentation. Bielefeld 1995.

Ossenberg, Ursula: **Sich von Auschwitz ein Bild machen? Kunst und Holocaust. Ein Beitrag für die pädagogische Arbeit.** Frankfurt/M. 1998

**Pellens, Karl** (Hg.): Historische Gedenkjahre im politischen Bewusstsein. Identitätskritik und Identitätsbildung in Öffentlichkeit und Unterricht. Stuttgart 1992.

**Projekt: Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit - Jugendpolitische und pädagogische Herausforderungen** (Hg.): Pädagogik gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Bibliografie zur pädagogischen Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit bei Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Leipzig 2001.

**Rathenow, Hanns-Fred/ Weber Norbert H.** (Hg.): Erziehung nach Auschwitz. Pfaffenweiler 1988.

**Rathenow, Hanns-Fred/ Weber, Norbert H.:** Gedenkstättenpädagogik Versuch einer Bilanz. In: Auschwitz und die Pädagogik. Frankfurt/M., 273-304. (Jahrbuch für Pädagogik) 1995.

**Schreier, Helmut/ Heyl, Matthias** (Hg.): Das Echo des Holocaust. Pädagogische Aspekte des Erinnerns. Hamburg 1992.

**Schreier, Helmut/ Heyl, Matthias** (Hg.): "Dass Auschwitz nicht noch einmal sei ...". Zur Erziehung nach Auschwitz. Hamburg 1995.

**Silbermann, Alfons/ Stoffers, Manfred:** Auschwitz: Nie davon gehört? Erinnern und Vergessen in Deutschland, Berlin 2000.

---

#### **CD-ROMs**

**CD-ROM: Buchenwald. Ein Konzentrationslager**, hrsg. von Schneider, Ulrich u.a./ Lagergemeinschaft Buchenwald-Dora/ Freundeskreis e.V., Bonn 2003.

Kontakt:

Lagergemeinschaft Buchenwald-Dora/Freundeskreis e.V.

eMail: [info@kz-buchenwald.de](mailto:info@kz-buchenwald.de)

<<http://www.kz-buchenwald.de>>

Bestellmöglichkeit und weitere Informationen unter:

<<http://www.lagergemeinschaft-buchenwald.de/>>

#### **CD-ROM zum Nationalsozialismus**

Die Kreismedienzentren in Aalen und Schwäbisch Gmünd starten ein Lernmittelprojekt für den Geschichtsunterricht an weiterführenden Schulen. Original-Videos und -Tonquellen aus der Zeit des Nationalsozialismus, eine Vielzahl von Bildern und Archivalien wie beispielsweise eine Original-Schulbibel aus der Nazi-Zeit oder ein virtueller Rundgang durch das Vernichtungslager Auschwitz machen den oft geforderten Transfer des aktuellen Forschungsstandes in den Unterricht möglich.

<<http://www.oak.kmz.bwue.de/>>

**CD-ROM: Der nationalsozialistische Völkermord an den Sinti und Roma.** Hg. vom Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma e.V., Heidelberg 2000.

Die Inhalte der CD-ROM liefern dabei nicht nur eine umfassende Dokumentation des Holocaust an den Sinti und Roma. Sie vermitteln zudem auch das zum Verständnis notwendige Allgemeinwissen über den Nationalsozialismus: eine ca. 20-minütige vertonte Filmcollage mit historischen Bildern und Originaltönen bietet dem Benutzer eine



verständliche Zusammenfassung des Themas. Die didaktische Konzeption ermöglicht die Nutzung der CD-Rom als Unterrichtsmaterial.

Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma e.V.  
Bremeneckgasse 2  
69117 Heidelberg  
Tel.: 06221/981190  
Fax: 06221/981177  
<<http://www.sinti-und-roma.de/>>

### **CD-ROM: Gegen das Vergessen - Häftlingsalltag im KZ Sachsenhausen 1936 - 1945**

In der Gedenkstätte und dem Museum Sachsenhausen wurde im April 2001 im Museum "Baracke 39" die Dauerausstellung "Der 'Alltag' der Häftlinge im Konzentrationslager Sachsenhausen 1936 bis 1945" eröffnet. Begleitend dazu ist eine CD-ROM erschienen, auf der das Thema anhand der Biografien von 20 repräsentativen Häftlingsschicksalen dargestellt wird. Die CD-ROM präsentiert neben zahlreichen Interviews mit Überlebenden mit einer Gesamtdauer von rund sieben Stunden eine Fülle von Dokumenten, Fotos und Zeichnungen. Sie ist vollständig zweisprachig (Deutsch und Englisch) und stellt ein einzigartiges Kompendium zur Geschichte der Konzentrationslager dar.

Die CD-Rom ist im Buchhandel oder direkt in der Gedenkstätte Sachsenhausen erhältlich.  
<<http://www.gedenkstaette-sachsenhausen.de/>>

### **CD-ROM Digitale Bibliothek**

in dieser Reihe erschienen bereits mehrere umfassende Dokumentationen und Nachschlagewerke über den Nationalsozialismus:

Enzyklopädie des Nationalsozialismus, Digitale Bibliothek Nr. 25

Der Nürnberger Prozess. Der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg, Digitale Bibliothek Nr. 20

Das Dritte Reich. Daten - Bilder - Dokumente. Eine Tageschronik mit 1800 Abbildungen aus dem Bildarchiv Heinz Bergschieller, Digitale Bibliothek Nr. 49

### **CD-ROM "Erinnern für Gegenwart und Zukunft" Überlebende des Holocaust berichten**

wurde im Auftrag der von Steven Spielberg gegründeten Survivors of the Shoah Visual History gGmbH speziell für den Unterricht an deutschen Schulen entwickelt. Sie kann im Unterricht der Sekundarstufe I und II entweder als Einstieg in die Thematik des Holocaust dienen oder als Ergänzung zu wichtigen Aspekten des Nationalsozialismus eingesetzt werden.

Weitere Informationen und Materialien unter:  
<<http://www.erinnern-online.de/>>



## Literatur- und Linkangaben zur Studie "Opa war kein Nazi"

**Welzer, Harald/ Moller, Sabine/ Tschuggnall, Karoline: Opa war kein Nazi. Nationalsozialismus und Holocaust im Familiengedächtnis, Frankfurt/ Main 2002.**

ISBN : 3-596-15515-0, für 10,90 Euro im Buchhandel erhältlich

Was wird in Familien "ganz normaler" Deutscher über Nationalsozialismus und Holocaust überliefert? Die Autorinnen und Autoren haben in Familiengesprächen und Interviews untersucht, was Deutsche aus der NS-Vergangenheit erinnern, wie sie darüber sprechen und was davon an die Kinder- und Enkelgeneration weitergegeben wird.

### "Opa war kein Nazi"

Besprechung des Buches von Harald Welzer, Sabine Moller und Karoline Tschuggnallin der Sendung "Politische Literatur" vom 1. Juli 2002 im Deutschlandfunk:

<<http://www.dradio.de/dlf/sendungen/politischeliteratur/131546/>>

**Rezension von "Opa war kein Nazi" bei H-Soz-u-Kult** (Kommunikation und Fachinformation für die Geschichtswissenschaften)

<<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen/id=1544>>

### "Man hat ja nichts gewußt": Der Holocaust im deutschen Familiengedächtnis

Im Familiengedächtnis erscheinen die Deutschen als Volk von Opfern - und der Holocaust als Randepisode der Geschichte

Artikel von Magnus Klaue, in: Konkret, Heft 11, November 2002

<<http://www.judentum.net/deutschland/familiengedaechtnis.htm>>

### "Das ganze Leben ist eine Erfindung"

Harald Welzer hat nachgewiesen, wie wir unsere Erinnerung schönen. Jetzt erforscht er, wie das Gedächtnis entsteht

Artikel von Martina Keller, in: Die ZEIT vom 18.03.2004, Nr.13

<<http://www.zeit.de/2004/13/P-Welzer>>

### Im Gedächtniswohzimmer

Warum sind Bücher über die eigene Familiengeschichte so erfolgreich? Ein ZEIT-Gespräch mit dem

Sozialpsychologen Harald Welzer über das private Erinnern, in: Die ZEIT vom 25.03.2004, Nr.14

<<http://www.zeit.de/2004/14/st-welzer>>

**Welzer, Harald (Hg.): Das Soziale Gedächtnis. Geschichte, Erinnerung, Tradierung.** Hamburg 2001. ISBN 3-930908-66-2, 25 Euro.

Rezension bei H-Soz-u-Kult:

<<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen/id=587>>]



## Literatur- und Linkangaben zum D-Day

Einen Überblick über den Zweiten Weltkrieg erhält man auch bei LeMO (Lebendiges virtuelles Museum Online) des Deutschen Historischen Museums:

<<http://www.dhm.de/lemo/html/wk2/>>

Artikel bei shoa.de zur Eröffnung der Zweiten Front - der Alliierten Invasion in der Normandie

<[http://www.wk-2.de/alliierte\\_invasion\\_normandie\\_1944.html](http://www.wk-2.de/alliierte_invasion_normandie_1944.html)>

Vor 60 Jahren: Die Invasion in der Normandie

Aktuelles Thema auf der Homepage des Brockhaus

<<http://www.brockhaus.de/index2.html?service/aktuell/040601.html>>

Mehr Informationen zur "Operation Overlord" bei Wikipedia:

<[http://de.wikipedia.org/wiki/Operation\\_Overlord](http://de.wikipedia.org/wiki/Operation_Overlord)>

Dossier der Tagesschau Redaktion zum D-Day:

<[http://www.tagesschau.de/thema/0,1186,OID3326574\\_NAVSPM1\\_REF1,00.html](http://www.tagesschau.de/thema/0,1186,OID3326574_NAVSPM1_REF1,00.html)>

Literaturempfehlungen zum "D-Day" von arte:

<<http://www.arte-tv.com/de/geschichte-gesellschaft/geschichte-am-mittwoch/diese-woche/540208,CmC=540188.html>>

Multimediale Webpräsentation zum "D-Day" des National Geographic Magazine (engl.):

<[http://magma.nationalgeographic.com/ngm/0206/sights\\_n\\_sounds/media2.html](http://magma.nationalgeographic.com/ngm/0206/sights_n_sounds/media2.html)>

Offizielle Seite der französischen Regierung zum "D-Day" mit einer ausführlichen Multimediaschau (franz./engl.).

<<http://www.liberation60.gouv.fr/>>

Offizielle Seite der französischen Regionalregierung zu den Feierlichkeiten des 60. Jahrestages des "D-Day" (franz./engl.).

<<http://www.normandiememoire.com/NM60Anglais/accueil.php>>

Seite des Kriegsmuseums in Caen (franz./engl.):

<[http://www.memorial-caen.fr/portail\\_gb/hp/hp.asp](http://www.memorial-caen.fr/portail_gb/hp/hp.asp)>

Seite des Imperial War Museum in London mit Informationen zum "D-Day" (engl.):

<<http://www.iwm.org.uk/dday/intro.htm>>

"D-Day"-Museum im britischen Portsmouth (engl.):

<<http://www.ddaymuseum.co.uk/>>

Seite des "D-Day"- Museums der USA in New Orleans mit chronologischem Abriss der ersten 24 Stunden der Landung (engl.):

<<http://www.ddaymuseum.org/>>

Erinnerungen von US-Verteranen an den "D-Day" gesammelt von der Library of Congress (engl.):

<<http://www.loc.gov/folklife/vets/stories/>>

Diverses Kartenmaterial zum Verlauf des Zweiten Weltkrieges in Europa des historischen Seminars der US-Militärakademie West Point (engl.):

<[http://www.dean.usma.edu/departments/history/web03/atlases/ww2\\_europe/ww2\\_europe\\_war\\_index.htm](http://www.dean.usma.edu/departments/history/web03/atlases/ww2_europe/ww2_europe_war_index.htm)> und

<<http://www.dean.usma.edu/departments/history/>>





## Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus – eine Anmerkung

*Da das Gedenken an das Attentat vom 20. Juli 1944 in den nächsten Wochen im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses steht, wird an dieser Stelle etwas ausführlicher darauf eingegangen. Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus aus anderen politischen Lagern und persönlichen Überzeugungen sei an dieser Stelle nur kurz genannt.*

Nachdem die NSDAP an die Macht gekommen war, entstand in Deutschland eine organisatorisch und politisch äußerst uneinheitliche Widerstandsbewegung.

In den ersten Jahren der NS-Herrschaft wurde der Widerstand von den politischen Gegnern der Nationalsozialisten getragen.

Die Kommunisten versuchten eine offensive aktive Untergrundarbeit zu organisieren - sie zahlten den höchsten Blutzoll des innerdeutschen Widerstandes. 1934-36 wurde der kommunistische Widerstand aufgrund seiner überschaubaren Organisationsstruktur durch Verhaftungswellen stark geschwächt und verlagerte sich teilweise in die Konzentrationslager, wo illegale Häftlingsstrukturen aufgebaut wurden. 1936-38 gingen zahlreiche Kommunisten nach Spanien, um in den Internationalen Brigaden mitzukämpfen. Ein wichtiger Punkt ihres Kampfes wurde die Arbeit im Exil (v.a. aus der Sowjetunion, Frankreich und Mexiko). Nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion (Juni 1941) entstanden wieder etliche kommunistische Widerstandsgruppen (u.a. um Bernhard Bästlein, Wilhelm Knöchel, Anton Saefkow und Georg Schumann), die sich z.T. am Nationalkomitee Freies Deutschland (NKFD) orientierten. Saefkow und Bästlein hatten über Adolf Reichwein 1944 Kontakt zu den Verschwörern des 20. Juli 1944.

Weitere Informationen <[http://de.wikipedia.org/wiki/Widerstand\\_gegen\\_den\\_Nationalsozialismus](http://de.wikipedia.org/wiki/Widerstand_gegen_den_Nationalsozialismus)>

Sozialdemokraten und Gewerkschafter aus allen Richtungen (unter ihnen viele Anarchisten) fanden sich am ehesten zusammen, um gemeinsam zu arbeiten (z.B. W. Leuschner und J. Kaiser - christliche Gewerkschaften).

Aus christlich-humanitären Antrieben richtete sich der Protest vieler engagierter Christen (Bekennende Kirche) gegen die totalitären Herrschaftsmethoden und Anschauungen (besonders gegen Judenfeindlichkeit und Euthanasieprogramm) des Nationalsozialismus (M. Niemöller, D. Bonhoeffer u.a.), ebenso wie die Zeugen Jehovas. Schriftsteller und Künstler wählten den Weg der "inneren Emigration" (E. Kästner) oder gingen ins Exil (Fam. Mann, B. Brecht).

Nicht zu vergessen der oft zunächst unorganisierte und spontane Widerstand von Jugendlichen (die Edelweißpiraten im Ruhrgebiet, die Leipziger "Meuten" oder die "Swing-Kids").

Der organisierte Widerstand der politischen Parteien und Gruppen wurde durch den Terror bis 1936 weitgehend zerschlagen. Zahlreiche Attentatsversuche gegen Hitler, wie am 8. 11. 1939 durch den Tischler J.G. Elser, schlugen fehl.

Mit Beginn des Krieges lähmten die militärischen Erfolge der deutschen Wehrmacht zunächst den gesamten innerdeutschen Widerstand. Die moralische Wende für den Widerstand markierte die Schlacht um Stalingrad im Winter 1942/43. Nachrichten über nationalsozialistische Verbrechen in den besetzten Gebieten, besonders an Jüdinnen und Juden, gaben der Opposition neuen Auftrieb.

Im Kreisauer Kreis H. J. von Moltkes vereinten sich Widerstandskämpfer verschiedener Richtungen - Münchener Studenten schlossen sich in der Weißen Rose zusammen. Das Zusammenwirken des konservativen und liberalen Kreises um Goerdeler, zu dem auch die Sozialdemokraten J. Leber und A. Reichwein gestoßen waren, mit der militärischen Opposition (F. Olbricht, H. von Tresckow, G. von Kluge, C. Schenk Graf von Stauffenberg, General L. Beck [Beck bspw. ließ sich 1938 von seinem Amt entbinden, jedoch nicht, weil er die nationalsozialistische Expansionspolitik grundsätzlich abgelehnt hätte, sondern weil die Wehrmacht für die unmittelbar bevorstehende Kriegführung noch nicht genügend gerüstet sei.]) verdichtete sich seit 1943 zu einem Putsch- und Attentatsplan gegen Hitler (20. Juli 1944). Wobei auch hier nicht vergessen werden sollte, dass sich der Widerstand aus den Reihen der Wehrmacht oft in erster Linie gegen den Krieg im Westen richtete - man einen Separatfrieden mit Großbritannien anstrebte, um den Sieg über die Sowjetunion noch zu ermöglichen und damit auch eine Revision des Ersten Weltkrieges. Zudem waren die Konzepte der Verschwörer (soweit überliefert) nationalistisch und konservativ. <<http://www.kampagne.de/GelobNIX/Der20.Juli1944/DeutscheTradition.php>>

Ein Beispiel von vielen: Generaloberst Erich Hoepner, der ab 1938 zur innermilitärischen Opposition gegen den NS-Staat gerechnet wird und im Zusammenhang mit dem 20. Juli hingerichtet wurde, bezeichnet den Krieg gegen die Sowjetunion 1941 als "Verteidigung europäischer Kultur gegen moskowitzisch-asiatische Überschwemmung" und als "Abwehr des jüdischen Bolschewismus". Der Krieg müsse "zur erbarmungslosen, völligen Vernichtung des Feindes" führen. Die ihm unterstellte Panzergruppe 4 übte aktiv Terror gegen die Zivilbevölkerung aus. Historisch belegt sind unter anderem die Verbrennung der Ortschaft Straschewo und die Erschießung der Einwohnerinnen und Einwohner dieses Dorfs, aber auch, dass Hoepner in einer Geheimen Kommandosache den Vorschlag unterbreitete, Giftgas zur "Bandenbekämpfung" einzusetzen.

Die am Putschversuch beteiligten Militärs lehnten die deutsche Expansionspolitik nicht grundsätzlich ab. Und sie



waren auch keine Anhänger der Demokratie, geschweige denn gegen den Antisemitismus. Ähnliches gilt auch für die Zivilisten, die im Rahmen des 20. Juli am Putschversuch beteiligt waren. Carl Goerdeler, der nach einem gelungenen Staatsstreich Reichskanzler hätte werden sollen, verfasste noch 1941 eine antisemitische Denkschrift, in der er eine "gesetzliche Sonderregelung zur Judenfrage" ausarbeitete. Jüdinnen und Juden sollten nach seinen Vorstellungen mehrheitlich die deutsche Staatsbürgerschaft verlieren und in einem anderen Land "angesiedelt" werden.

### **Literatur- und Linkangaben zum Widerstand gegen den Nationalsozialismus:**

Steinbach, Peter/ Tuchel, Johannes (Hg.): Widerstand gegen den Nationalsozialismus, Bonn 1994.

Steinbach, Peter: Widerstand im Widerstreit - Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus in der Erinnerung der Deutschen, Paderborn 2001.

**Überblick über den Widerstand gegen den NS** bei LeMO (Lebendiges virtuelles Museum Online) des Deutschen Historischen Museums:

<<http://www.dhm.de/lemo/html/wk2/widerstand/>>

### **Gedenkstätte Deutscher Widerstand**

Sie informiert mit einer umfangreichen Dauerausstellung, wechselnden Sonderausstellungen und einem vielfältigen Veranstaltungs- und Veröffentlichungsangebot über den Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Auf den Seiten finden sich zudem umfangreiche Bibliographien zum Nationalsozialismus und verschiedene Projekte zum Thema.

<<http://www.gdw-berlin.de/>>

Vorträge oder Aufsätze von Zeitzeugen und Wissenschaftlern zu verschiedenen Aspekten des Widerstandes werden als kostenlose Publikationen angeboten. Ihre Bestellung können Sie über E-Mail vornehmen. <<http://www.gdw-berlin.de/nav/service/service-publikationen-d.htm>>

Die Publikationen stehen aber auch zum Download zur Verfügung:

<<http://www.gdw-berlin.de/lit/publ/pu-bei-d.htm>>

### **Gedenkstätte Plötzensee**

Die Gedenkstätte Plötzensee für die Opfer des Nationalsozialismus aus dem In- und Ausland ist ein Ort des stillen Gedenkens. Zwischen 1933 und 1945 wurden hier fast 3000 Menschen nach Unrechtsurteilen der NS-Justiz hingerichtet. Hier finden sich weitere Informationen zur Roten Kapelle und zum 20. Juli.

< <http://www.gedenkstaette-ploetzensee.de/index.html> >

### **Kids im Nazi-Regime. Widerstand Jugendlicher gegen den Nationalsozialismus**

<<http://www.shoahproject.org/widerstand/kids/shkidsinx.htm>>

### **Simone Barck: Grundfrage: Antifaschistischer Widerstand. Zur Widerstandsrezeption in der DDR bis 1970**

Aus: UTOPIE kreativ, H. 118 (August 2000), S. 786-796

<<http://www.rosaluxemburgstiftung.de/Bib/uk/Aktuell/118/barck.htm>>

### **Juliane Wetzel: Zur Widerstandsrezeption in der BRD bis 1989**

Aus: UTOPIE kreativ, H. 118 (August 2000), S. 797-805

<<http://www.rosaluxemburgstiftung.de/Bib/uk/Aktuell/118/wetz.htm>>

### **"Der Ofen ist aus. Rot-Grün und die Entsorgung der Homosexuellenfrage"**

Die Ausgabe Nr. 19 der Zeitschrift Gigi. Zeitschrift für sexuelle Emanzipation setzt sich schwerpunktmäßig mit der Frage der Homosexuellen im NS auseinander:

<[www.gigi-online.de](http://www.gigi-online.de)>

Nr. 19: <<http://www.gigi-online.de/archiv.html>>



**Mehr über Wehrmachtsdeserteure zeigt der Film "Widerstanden, überlebt. Deutsche Deserteure im Zweiten Weltkrieg: Sechs Zeitzeugen berichten."**

Dokumentarfilm von Michael Schehl und Guntram Fink (150 Min.), Preis ca. 40,-€, erhältlich über:

Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär

Kopenhagener Str. 71

10437 Berlin

Tel: 030-4401300

Fax: 030-44013029

Mo-Fr 10 - 18 Uhr

eMail: [info@Kampagne.de](mailto:info@Kampagne.de)

<<http://www.kampagne.de>>

**Ludwig Baumann.** Deserteur und NS-Opfer gegen die Relativierung von Unheil und Unrecht

<<http://portal.pds-sachsen.de/aktuell.asp?iid=1697>>]



## Literaturtipps zu

### 3. Den Faschismus "mit Stumpf und Stiel ausgerottet" - Vergangenheitspolitik und Erinnerungskultur in der DDR

von *Sylvia Gössek*:

**Jeffrey Herf**, Zweierlei Erinnerung. Die NS-Vergangenheit im geteilten Deutschland, Berlin 1998.

**Olaf Groehler/Ulrich Herbert** (Hg.), Zweierlei Bewältigung. Vier Beiträge über den Umgang mit der NS-Vergangenheit in den beiden deutschen Staaten, Hamburg 1992.

**Peter Reichel**, Politik mit der Erinnerung. Gedächtnisorte im Streit um die nationalsozialistische Vergangenheit, München-Wien 1995.

**Jutta Illichmann**, Die DDR und die Juden. Die deutschlandpolitische Instrumentalisierung von Juden und Judentum durch die Partei- und Staatsführung der SBZ/DDR von 1945-1990, Frankfurt/Main 1997.

**Stefanie Endlich**, Geschichte und Zukunft der NS-Gedenkstätten in der vormaligen DDR, in: Schoeps/ Nachama (Hg.), Aufbau nach dem Untergang, Berlin 1992.

**Finker, Kurt**: Zwischen Integration und Legitimation. Der antifaschistische Widerstandskampf in Geschichtsbild und Geschichtsschreibung der DDR, Leipzig 1999.

**Leo, Annette/ Reif-Spirek, Peter** (Hg.): Vielstimmiges Schweigen. Neue Studien zum DDR-Antifaschismus, Berlin 2001



## Hier noch einige Links zur Ausstellungseröffnung in Torgau

### **DIZ-Ausstellungsräume eröffnet**

<<http://www.torgauerzeitung.com/newsdetails.asp?id=14103>>

### **Eklat bei Torgauer Ausstellungseröffnung**

Bericht des mdr - Sachsenspiegels vom 10.5.2004

Beitrag als Videostream

<<http://www.mdr.de/nachrichten/sachsen/1372588.html>>

### **NS-Opfer protestieren gegen Ausstellung in Torgau**

Bericht des mdr vom 10.5.2004

<<http://www.mdr.de/nachrichten/sachsen/1372275.html>>

### **Torgau streitet um das richtige Gedenken**

Opfer der NS-Militärjustiz werfen der Stiftung Sächsische Gedenkstätten vor, dass sie ihnen zu wenig Raum gibt.

Eine Ausstellung facht den Streit an

taz Berlin lokal Nr. 7355 vom 11.5.2004

<<http://www.taz.de/pt/2004/05/11/a0294.nf/text>>

### **Nazi-Opfer protestieren gegen Ausstellung**

Protest bei Eröffnung in Torgau / Gauck: Streit "töricht"

Sächsische Zeitung vom 10. Mai 2004

<<http://www.sz-online.de/nachrichten/artikel.asp?id=602874>>





## Weitere Links und Informationen zu

### 7. Kein Mitleid mit den Deutschen

Interview mit Marek Edelman

### Die Erinnerung an Flucht und Vertreibung. Materialien zur Debatte um das "Zentrum gegen Vertreibungen"

<<http://www.zeitgeschichte-online.de/go/rainbow/40208192/de/DesktopDefault.aspx>>

### Alibi Europa

Aus dem Zentrum gegen Vertreibung soll ein europäisches Netzwerk werden. Alles unter deutscher Führung. von Jörg Kronauer aus der Jungle World Nr. 20 vom 05. Mai 2004

URL: <[jungle-world.com/seiten/2004/19/3122.php](http://jungle-world.com/seiten/2004/19/3122.php)>

### Mit dem "Zentrum gegen Vertreibungen" fing alles an

<<http://www.hagalil.com/archiv/2004/02/zentrum-gegen-vertreibungen.htm>>

Dieser Artikel von Gabriele Lesser war für den Bund der Vertriebenen der Anlass der Klage gegen die Journalistin. Lesser, die der Idee eines Zentrums gegen Vertreibungen kritisch gegenübersteht, hatte in der deutschen Presse auch den polnischen Standpunkt dargestellt und vertreten.

### Die zwölf Aktenordner der Gabriele Lesser

<<http://www.hagalil.com/archiv/2004/02/lesser.htm>>

Vor dem Hamburger Landgericht wird ein Präzedenzfall verhandelt: Der Bund der Vertriebenen (BdV) und seine Präsidentin haben eine in Warschau lebende Korrespondentin verklagt, die in ihren in Deutschland publizierten Artikeln das in Berlin geplante "Zentrum gegen Vertreibungen" und den destruktiven Einfluss Erika Steinbachs auf deutsch-polnische Beziehungen kritisiert hatte.



## Linktipps zu

### 8. Dreiecksbeziehung.

#### *Die Rolle der Medien im Erinnerungsdiskurs*

*Von Mathias Berek*

**NS-Vergangenheit und Holocaust in den Medien.** Internet-Ressourcen (zusammengestellt von Zeitgeschichte-online) <[http://www.zeitgeschichte-online.de/portal/alias\\_\\_rainbow/lang\\_\\_de/tabID\\_\\_40208187/DesktopDefault.aspx](http://www.zeitgeschichte-online.de/portal/alias__rainbow/lang__de/tabID__40208187/DesktopDefault.aspx)>

#### **"Cinematographie des Holocaust" des Fritz-Bauer-Instituts**

In der Datenbank "Cinematographie des Holocaust" werden alle Filmdokumente (Originalaufnahmen, Dokumentationen, Spielfilme u.a.) erfasst, die den Holocaust zum Inhalt haben.

<<http://www.fritz-bauer-institut.de/cinematographic.htm>>

#### **"Wie sieht 'Hitler' aus - die Inszenierung von Holocaust, Krieg und Nationalsozialismus in ästhetisch-narrativen Mediendarstellungen: Bücher, Filme, Fernsehen"**

Die Seite ist Teil eines Uni-Projekts. Hier finden sich u.a. Linklisten zu relevanten Texten und Institutionen, eine Bibliografie und Filmografie.

<<http://www.uni-kiel.de/medien/hiseminar/>>